

## Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Siedlungsdispersion und Flächenverbrauch	18
Abb. 2:	Verkehrsbedingte Kohlendioxid-Emission	20
Abb. 3:	Entkopplung von Produktivitätsentwicklung und Beschäftigung	29
Abb. 4:	Zunahme der Verkehrsleistung im Personenverkehr	33
Abb. 5:	Gebäude, die negativen bzw. positiven Restraum schaffen	66
Abb. 6:	Verbindungen und leichte Winkel zwischen den Gebäuden	68
Abb. 7:	Freiraumcharaktere durch gespiegelte Anordnung von Gebäuden	79
Abb. 8:	Freiraumcharaktere durch gereihete Anordnung von Gebäuden	79
Abb. 9:	Zusammenhänge Freiraumqualitäten und Urbanität	90
Abb. 10:	Lage des Sanierungsgebietes in Berlin	92
Abb. 11:	Siedlungskerne Gründer- und Komponistenviertel	94
Abb. 12:	Ansicht der Königschaussee (heute Berliner Allee)	95
Abb. 13:	Blockrandbebauung im Komponistenviertel	99
Abb. 14:	Handwerkerhaus im Gründerviertel (Parkstraße)	99
Abb. 15:	'Natürliche Besitzer der Straße'	100
Abb. 16:	Wohnungsspiegel	101
Abb. 17:	Gebäudealter im Viertel	102
Abb. 18:	Bestandskarte 'Gebäudenutzung' (Erdgeschoß)	103
Abb. 19:	Branchenentwicklung	104
Abb. 20:	Zugepflasterte Vorgärten	107
Abb. 21:	Stellplatz Bürgersteig	107
Abb. 22:	Solonplatz	108
Abb. 23:	Antonplatz (südlicher Bereich)	109
Abb. 24:	Herbert-Baum-Straße, Zufahrt zum Jüdischen Friedhof	110
Abb. 25:	Versiegelte, verbaute und zugeparkte Blockinnenflächen	111
Abb. 26:	Spielende Kinder am Straßenrand	114
Abb. 27:	Altersstruktur der BewohnerInnen des Untersuchungsgebietes	116
Abb. 28:	Haushaltsgrößen	117
Abb. 29:	Gründe für den Auszugswunsch der Schlüsselpersonen	118
Abb. 30:	Bestandskarte 'Freiraumcharaktere und -nutzungen'	120
Abb. 31:	Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan	123
Abb. 32:	Aufenthaltsqualität des Bürgersteiges Anfang 20. Jhd.	137
Abb. 33:	Baulücke Bizetstraße Nr. 97	139
Abb. 34:	Bespielbare Brachfläche: Mahlerstraße	140
Abb. 35:	Karte Veränderungen durch die Sanierungsmaßnahmen	142

## Vorwort

Die Idee zu dieser Arbeit entstand im Seminar „Neue Raumentwicklungskonzepte“ von Prof. Dr. Klaus Brake. Dort packte mich die Frage, wie in der Stadtplanung schon lange vorhandene „Träume“ von Urbanität mit - in der öffentlichen Diskussion neu aufgegriffenen - Ideen einer nachhaltigen Siedlungsweise vereinbar sein könnten. Meine These, daß je nach Gestalt und Funktion die öffentlichen Straßen und Plätze dazu einen wichtigen Beitrag leisten können, hat sich bestätigt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden mir ein Leitfaden als Stadtplanerin sein.

Mein herzlicher Dank gilt

**Prof. Dr. Klaus Brake** für die Betreuung der Diplomarbeit und den vielen wertvollen Tips zu grauer Literatur;

**Dr. Ulrike Schneider** für die engagierten Besprechungen der Diplomarbeit;

den **Lehrenden des Studienganges Stadt- und Regionalplanung** für die engagierte und gute fachliche Ausbildung;

**Carsten Eßer** der Firma complan für die Interviews und das Informationsmaterial zum Sanierungsgebiet Berlin-Weißensee;

der **SPAS - Mieterberatung e.V. Berlin** für die vielen Informationen über die Probleme der Bevölkerung im Sanierungsgebiet Berlin-Weißensee;

**Doris Kuhlmann**, Stadtgeschichtliches Museum Weißensee Berlin, für die engagierte Materialsuche zur historischen Entwicklung des Stadtviertels Weißensee;

**Ilse Meseberg-Haubold** und **Karl Haubold** für die vielen Anregungen und das kritische Lesen der Diplomarbeit und überhaupt für die „innere Rüstung“ für die vita activa;

**Detlef Raben** für den beständigen Rückhalt und die häusliche Rundumversorgung;

**Juliane Haubold, Hermann Mensink, Silke Oberländer** und **Rainer Wiegmann** für die soziale Betreuung, kritisches Lesen der Diplomarbeit und viele fachliche und technische Tips.



# 1 Anliegen der Arbeit: Urbanität als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung

‘Sustainable Development’ wird als nachhaltige, dauerhafte oder auch zukunftsfähige Entwicklung übersetzt: menschliches Handeln soll nicht mehr auf Kosten anderer Menschen, anderer Räume oder nachfolgender Generationen geschehen. Nachhaltige Entwicklung ist ein Stichwort, das seit einigen Jahren verstärkt auch in die Stadtentwicklungsdiskussion einfließt. Dieses Modell (soweit man überhaupt schon von einem Modell in seiner momentanen inhaltlichen Unschärfe sprechen kann) ist die Reaktion auf immer sichtbarer werdende Beeinträchtigungen des Menschen durch die Zerstörung der sozialen und ökologischen Umwelt und geht hervor aus der Erkenntnis, daß bisherige Mittel und Wege offensichtlich versagt haben oder zumindest nicht ausreichen.

Aus zwei Gründen eignen sich besonders Städte für die Einführung einer nachhaltigen Entwicklung. Zum einen steigt die Verstädterung (Urbanisierung) durch die wachsende Bevölkerungskonzentration in Städten weltweit<sup>1</sup>, und zum zweiten fungieren Städte als „Zentralen der kapitalistischen Verwertung der Erde“<sup>2</sup> mit nicht-nachhaltigen Auswirkungen. Das Augenmerk gilt dabei vor allem den Städten in Industrieländern, weil diese auch den Hauptanteil der Umweltbelastung verursachen<sup>3</sup>.

In diesem Zusammenhang spielt die aktuelle Diskussion um ‘Urbanität’ eine große Rolle. Urbanität kann einen Beitrag dazu leisten, Nachhaltigkeit in der Stadt auf den Weg zu bringen. Da es jedoch vielfältige Interpretationen von

---

1 Im Jahr 2000 wird die Hälfte der Menschheit in Städten leben. Quelle: Studie der International Labour Organisation (ILO), Genf. „Ohne Jobs droht Städten Kollaps“ 1996. Vgl. außerdem N'Dow 1996, S. 3: Die Anzahl der StadtbewohnerInnen steigt dreimal so schnell wie die Gesamtbevölkerung.

2 Vgl. Hoffmann-Axthelm 1988, S. 35

3 Vgl. UNDP 1996 „Der Beitrag der Entwicklungsländer zu den globalen Emissionen macht immer noch weniger als ein Viertel des Beitrags der Industrieländer aus, obwohl ihre Bevölkerung viermal so groß ist wie die der Industrieländer. ... Die Bevölkerung der Industrieländer macht weniger als ein Fünftel der Weltbevölkerung aus, verbraucht jedoch fast neunmal so viel kommerzielle Energie pro Kopf wie die Bevölkerung der Entwicklungsländer“.

und Leitbildansätze zu Urbanität gibt, sollen hier diejenigen Aspekte von Urbanität herausgefiltert werden, die eine nachhaltige Stadtentwicklung fördern. Ein offensichtliches Beispiel ist die Forderung nach verdichtetem Bauen, das die Voraussetzung für Stadt ist im Sinne von Urbanität und das gleichzeitig den rasanten Flächenverbrauch vermindert (Verbrauch als Inanspruchnahme von Boden für anthropogene Nutzungen insbesondere durch Überbauung mit langanhaltenden Schäden der natürlichen Ressourcen). In diesem Sinne war die mittelalterliche, eng bebaute und klar vom ländlichen Raum abgegrenzte europäische Stadt die ökologischste Lösung. Das Wort 'Verdichtung' ruft jedoch heute bei den meisten StädterInnen keine positiven Assoziationen hervor, sondern Widerstand (Angst vor dem 'zu nahen Nachbarn'). Es muß also ein positives Stadt-Bild erarbeitet und vermittelt werden, das Verdichtung mit Inhalten wie 'Stadt der kurzen Wege', Erleichterung bei der täglichen Versorgung sowie Kommunikations- und Erlebnisvielfalt füllt.

Aber nicht nur Verdichtung als ein Aspekt von Urbanität kann zu Nachhaltigkeit beitragen, auch das Leitbild Nutzungsmischung. Die Mischung der Funktionen Arbeiten, Wohnen, Versorgen, Freizeit in einem Quartier kann nicht nur zur Vermeidung von motorisiertem Verkehr und damit zur Verringerung von Lärm- und Abgasimmissionen beitragen, sondern auch zur Milderung des Mobilitätszwanges führen. Wenn offensichtlich kein Auto notwendig ist, um die tägliche Versorgung zu ermöglichen ('Stadt der kurzen Wege'), können die Vorteile für Nichtmotorisierte überwiegen<sup>4</sup>. Zudem ist ein höheres FußgängerInnen-Aufkommen wichtig für die Belebung der Straße als städtischem Kommunikations- und Erfahrungsraum und damit insgesamt für die Urbanität der Stadt.

Städte sind in hohem Maße anfällig für Fehlentwicklungen, und zwar nicht nur in ökologischer, sondern auch in politischer bzw. sozialer Hinsicht. Soziale Fehlentwicklungen beeinflussen die ökologischen ganz wesentlich, daher sollten soziale und ökologische, aber auch ökonomische Fragen nicht mehr voneinander isoliert betrachtet werden<sup>5</sup>. Die europäische Stadt muß

---

4 Nutzungsmischung kann verkehrssparsam zu nutzende Strukturen schaffen. Ob sie jedoch tatsächlich zur Verkehrsvermeidung beitragen, hängt auch von anderen Faktoren ab. Solange Transportkosten, -zeiten und -mühen sehr gering sind, fahren BewohnerInnen nutzungsgemischter Gebiete ähnlich oft und lange Auto wie die monofunktionaler Gebiete. Vgl. „Verkehr trotz kurzer Wege“ 1996.

5 Vgl. Arlt / Siedentop 1996, S. 19 und Burmeister et al. 1996, S. 7

daher als politischer Begriff, als Gesellschaftsmodell diskutiert werden<sup>6</sup>. Hier beginnt die Verantwortung von StadtplanerInnen, nachhaltige Stadtentwicklung nicht nur rein ökologisch zu betrachten, sondern auch in der Hinsicht, daß soziale Verhältnisse (soweit Stadtplanung diese beeinflußt) geschaffen werden, die ökologisch nachhaltige Lebensweisen ermöglichen bzw. fördern.

1992 wurde auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio die 'Agenda 21' verabschiedet<sup>7</sup>, deren abstrakt-globale Ebene in den jeweiligen Ländern aktiv-lokal umgesetzt werden soll. U.a. ruft sie weltweit Städte und Kommunen dazu auf, gemeinsam mit den BürgerInnen kommunale Aktionspläne aufzustellen, sogenannte 'lokale Agenden 21'. In diesen sollen Wege aufgezeigt werden, wie ganz konkret eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet werden kann.

Es gibt schon verschiedentlich Vorschläge für derartige lokale Agenden 21<sup>8</sup>. Sie beziehen sich jedoch fast ausschließlich auf ökologisch orientierte Aktionspläne, die von Politik und Verwaltung aufgenommen werden sollen. Die einzige 'soziale' Forderung ist die nach BürgerInnenbeteiligung. Aber wie kann die geforderte BürgerInnenbeteiligung an kommunalen Aktionsplänen umgesetzt werden, wenn allerorten über wachsende Politikverdrossenheit geklagt wird wie über die steigende Tendenz, daß Stadt nur noch als Dienstleistungsunternehmen gesehen wird und nicht als ein Lebensraum, den die BürgerInnen aktiv mitgestalten? Der Umgang der Gesellschaft mit Stadt scheint überhaupt problematisch zu sein, wenn stadtfriendlye und unökologische Bauweisen wie Einfamilienhäuser an der Stadtperipherie dem Wohnen in der Stadt selbst vorgezogen werden.

Hier ist Biehler zuzustimmen, daß „Anreize zur Entfaltung von gesellschaftlicher Selbstorganisation in einem demokratischen Prozeß“<sup>9</sup> geschaffen werden müssen. Eine nachhaltige Entwicklung kann nur von einer zukunftsfähigen Gesellschaft eingeleitet und getragen werden. Den Menschen muß der Zusammenhang zwischen Konsum, Lebensweise und Naturnutzung deutlich werden - für Renn<sup>10</sup> ist dies eine Bildungsaufgabe. Ökologische und soziale

---

6 Vgl. Romero 1996

7 Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992

8 Z.B. von Germanwatch 1994 und Deutscher Städtetag 1995

9 Biehler 1996, S. 96

10 Vgl. Renn 1996, S. 110

Bildung darf jedoch nicht auf Institutionen wie Schule und Hochschule beschränkt sein. Zusammenhänge von Konsum, Lebensweise und Naturnutzung müssen mit allen Sinnen erfahrbar sein, und das möglichst in jeder Altersstufe. Ein Ort, an dem dies täglich erlebt und gelernt werden kann, ist der öffentliche Raum. Dazu muß er jedoch als wichtige Ressource für die Aneignung von Stadt und Umwelt durch die BürgerInnen an Beachtung gewinnen, denn wo „der Stadt-Raum nicht mehr genutzt wird als kultureller Erfahrungsgegenstand, als Stätte sozialer Aneignung, droht die Verelendung des Urbanen“, so Thomas in seinem Kommentar „Unruheherd Stadt“<sup>11</sup>. Dieser These soll in meiner Diplomarbeit nachgegangen werden:

Wie muß der Umgang mit dem öffentlichen Raum in der Stadt sein, damit den BürgerInnen die Teilnahme am Stadtteilgeschehen aus stadträumlicher Sicht erleichtert wird?

Durch welche städtebaulichen Faktoren kann die Aneignung des öffentlichen Raumes durch die StadtbürgerInnen wieder verstärkt werden?

Mit welchen baulichen Mitteln kann die „soziokulturelle Brauchbarkeit der Stadt“, wie Nohl<sup>12</sup> es nennt, neu hergestellt werden, mit der letztlich nachhaltige Entwicklung gefördert wird?

---

11 Thomas 1996a

12 Nohl 1996

## 2 Warum sind Städte heute nicht nachhaltig?

### 2.1 Die Leitidee 'Nachhaltigkeit'

Stadtplanerische oder städtebauliche Leitbilder werden aus Problemlagen heraus entwickelt, für die dann in Konzepten Lösungen erarbeitet werden<sup>1</sup>. Auch wenn - z.B. durch ihre Komplexität - weder 'nachhaltige Stadtentwicklung' noch 'Urbanität' klar definierbare Leitbilder oder fertige Konzepte sein können wie z.B. die 'Gartenstadt' mit klaren Vorstellungen eines eindeutigen Urhebers (Howard), so weist das (Wieder-) Aufkommen dieser Begriffe doch auf Problemlagen hin, auf die mit der Schaffung von mehr Urbanität bzw. Nachhaltigkeit reagiert werden soll.

Langzeitbelastungen der Umwelt durch die zunehmende Verstädterung entstehen in vielen Bereichen. Beispielhaft seien genannt der Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe, die Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten, Landschaftsveränderungen und die Einschränkung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes<sup>2</sup>. Heutige Lebensstile und Leitbilder - besonders der Gesellschaften der wohlhabenden Industrieländer<sup>3</sup> - zerstören damit die Lebensgrundlagen der heute lebenden Menschen sowie der zukünftigen Generationen.

Die zentralen Forderungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind daher folgende<sup>4</sup>:

#### 1. Soziale Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit beinhaltet soziale Forderungen in mehreren Richtungen:

- Kernpunkt der Nachhaltigkeits-Definition ist die Forderung nach 'intergenerativer Gerechtigkeit'. Die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen dürfen nicht zerstört werden;

---

1 Rodenstein 1992, S. 34

2 Gekürzt nach Arlt, Siedentop 1996, S. 14

3 Vgl. Fußnote 3, S. 11

4 Nach Brake / Netzbandt 1996, S. 31f; Bergmann et al. 1996, S. 75; Löhr 1996

- 'intragenerative Gerechtigkeit': Beteiligung *aller* Menschen an der „globalen Allmende“<sup>5</sup>, und zwar global (Entschärfung der Disparitäten in der Teilhabe zwischen Entwicklungs- und Industrieländern) wie auch lokal (Umkehr des Segregationsprozesses der Bevölkerung in den Gemeinden);
- Möglichkeiten 'emanzipativer Persönlichkeitsentwicklung': BürgerInnen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen und Bedenken zu formulieren und in Entscheidungsprozessen einzubringen. Bürgerbeteiligung muß als Element der Politik eine „echte Bürgermitentscheidung“ sein und zur „Förderung von Verständnis und - schrittweiser - Entscheidungsfindung eingesetzt werden“<sup>6</sup>, um tiefgreifende Veränderungen in Konsum- und Verhaltensmustern, Leitbildern und Zielvorstellungen der ganzen Gesellschaft zu erreichen, wodurch naturverträgliche Präferenzen erlernt werden können<sup>7</sup>. Da eine zukunftsfähige Gesellschaft nicht ohne Aufgabe von Privilegien zu erreichen sein wird<sup>8</sup>, kann eine nachhaltige Entwicklung kaum ohne einen breiten Konsens eingeleitet werden.

## 2. Ökologische Nachhaltigkeit

Hohe Lebensqualität soll mit geringerem Ressourceneinsatz erreicht werden, also mit höherer 'Ökoproduktivität'. Dazu muß berücksichtigt werden:

- möglichst weitgehender Erhalt der Umwelt lokal, regional und global,
- die Abstützung des Wirtschaftens auf erneuerbaren Energien,
- die Reduzierung des Stoffumsatzes sowie
- die Reduzierung von Stoffeinträgen.

Es muß also eine Form von verträglichen anthropogenen Nutzungen mit ökologischen Stoffkreisläufen gefunden werden.

## 3. Ökonomische Nachhaltigkeit

Forderungen zur ökonomischen Nachhaltigkeit beruhen auf den beiden erstgenannten Aspekten von Nachhaltigkeit, den sozialen und ökologischen Forderungen.

---

5 Brake, mdl., Seminar „Aktuelle Raumentwicklungskonzepte“, Wintersemester 1995/96

6 Löhr 1996, S. 104

7 Vgl. Weise 1996, S. 51f

8 Vgl. Kuhn / Zimmermann 1996, S. 165

- intragenerative Gerechtigkeit in der Verteilung von Beschäftigung und Einkommen;
- ökologische Produktions- und Konsumkreisläufe.

Aus dem Katalog der Forderungen zur nachhaltigen Entwicklung lassen sich folgende Ziele ableiten<sup>9</sup>:

Das **Vorsorgeziel**: Absolute Reduktion des globalen Stoff-, Energie- und Flächenverbrauches.

Das **Verteilungsziel**: Verbesserung der materiellen und immateriellen Lebensbedingungen der bislang Notleidenden.

Das **Vermittlungsziel**: Bewußtseinsbildung bei den Wohlhabenden dahingehend, daß materielle Einschränkungen nicht notwendig einen Verlust an Lebensqualität bedeuten müssen.

Das **Verhandlungsziel**: Entwicklung von politischen Handlungsstrategien im möglichst umfassenden gesellschaftlichen Diskurs.

Bei der Analyse der Probleme der Stadt ist zu sehen, daß heute Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft gestört sind und daß sich daraus besondere stadtplanerische Probleme ergeben.

## 2.2 Problemlagen

### 2.2.1 Ökologische Problemlagen

#### Flächenverbrauch

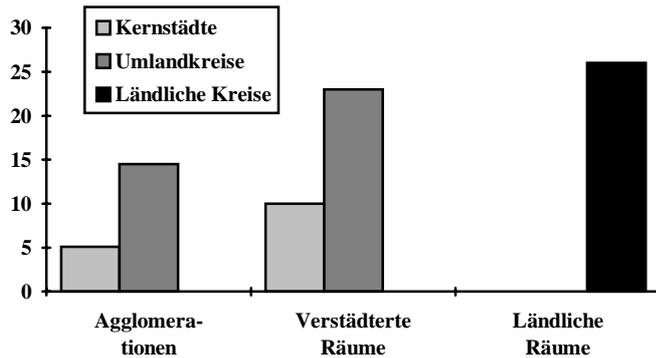
In den 50er Jahren betrug der Zuwachs an Siedlungsfläche (bebaute und unbebaute Flächen im Siedlungszusammenhang) in Deutschland noch ca. 66 ha/Tag, in den 80er Jahren waren es schon 120 ha/Tag<sup>10</sup>. Jährlich vergrößert sich die versiegelte Fläche in Deutschland um den Umfang einer mittleren Stadt<sup>11</sup>. Besonders in Umland- und ländlichen Kreisen ist der Flächenverbrauch hoch (vgl. Abb. 1).

---

9 Kopfmüller 1996, S. 25

10 Häußermann 1993, S. 19

11 Hoffmann-Axthelm 1993b, S. 141



Erläuterung: Zunahme der Gesamtsiedlungsfläche je Einwohner m<sup>2</sup>/EW 1988 bis 1992 in den alten Bundesländern

Abb. 1: Siedlungsdispersion und Flächenverbrauch<sup>12</sup>

Besonders in den letzten Jahrzehnten entstanden weitflächige Wohnsiedlungen mit geringen Bewohnerzahlen pro Fläche als Gürtel um die Städte<sup>13</sup>. Diese Suburbanisierung ist „Ausdruck des Unbehagens über Lärm, Luftverschmutzung und Ödnis der Innenstädte und eine der Ursachen zugleich. Die Menschen fliehen in gesichtslose Vorstädte, wo kaum öffentliches Leben stattfindet. Deshalb müssen sie dann zum Arbeiten, zum Einkaufen und zur Freizeitgestaltung auch dort wieder fliehen“<sup>14</sup>. Die meisten nicht-nachhaltigen Konsequenzen entstehen aus eben dieser geringen Bebauungsdichte, der ‘Unternutzung’ von Fläche.

Große Grundstücksgrößen pro Wohneinheit bedeuten die Vernichtung von Landschaft und die Beeinträchtigung von besonders solcher Arten und Lebensgemeinschaften der Flora und Fauna, die größere und/oder ungestörte Areale ihres Lebensraumes zur Arterhaltung benötigen. Dazu ist in gering verdichteten (suburbanen) Wohnvierteln die Fläche, die für den Straßenbau notwendig wird, pro Wohneinheit unverhältnismäßig hoch. Durch den hohen Anteil an Verkehrsflächen sowie durch die offene Bauweise mit großen

12 Nach Bergmann et al. 1996, S. 71

13 Vgl. Brake / Müller / Wiegandt 1996, S. 2

14 Loske / Jung 1996, S. 57

Grundstücks- und Abstandsflächen ergibt sich eine unnötig hohe Bodenverschwendung und -versiegelungsrate. Durch Bodenversiegelung und Oberflächenentsorgung des anfallenden Niederschlages in die Kanalisation und die Oberflächengewässer sinkt die Grundwasserneubildungsrate. Zudem führt dies zu einer Überlastung der Klärwerke und der Oberflächengewässer bei starken Regenfällen.

Viele Städte reagieren heute schon auf den hohen Flächenverbrauch und seinen Nachteilen mit Nachverdichtung im Siedlungsbereich. Dann jedoch entstehen Konflikte oftmals bei der Anwendung der Eingriffs- und Ausgleichsregelung bei dem Prinzip der Ersatzmaßnahmen in unmittelbarer Nähe des Eingriffsortes<sup>15</sup>.

### **Energieverbrauch**

Eine weitere Form des überhöhten Energieverbrauches ergibt sich durch die offene Bauweise des Ein- oder Zweifamilienhauses, deren Anteil Außenfläche (Dach und Wände) pro Wohneinheit am größten ist von allen Bauweisen<sup>16</sup>, womit der Wärmeenergieverlust sehr hoch ist im Vergleich zu geschlossenen Bauweisen. Durch erhöhte Wärmedämmung und den Einsatz von Solarenergie ist dieser Nachteil nur bedingt wieder wettzumachen, da die Produktion und Verarbeitung der dafür benötigten Materialien und Anlagen ebenfalls einen hohen Energieaufwand benötigt.

### **Schadstoffbelastungen**

Infolge der Suburbanisierung der Wohnbevölkerung und der gleichzeitigen Arbeitsplatzkonzentration in den Innenstädten erhöhen sich die zwangsläufigen Verkehrswegelängen<sup>17</sup>, so daß zusätzlich zum allgemein steigenden Aufkommen des motorisierten Verkehrs unnötig Stickoxide und Kohlendioxid ausgestoßen werden, die die Stadtluft (und letztendlich die Atmosphäre)

---

15 Vgl. Finke 1996, S. 112. Ausführlich untersucht wurde diese Problematik von Heidrich 1996.

16 Niedersächsisches Sozialministerium 1993, S. 70f

17 Vgl. Häußermann / Siebel 1987, S. 121

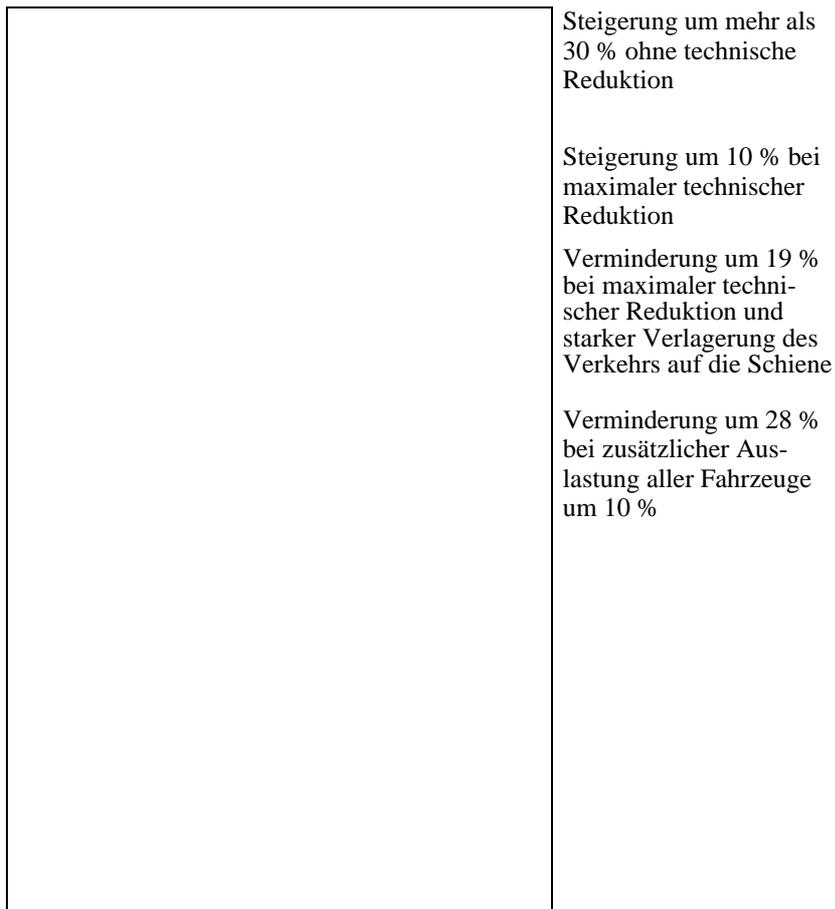


Abb. 2: Verkehrsbedingte Kohlendioxid-Emission<sup>18</sup>

---

18 Helling 1995: „Falls sich die Verkehrsleistungen in der BRD bis zum Jahre 2005 gegenüber 1987 um 25% im Personenverkehr sowie um 59% im Güterverkehr erhöhen, würde die verkehrsbedingte Kohlendioxid-Emission um mindestens 30% zunehmen; selbst bei Ausschöpfung aller technisch möglichen Reduktionspotentiale bei allen Transportmitteln stiege sie immer noch um 10%. Erst die Kombination des technisch machbaren mit einer größtmöglichen Verlagerung des Güter- und Personenverkehrs auf die Schiene brächte eine Minderung um 19%. Gelänge es zudem, alle Fahrzeuge um 10% besser auszulasten, ließe sich der verkehrsbedingte Ausstoß von Kohlendioxid sogar um 28% senken.“

zusätzlich zu Haushalts- und Gewerbeemissionen belasten<sup>19</sup> (vgl. Abb. 2). Die gleichen Auswirkungen hat die räumliche Stadtorganisation, die gekennzeichnet ist durch die Aufteilung der Funktionen<sup>20</sup> Wohnen, Arbeiten, Erholung und Versorgung auf unterschiedliche Stadtteile, denn dadurch erhöht sich ebenfalls die Notwendigkeit, Wege zurückzulegen, um bestimmte Aktivitäten ausüben zu können (hoher Mobilitätsbedarf<sup>21</sup>).

Die prekäre Gesamtsituation der Städte heute wirkt sich auch auf den Verkehr aus. Ressourcenschonender öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) muß fast immer von der öffentlichen Hand finanziell unterstützt werden. In suburbanen Wohngebieten ist ÖPNV durch die geringe Bebauungs- und damit Einwohnerdichte nicht lohnend einzusetzen, wodurch der 'Automobilitätszwang' weiter steigt. Weil sich die finanzielle Lage des ÖPNV durch Unternutzung verschlechtert, wird das Angebot immer mehr ausgedünnt - was eine weitere Verschlechterung für die KundInnen bedeutet, die ihn noch weniger nutzen werden - ein Teufelskreis.

Negative Folgen der heutigen Lebensweise sind also Beeinträchtigungen von Boden, Wasser, Luft sowie der Arten und Lebensgemeinschaften: Schädigungen der Wasserkreisläufe<sup>22</sup>, Veränderung des Klimas, Zerstörung von ökologischen Lebensräumen sowie die Beeinträchtigung von Erholungszonen der Bevölkerung. Die wachsende Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungen ist daher in der Stadt- und Regionalpolitik inzwischen als eines der größten Probleme im Hinblick auf die ökologische Verträglichkeit erkannt worden<sup>23</sup>.

Die ökologischen Forderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung, nämlich eine möglichst geringe Beeinträchtigung des ökologischen 'dynamischen Gleichgewichtes' lokal, regional und global u.a. durch die Reduzierung des

---

19 Pro Liter Benzin werden ca. 3 kg CO<sub>2</sub> freigesetzt. Zum Vergleich: ein europäischer Baum bindet ca. 60 kg CO<sub>2</sub> pro Jahr. Quelle: Schmidt-Bleek, mdl., Wuppertal Institut, Vortrag auf dem Kongreß „Challenges of Sustainable Development“ in Amsterdam am 25.08.1996

20 Vgl. Häußermann / Siebel 1987, S. 140f

21 Stete 1996, S. 16

22 Loske / Jung 1996, S. 5: 70 % des Trinkwassers werden aus Grundwasservorräten gewonnen, die sich z.T. nur sehr langsam erneuern, so daß starke Grundwassersenkungen die Folge sind; durch Schadstoffemissionen werden Boden und Luft belastet, wodurch Niederschläge, Grund- und Oberflächenwasser wie auch Flora und Fauna belastet werden.

23 Vgl. Häußermann 1993, 19f

Stoff- und Energieumsatzes, sind also in Städten und durch Städte, so wie sie sich heute darstellen, nicht gewährleistet.

## 2.2.2 Gesellschaftliche Problemlagen

### Polarisation und Segregation

Heute ist häufig die Rede von der „Auflösung“<sup>24</sup>, dem „Sterben“<sup>25</sup> oder dem „Untergang“<sup>26</sup> der europäischen Stadt. Dies wird an mehreren Indizien festgemacht, deren wohl wichtigstes Merkmal die Segregation ist: das räumliche wie auch soziale Auseinanderdriften verschiedener Teile der Bevölkerung in den Städten, erkennbar auch an einer zunehmenden Polarisation der Bevölkerung. Zum einen gibt es hochqualifizierte, arbeitende und wohlhabende BürgerInnen, die die Angebote der modernen Welt wahrnehmen können. Auf der anderen Seite stehen Erwerbslose, Unqualifizierte und Arme, die eingegrenzt bleiben auf lokale Gegebenheiten und die um eine positive Identität kämpfen müssen, denn für diese „Chancenlosen und Unterprivilegierten sowie Bürger ‘minderen Rechts’ wie Ausländer“ sind „Organisations- und Artikulationschwächen“ kennzeichnend<sup>27</sup>. Sie haben politisch, finanziell und sozial sehr beschränkte Möglichkeiten, ihre Situation zu verbessern, und es gibt keine einflußreiche Lobby, die ihre Interessen vertritt.

Diese zwei Pole gesellschaftlicher Schichtung entfernen sich nicht mehr nur finanziell, räumlich und sozial, sondern auch kulturell so weit voneinander, daß sie keine gemeinsame Basis mehr haben. Das größte Phänomen ist dabei das Entstehen innerer Grenzen, die sich stadträumlich in der Polarisation jeweiliger Schichtzugehöriger in eigenen Stadtvierteln niederschlägt, wobei die Ausgrenzung von ‘Randgruppen’ verstärkt wird<sup>28</sup>. Die sozialräumliche Segregation ist dabei am stärksten bei Ober- und Unterschichten, am geringsten bei der unteren und mittleren Mittelschicht<sup>29</sup>. Der Grund für die zunehmende

---

24 Vgl. Thomas 1996b

25 Podiumsdiskussion „Stirbt die europäische Stadt?“ der Frankfurter Rundschau am 05.10.96. Vgl. dazu Iden 1996

26 Hoffmann-Axthelm 1988

27 Vgl. Andritzky 1985, S. 38

28 Vgl. Touraine 1996, S. 69

29 Vgl. Spiegel 1983, S. 86

Segregation der Stadtbevölkerung liegt nach Häußermann und Siebel<sup>30</sup> hauptsächlich im Umgang der Politik mit den Schrumpfungsprozessen der Stadt. Bundesmittel fließen nur in Projekte, die eindeutig dem Wachstumsziel dienen, und die Stadtpolitik konzentriert ebenfalls die geringer werdenden finanziellen Mittel der Stadt auf mögliche Wachstumsbereiche. An Gewicht gewonnen haben dabei die sogenannten ‘weichen Standortfaktoren’, die von den gehobenen Angestellten so sehr geschätzt werden, daß sie für moderne Industrien als Argumente bei der Standortwahl rechnen. Um solche Faktoren bieten zu können, investieren Städte in das Ambiente der Stadt durch die Ästhetisierung der (ohnehin vergleichsweise attraktiven) Innenstädte, die Erhöhung der Attraktivität der innerstädtischen Wohnviertel für die gut Verdienenden oder in für diese Arbeitnehmer attraktive kulturelle Institutionen oder Ereignisse. Diese Politik bedeutet die „**Spaltung der Stadt**“<sup>31</sup> in verschiedene Strukturen:

Die **erste Struktur**: die international wettbewerbsfähige Stadt, die sich aus wirtschaftlichen, kulturellen und ästhetischen Glanz- und Höhepunkten der jeweiligen Stadt zusammensetzt wie einem Flughafen, eine durchgestylte Fußgängerzone, Einkaufspassagen, aufwendige Freizeit- und Kultureinrichtungen u.ä.;

Die **zweite Struktur**: die normale Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadt für die Mittelschicht mit den Funktionen eines regionalen Oberzentrums, also mit den städtischen Strukturen, die üblicherweise mit der Vorstellung einer westeuropäischen Großstadt in Mitteleuropa verknüpft wird;

Die **dritte Struktur**: die marginalisierte Stadt der Randgruppen, der Ausgegrenzten, der dauerhaft Arbeitslosen, der AusländerInnen, der Drogenabhängigen und der Armen.

Der ‘Niedersächsische Sozialatlas’ spricht von einer „Erweiterung des Spektrums sozialer Ungleichheit“<sup>32</sup>. Nicht nur die elementaren materiellen und sozialen Ressourcen (Geld, Bildung, Sicherheit und Gesundheit) beeinflussen die Lebenslage von immer mehr Menschen zunehmend negativ, sondern immer mehr auch die Arbeits-, Familien-, Wohn- und Freizeitbedingungen. Dadurch sei eine wachsende Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Mittel-

---

30 Vgl. Häußermann / Siebel 1987, S. 138ff

31 Vgl. ebd. S. 139

32 Müller / Buitkamp 1996, S. 14

lagen sowie eine wachsende Polarisierung zwischen den ‘oberen’ und ‘unteren’ gesellschaftlichen Schichten zu beobachten<sup>33</sup>. Häußermann und Siebel stellen eine noch drastischere Segregation fest: die Stadtgesellschaft sei nicht nur hierarchisch gegliedert in ein Oben und ein Unten, sondern gespalten in ein Drinnen und Draußen, da es eine wachsende Minderheit von „dauerhaft aus den Zusammenhängen der Gesellschaft Ausgegrenzten“<sup>34</sup> gebe.

### **Individualisierung und Pluralisierung**

Soziologische Untersuchungen konstatieren eine Tendenz der Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile und -formen u.a. anhand der steigenden Zahlen von Einpersonenhaushalten. Die traditionelle Familie hat in vielen Städten anzahlmäßig das jahrhundertelange Monopol verloren<sup>35</sup>, und neue bzw. bisher seltener vorkommende Lebens- und Haushaltsformen werden die Gesellschaft zumindest mitprägen<sup>36</sup>. Hauptsächlich wird es sich um Einzelpersonen handeln: ein Drittel der Bevölkerung lebt inzwischen als Single, in Großstädten stellen Einpersonenhaushalte bereits die Mehrheit der Haushalte<sup>37</sup>. Jedoch gibt es nicht nur die zwei Pole traditionelle Familie versus Single-Existenz, sondern eine Auffächerung der Lebensstile, so daß sich ein vielfältiges Spektrum neuer Lebensformen ergibt<sup>38</sup>. Gerade die vermeintlich am stärksten ‘individualisierten’ Gruppen, wie z.B. jüngere erwerbstätige Singles, pflegen jedoch nachweislich mehr und engere soziale Beziehungen als andere<sup>39</sup>. Die ‘Individualisierung’ einer Person ist also nicht gleichbedeutend mit deren Isolation. Viel größere Probleme mit der Mobilisierung von sozialen Netzen zur Einbindung in die Gesellschaft haben gerade Randgruppen traditioneller Lebensformen (alleinstehende ältere Menschen, gesundheitlich beeinträchtigte oder sozial stigmatisierte Gruppen). An der wachsenden Anzahl von Personengruppen, die oft als ‘Problemgruppen’ be-

---

33 Ebd. S. 15

34 Häußermann / Siebel 1997, S. 16f

35 Vgl. Hoffmann-Nowotny 1988

36 Vgl. Häußermann / Siebel 1987, S. 12

37 Vgl. ebd. S. 109 und 1993

38 Bertram / Bormann-Müller 1988, Zapf 1989

39 Vgl. Müller / Buitkamp 1996, S. 18

zeichnet werden<sup>40</sup> (Alte, Arme, Alleinerziehende, AusländerInnen, Behinderte, Kranke, Drogenabhängige, Obdachlose etc.), wird deren rückläufige soziale Einbindung als problematisch erachtet: solche Personen werden immer weniger von traditionellen Zusammenhalten wie der Familie oder der Kirche eingebunden oder aufgefangen. Frühere Aufgaben der Familie wurden im Sozialstaat institutionalisiert durch die Einrichtung von Krankenhäusern und Altersheimen, also funktionsspezialisierten sozialen Einrichtungen. Dadurch werden die Personen solcher 'Randgruppen' räumlich und sozial zunehmend ausgegrenzt<sup>41</sup> (zur besonderen Situation von Kindern und der Erschwerung von deren Sozialisation in der Stadt vgl. Busch<sup>42</sup>, Kindgerechte Wohnumwelt). Sozial nachhaltige Lebensweisen müßten diesen Erscheinungen sozialer Desintegration entgegenwirken.

Diese tiefgreifenden Veränderungen im Sozialverhalten der Stadtbevölkerung, den veränderten Haushalts- und Familienkonstellationen sowie der wachsende Wohlstand von Teilen der Bevölkerung drücken sich vor allem in einer erhöhten Nachfrage nach Ein- und Zweipersonenwohnungen und demzufolge in einem ständig wachsenden Flächenbedarf<sup>43</sup> aus, besonders weil sich der vorhandene Wohnungsbestand nur schwer den veränderten Anforderungen anpassen läßt<sup>44</sup>, denn Wohnungen, die für das kleinfamiliale Wohnen gebaut worden sind (mit der traditionellen Raumaufteilung großes Wohnzimmer, mittleres Elternschlafzimmer, kleines Kinderzimmer sowie Kleinküchen), sind nicht adaptierbar für viele der heute favorisierten Lebensformen. Gebraucht werden Wohnungen mit nutzungsneutraler Raumaufteilung, die flexibel von unterschiedlichen Haushaltsformen genutzt werden können.

Die unter dem Stichwort 'Post-Fordismus' und 'De-Industrialisierung' diskutierten ökonomischen Umstrukturierungsprozesse (Arbeitsplatzabbau im sekundären Sektor und Wachstum des tertiären Sektors, der jedoch nicht den

---

40 Es wird z.B. manchmal der Anteil AusländerInnen an der Gesamtbevölkerung eines Stadtteiles als Indiz für seine soziale Stabilität (bei geringem Anteil) oder seine soziale Schiefelage (bei hohem Anteil) benutzt.

41 Vgl. Schüle 1985, S. 60ff

42 Busch 1995, Kap. 3.2: Die Veränderung des Wohnumfeldes und der räumlichen Sozialisationsbedingungen nach 1945

43 Vgl. Loske / Jung 1996, S. 51. 1950 lebte jeder Deutsche auf 15 m<sup>2</sup> Wohnfläche, heute sind es ca. 37m<sup>2</sup>. Die Tendenz ist weiter steigend.

44 Vgl. Herlyn 1993, S. 30

Verlust im sekundären Sektor ausgleicht<sup>45</sup>) bewirken in den Städten tiefgehende Strukturveränderungen und führen zur Verlagerung und Schließung von Unternehmen, ohne daß parallel dazu ausreichend adäquate Arbeitsplätze entstehen. Die Arbeitslosigkeit nimmt also zu. Der Verlust an Gewerbesteuererinnahmen und gleichzeitig steigende Sozialausgaben zwingen die Städte, immer schärfere Einsparungsmaßnahmen zu ergreifen. Die ökonomisch schlechte Situation wirkt sich dementsprechend auch auf die soziale Lage der BürgerInnen aus, denn „eingeschränkte Möglichkeiten selbständiger Existenzsicherung fördern eine Ellenbogengesellschaft, in der der eigene Vorteil im Vordergrund steht und das ‘Gemeinwesen Stadt’ der Erosion preisgegeben wird“<sup>46</sup>. Damit hängt eng zusammen, daß die Stadt als eine Art ‘Dienstleistungsunternehmen’ von der Bürgerschaft gesehen wird. Die Bereitstellung hochwertiger technischer, administrativer, kultureller u.a. Infrastrukturen bedeutet für die Stadt jedoch eine hohe finanzielle Belastung.

Zudem bedeutet die Wandlung von „StadtbürgerInnen zu StadtnutzerInnen“<sup>47</sup>, daß das Engagement der BürgerInnen für ihre Stadt abnimmt. Statt dessen verhalten sie sich wie KundInnen gegenüber einem Dienstleistungsunternehmen - fordernd und bei Bedarf reklamierend. Damit geht einher die mangelnde Teilnahme am öffentlichen Leben: ohne Identifikation mit dem Wohnviertel fehlt auch der Einsatz der BewohnerInnen für das eigene Quartier. Anonymität, Einsamkeit, fehlende Solidarität unter Nachbarn<sup>48</sup> sind an sich schon negative Tendenzen, zudem begünstigen sie Vandalismus und Kleinkriminalität<sup>49</sup>. Besonders auffällig sind dabei die Wachstumsraten von Jugendkriminalität und Ausländerfeindlichkeit. Schon 1961 sagte Mitscherlich, daß die derzeitige Bau- und Planungspolitik Uninteressiertheit an der Stadt bis hin zur Gewalt hervorbringt<sup>50</sup>. „Die Mehrzahl der Menschen in den Städten hat angesichts eines für sie undurchschaubaren und sie mit Mißtrauen

---

45 Vgl. Häußermann / Siebel 1987, S. 31

46 Wüst 1996, S. 97

47 Krämer-Badoni 1996, S. 74

48 Dazu paßt auch die Aussage „Panik isoliert jeden zehnten“ (1996): Panische Angst schon beim Kontakt mit kleinen Menschengruppen wird immer öfter als Krankheit festgestellt. Kontaktängste (soziale Phobien) gelten mittlerweile in Fachkreisen schon als Krankheit der neunziger Jahre.

49 Vgl. Biedermann 1996

50 Vgl. Mitscherlich 1972, S. 22

erfüllenden politischen Geschehens einfach ‘abgeschaltet’. Zur gleichen Zeit wächst deutlich dissoziales Verhalten sowohl gegen öffentliches Eigentum wie gegen Mitmenschen<sup>51</sup>. Dieses ist auch bei Bürgerinitiativen auszumachen, die ein egozentrisches Verhalten an den Tag legen, wenn sie Widerstand gegen soziale Einrichtungen für ‘Randgruppen’ (z.B. psychiatrische Einrichtungen, Treffpunkte für AusländerInnen etc.) in ihrem Quartier leisten.

Die „Stadt als Modell gesellschaftlichen Zusammenlebens“<sup>52</sup> muß also neu überdacht werden, denn im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung fehlen ihr im sozialen Bereich die Teilhabe aller an der ‘Allmende’, den öffentlichen Ressourcen, sowie die Möglichkeiten der emanzipativen Persönlichkeitsentwicklung der BürgerInnen durch die aktive Beteiligung an Entscheidungsprozessen.

### 2.2.3 Ökonomische Problemlagen

Die heutigen Wirtschaftsweisen stehen in enger Wechselwirkung mit den ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Die entscheidenden Bestimmungsfaktoren der Stadtentwicklung sind im ökonomischen Bereich zu finden, sie müssen jedoch im Kontext gesellschaftlich übergreifender Veränderungen der sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse gesehen werden<sup>53</sup>.

Zur Zeit werden besonders folgende globale Umstrukturierungsprozesse registriert<sup>54</sup>:

#### Flexibilisierung und Globalisierung

Flexibilisierung und Globalisierung von Produktion und Kapitalverwertung sind heute Stichworte, die täglich in den Nachrichten genannt werden. Aufgrund von steigender Kapital- und Gütermobilität durch sinkende Transportkosten und weltweite mediale Vernetzung wird eine Internationalisierung der betrieblichen Standortwahl befürchtet, deren Folge die Abwanderung von

---

51 Ebd. S. 24

52 Hoffmann-Axthelm 1995, S. 9

53 Vgl. Krätke 1995, S. 10ff

54 Ebd. S. 16ff

Unternehmen in sogenannte 'Billiglohnländer' wäre. Regierung und Wirtschaft fordern daher die Senkung der Löhne und der Sozialleistungen, um den 'Wirtschaftsstandort Deutschland' zu retten.

Inzwischen gibt es jedoch Untersuchungen, die belegen, daß nicht die Globalisierung Grund für die Massenarbeitslosigkeit ist, sondern „daß auf den Rückgang der Erwerbsarbeit nicht adäquat reagiert wurde“<sup>55</sup>: dem anteilmäßig zurückgehenden Faktor Arbeit würden immer neue finanzielle Lasten aufgebürdet, während der anteilmäßig zunehmende Faktor Kapital erheblich entlastet würde.

Solange jedoch noch die oben beschriebenen Folgen der Globalisierung befürchtet werden, sehen Städte sich unter Konkurrenzdruck gesetzt, für Arbeitsplätze den Unternehmen politische, finanzielle oder standörtliche Konzessionen zu machen, um sie am Ort zu halten oder sie zur Niederlassung zu bewegen.

### **Polarisierung von Beschäftigungs- und Sozialstrukturen**

Die 'Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung' bedeutet eine 'Entkopplung von Produktivitätsentwicklung und Masseneinkommen' (vgl. Abb. 3). Folge davon ist, daß der bisher dominierende standardisierte Massenkonsum abgelöst wird von einer hochgradigen Differenzierung und Aufspaltung der Konsummuster. Diese Tendenz wird erhöht durch die 'Pluralisierung der Lebensstile'.

---

55 Reuter 1996. Einen Ausweg aus der wachsenden Konzentration von Einkommen und Vermögen sowie der Massenarbeitslosigkeit sieht Reuter in der Entkopplung von Einkommen und Arbeit in der immer kapitalintensiveren Produktion. „Entscheidend ist die Umwandlung der heutigen arbeitsvolumenzentrierten in eine wertschöpfungsorientierte Finanzierung staatlicher Auf- und damit Ausgaben. Dann wäre es für die Einnahmen des Staates unerheblich, ob das Sozialprodukt mit mehr Arbeit oder mit mehr Kapital erwirtschaftet wird. ... [Es] entsteht dann die paradoxe Situation, daß im ersten Fall die Staatseinnahmen steigen, während sie im zweiten - bei gleichem Sozialprodukt - sinken“.

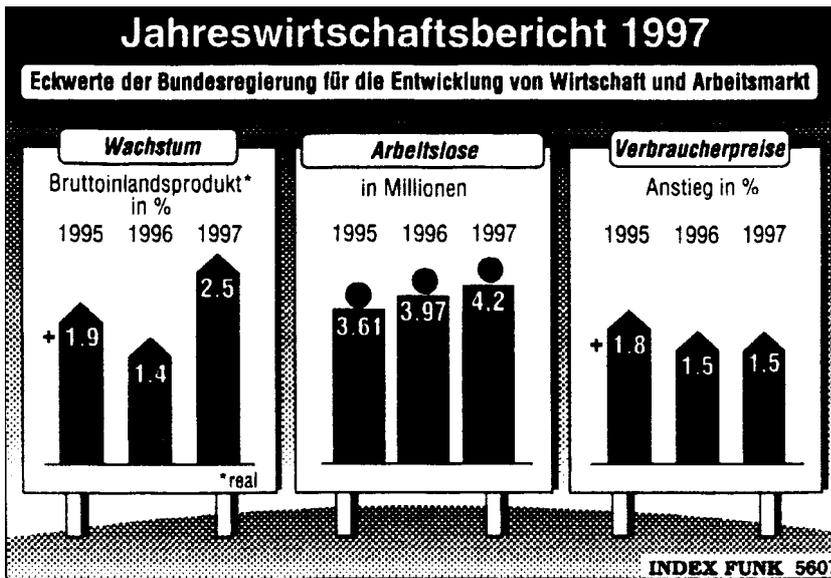


Abb. 3: Entkopplung von Produktivitätsentwicklung und Beschäftigung<sup>56</sup>

### Deregulierung

Wirtschaft und - in ihrem Namen - Politik fordern, 'überkommene' politisch-institutionelle Steuerungsmechanismen zu 'deregulieren' und marktwirtschaftliche Mechanismen in mehr und mehr gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Die neuen Regulationsweisen sind gekennzeichnet durch verstärkte Marktsteuerung, Flexibilisierung und Deregulierung, wozu auch der Übergang zu flexiblen unternehmerischen Formen der Staatsaktivität in möglichst vielen staatlichen Aufgabenbereichen gehört sowie ein anhaltender Umbau des Sozialstaates.

Die sich aus diesen Punkten ergebenden Probleme für die Stadtentwicklung sind enorm. International agierende Unternehmensnetzwerke können sich immer besser regulierenden Eingriffen nationalstaatlicher (und erst recht regionaler und lokaler) Institutionen entziehen bzw. können selbst die Entwick-

56 Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1997

lung von Städten und Regionen zu ihren Gunsten beeinflussen. Dies bedeutet einen Einflußnahmeverlust der staatlichen und kommunalen Institutionen, die nicht nur rein betriebswirtschaftlich günstige Faktoren beachten, sondern auch das Gemeinwohl im Blick haben sollten. Gleichzeitig ist jedoch der Handlungsbedarf, die sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen des Umbauprozesses auf lokaler Ebene aufzufangen und zu regulieren, enorm gestiegen, so daß es für Städte zunehmend schwieriger wird, Aufgaben politischer Integration und Legitimationssicherung wahrzunehmen.

Die ökonomische Nachhaltigkeit lokaler, regionaler und nationaler Wirtschaftssysteme wird durch die Globalisierung der Wirtschaft in starkem Maße beeinträchtigt, weil kleinteilig differenzierte Netzwerke von Austausch- und Vermittlungsbeziehungen, von Zulieferer- und Abnehmersystemen, von Produktions- und Dienstleistungssystemen zerstört werden<sup>57</sup>. Forderungen für eine nachhaltige Wirtschaft sind daher die Stützung und Förderung von kleinteiligen und regionalen Austauschsystemen.

#### **2.2.4 Problemlagen für die Stadtplanung**

Aus den Bereichen Gesellschaft, Ökologie und Ökonomie (s.o. Kap. 2.2.1 bis 2.2.3) ergeben sich für die Stadtplanung besondere Problemlagen. Hier sollen nur die im Zusammenhang mit der Aufgabenstellung der Arbeit wichtigsten Punkte aufgeführt werden.

##### **Stadtfeindlichkeit: Abkehr von der Stadt durch das Ideal 'Wohnen im Grünen'**

Hauptursache für die Suburbanisierung ist das weitgehend herrschende Ideal, ein eigenes Einfamilienhaus im Grünen bewohnen zu wollen, und das, obwohl diese Bauweise die teuerste Lösung des Wohnungsproblems ist<sup>58</sup>. Das Wohnen auf einem eigenen möglichst großen Grundstück am Stadtrand wird von einer breiten Bevölkerungsschicht als ökologisch am verträglichsten angesehen, die dicht bebaute Stadt dagegen als unökologisch. Zudem wird das Wohnen im eigenen Haus verbunden mit der Vorstellung, daß die Wohnung „funktional als Ort der Nicht-Arbeit [gilt]. Wohnen wird als ein von beruflicher Arbeit gereinigtes Leben der Freizeit, der Erholung und des Kon-

---

57 Vgl. Beckmann / Forßmann 1996, S. 6

58 Häußermann / Siebel 1987, S. 95

sums aufgefaßt“<sup>59</sup>. Berufliche Arbeit und Versorgung werden davon getrennt gesehen, so daß weite Wege in Kauf genommen werden. Mit der Vorstellung von Wohnen als Erholung einher geht die zunehmende Sensibilität gegenüber Alltagslärm, wobei vergessen wird, daß die eigene Fortbewegung ebenfalls meist mit dem Pkw geschieht und damit den BewohnerInnen der zu durchquerenden Stadtteile Lärm zumuten. Nur so ist erklärbar, daß Bürgerinitiativen die Abriegelung (z.B. durch Sackgassenbildung) oder Tempoverlangsamung der Straße vor der eigenen Haustür fordern, um den Durchgangsverkehr zu mäßigen, jedoch selbst nicht darauf verzichten, mit dem Pkw andere Stadtteile zu durchqueren.

### **‘Renaissance der Innenstädte’: Gentrifizierung**

Gleichzeitig gibt es jedoch eine gegenläufige Entwicklung, wie sie besonders Häußermann und Siebel beschreiben<sup>60</sup>, nämlich eine ‘Renaissance der Innenstädte’. Die durch das Ideal ‘Wohnen im Grünen’ entleerten innenstädtischen Altbaugebiete sind oft wegen geringer Mieteinnahmen und dementsprechend geringen Erhaltungsinvestitionen heruntergekommen. Dort kann sich eine gegenüber dem bürgerlichen Lebensmodell kritisch eingestellte sogenannte ‘alternative Szene’ entwickeln, die die Altbauviertel mit ‘alternativer Kultur’ wie Läden, Kneipen und lebendigem öffentlichem Raum belebt. Diese Szene kann die Reurbanisierung des Viertels einleiten, wenn der soziale Stellenwert des Viertels nach einer von Seiten der Behörden geleisteten Verbesserung der Wohnqualität (z.B. Verkehrsberuhigung) gestiegen ist: sogenannte ‘neue’ Haushaltstypen, vor allem Singles und kinderlose Paare (vgl. oben S. 22f), rücken nach, um von der urbanen Nutzungsmischung und der funktionellen Vielfalt solcher Quartiere zu profitieren<sup>61</sup>. Diese Lebensformen bevorzugten schon immer das Leben in der dichtbebauten, funktional vielfältigen Stadt. Sie brauchen den städtischen Raum als „Bühne von Selbstdarstellung und demonstrativem Konsum“<sup>62</sup>. Durch die steigende Nachfrage dieser zahlungskräftigeren Haushalte kann der Mietspiegel im Viertel steigen, so daß die alternative Szene sogar wieder verdrängt werden kann.

---

59 Ebd. S. 74

60 Ebd. Kap. 1

61 Vgl. Wehrli-Schindler 1994, S. 30

62 Häußermann / Siebel 1987, S. 17

Das Problem dieser Art 'Reurbanisierung' der Innenstädte liegt darin, daß sie von beruflich Erfolgreichen und durch die Arbeitsmarktlage gezwungenen oder freiwilligen 'Aussteigern' getragen wird, die beide, so verschieden sie auch sind, Gruppen mit höherer Bildung und hohen Ansprüchen an Selbstverwirklichung sind. Für die Masse der Arbeitslosen gilt beides nicht: sie haben weder Geld noch die gleichen intellektuellen und kreativen Fähigkeiten, Innenstadtquartiere zu 'revitalisieren'. Sie sind von diesem 'Stadtumbau durch Gentrifizierung' ausgeschlossen, womit ihre soziale und räumliche Ausgrenzung sich weiter erhöht<sup>63</sup>: sie finden weder Platz in den suburbanen Einfamilienhausquartieren noch in den innenstädtischen 'urbanen' Altbauvierteln. Ihnen bleiben hauptsächlich die Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus.

### **Funktionstrennung: Verödung der Innenstädte und monotone Wohnviertel**

Die Funktionstrennung hat nicht nur Konsequenzen für die suburbanen Wohngebiete, sondern auch für die Innenstadt (die für viele 'eigentliche' Stadt): sie hat nur noch eine Versorgungs- und Vergnügungsfunktion für einen Großteil der StadtbewohnerInnen. Nicht umsonst heißt es „in die Stadt gehen“, wenn man einen Einkaufsbummel machen will. Gelebt und gewohnt dagegen wird auf dem eigenen Grundstück, in den eigenen vier Wänden. Das Wohnviertel ist möglichst privat geprägt, um als Erholungsraum zu dienen, die Innenstadt dagegen möglichst öffentlich, um als „Erlebnisraum“ zu funktionieren. Dieses „Auseinandertreten von Öffentlichkeit und Privatheit“<sup>64</sup> durch die Entwicklung von monofunktionalen Stadtbereichen bedeutet für die einzelnen Stadtquartiere, daß sie nur zu bestimmten und jeweils unterschiedlichen Zeiten besonders stark besucht werden („Teilzeitverödung“<sup>65</sup>). Problematisch ist dies besonders, wenn es zu Monotonien kommt, die zu geringen Kontaktmöglichkeiten führen (besonders für Hausfrauen, alte Menschen sowie Kinder und Jugendliche in Einfamilienhausgebieten) bzw. zu Gefährdungen in durch nachts gering besuchte Bereiche (Innenstädte, Gewerbegebiete).

---

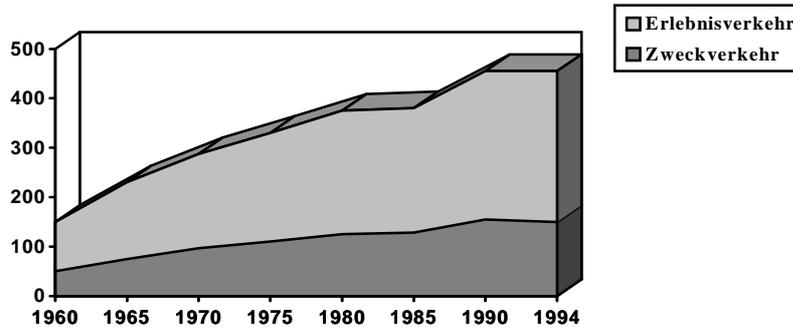
63 Vgl. Häußermann / Siebel 1992b, S. 38

64 Häußermann / Siebel 1987, S. 82

65 Hoffmann 1985, S. 145

### Verkehrsentwicklung: Anstieg des motorisierten Individualverkehrs

Die Verkehrsleistung im Personenverkehr (vgl. Abb. 4) wie auch im Güterverkehr bewegt sich auf hohem, immer noch steigendem Niveau. Die Dominanz von Pkw und Lkw im Straßenraum nimmt gegenüber anderen Verkehrsmitteln seit den 60er Jahren stark zu. Andere Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Raumes 'Straße' wurden verdrängt, die Straße wurde zum reinen Transportweg zwischen den mit verschiedenen Nutzungen belegten Stadtteilen degradiert.



Erläuterung:

Zweckverkehr: Beruf, Geschäft, Einkaufen, Ausbildung

Erlebnisverkehr: Freizeit, Urlaub

Abb. 4: Zunahme der Verkehrsleistung im Personenverkehr<sup>66</sup>

Straße als wichtiger öffentlicher Kommunikations- und Erfahrungsraum ist zu großen Teilen verlorengegangen. Dies hat verschiedene Auswirkungen:

Der ökologischste und zugleich sozialste Verkehr, der Fußgängerverkehr, wird durch die starke räumliche Inanspruchnahme des Straßenraumes durch den motorisierten Verkehr verdrängt. Dabei ist gerade der „Langsamverkehr für die Attraktivität, Lebensfähigkeit und Urbanität“<sup>67</sup> für Städte von zentraler Bedeutung. Zudem unterbindet der häufig hohe Geräuschpegel durch Mo-

66 Nach Bergmann et al. 1996, S. 73

67 Koch 1993

toren mögliche spontane Gespräche: es ist nicht mehr möglich, sich in Ruhe zu unterhalten.

Zu-Fuß-Gehen wird durch die erzwungenen langen und oft monotonen Wege unattraktiv, dabei sind FußgängerInnen unter den Aspekten von Urbanität und Nachhaltigkeit wichtigste Verkehrsteilnehmer<sup>68</sup>.

Besonders verlustreich ist die Belegung des Straßenraumes durch den motorisierten Verkehr für Kinder: sie können sich nicht mehr frei außerhalb der Wohnung bewegen, sondern müssen zu Kindergarten, Grundschule und SpielkameradInnen gebracht werden<sup>69</sup> (eine Mehrbelastung vor allem der Mütter). Durch den Autoverkehr ist Kinderspiel auf der Straße, vor dem Haus, zu gefährlich geworden.

Die Verkehrsentwicklung ist also eng verzahnt mit dem Verschwinden des öffentlichen Raumes (s.u.).

Funktions-spezialisierte Stadtviertel bedeuten nicht nur Monotonie, sondern auch, daß der Mobilitätsbedarf sich erhöht, weil die Wegebeziehungen sich verlängern ('Zwangsmobilität'): der motorisierte Verkehr nimmt immer mehr Fläche in Anspruch (vgl. oben Kap. 2.2.1: Ökologische Problemlagen).

### **Das Verschwinden der Öffentlichkeit im öffentlichen Raum**

Moldenshardt nennt den heutigen Umgang mit dem öffentlichen Raum „das kapitalistische Management des Öffentlichen Raums“<sup>70</sup>. „Dazu zählt, Öffentlichkeit längst funktionslos gemacht zu haben außerhalb der sich ausdehnenden Bereiche bloßen Konsums: jede andere Öffentlichkeit bedurfte einer Veranstaltung oder drohte, das Interesse polizeilicher Observation zu erwecken“<sup>71</sup>. Der öffentliche Raum wird für das Käuferlebnis inszeniert und damit nur auf eine ausgewählte Gruppe StädterInnen, den zahlungskräftigen KonsumentInnen, zugeschnitten: zum Konsum anregende Ästhetik für den kaufkräftigen Erwachsenen. Das ausgeprägteste Beispiel dieser Art öffentlichen Raumes sind Einkaufspassagen ('Shopping Malls'). Damit wird anderen Gruppen die Nutzung erschwert (nicht kaufkräftigen Personen, die nicht

---

68 Vgl. ebd.1993

69 Busch 1995

70 Moldenshardt 1992, S. 207

71 Ebd. S. 207

erwünscht sind) oder vergällt (Kindern, denen die glatte Ästhetik langweilig ist und die dort auch unerwünscht sind), obwohl sie genauso ein Recht auf den öffentlichen Raum haben. Der öffentliche Raum ist dann eigentlich gar nicht mehr richtig öffentlich, weil er bestimmte Personengruppen ausschließt. In der funktionalen Stadt wird die Öffentlichkeit durch Aufteilung in Bereiche, die mit festgelegten speziellen sozialen und funktionalen Nutzungen belegt sind, zerstört.

Aber es gibt noch ein zweites Problem: Gebäude werden losgelöst von ihrer Umgebung entworfen. Sie mögen an sich schön sein und doch nicht recht an den Ort passen. „Der Außenraum der Gebäude ist der Innenraum des Stadtkörpers: eine Tatsache, die - in der historischen Stadt noch selbstverständlich - heute oftmals in Vergessenheit geraten zu sein scheint, was zu indifferenten, anonymen und unbrauchbaren Zwischenräumen, degradiert zu bloßen Distanzflächen, geführt hat“<sup>72</sup>. Alexander erklärt in „A New Theory of Urban Design“ den Unterschied zwischen dem heutigen und früheren öffentlichen Raum: während er früher durch die Gebäude geformt wurde (und damit ein „Positiv“ war), ist er heute nur noch das Übriggebliebene zwischen den Gebäuden (das „Negativ“)<sup>73</sup>.

Allgemein fehlt es den städtischen Freiflächen (Grünflächen wie Straßenraum) an „Aneignungsgunst“<sup>74</sup>: „Diese besitzen Freiflächen vor allem dann, wenn sie in sozialräumlicher Hinsicht so organisiert sind, daß sie die Stadtbewohner zu einer selbstbestimmten, aktiv-schöpferischen Auseinandersetzung mit den Dingen, anderen Menschen und auch mit sich selbst auffordern. Aneignungsgunst macht Freiflächen zu Lernfeldern für Sinnlichkeit und Kreativität, fördert den Erwerb sozialer, gesundheitlicher und umweltlicher Kompetenzen und schärft zugleich das Verantwortungsbewußtsein der Bewohner für ihre Alltagsräume“. Die in diesem Sinne brauchbaren Freiflächen sind in Städten in zu geringer Zahl vorhanden. Die Benutzung der Freiflächen wird stark reglementiert durch Ver- und Gebote, so daß trotz des Vorhandenseins von Freiflächen diese nicht wirklich zur Reproduktion der Bewohnerschaft beitragen<sup>75</sup>.

---

72 Peterek, 1994

73 Alexander 1987, S. 66f

74 Nohl 1996, S. 41

75 Ebd. S. 41

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß „der Preis für Fehlleistungen der Gesellschaft ... nicht nur in der Gefahr des Nichtüberlebens [besteht], sondern auch im Verlust von Entwicklungschancen in Richtung von mehr menschlicher Offenheit, Gerechtigkeit und Solidarität“<sup>76</sup>. Die hier aufgezählten Aspekte zeugen von schwerwiegenden Problemen, die die Gesellschaft, und damit auch die Städte, zu bewältigen haben. Die Probleme sind so vielfältig und komplex, daß mit einer nachhaltigen Siedlungs- und Stadtentwicklung nicht nur ein räumliches Leitbild gemeint sein kann. Nachhaltigkeit ist vielmehr ein „Planungs-, Prüf-, Vorgehens- und Betriebsprinzip“, das gekennzeichnet ist durch z. B. Vernetzung und Kleinteiligkeit sowie Vielfalt der Netze, Vielzahl an offenen bzw. möglichen Entwicklungs- und Veränderungsoptionen sowie Partizipation der Bevölkerung an Planungsprozessen im weitesten Sinne<sup>77</sup>.

Bevor die Bedeutung von Urbanität im Zusammenhang mit einigen dieser Probleme aufgezeigt wird, soll eine Annäherung an die Bedeutung des Begriffes selbst und den Gehalt der Leitidee folgen.

---

76 Kopfmüller 1996, S. 38

77 Vgl. Beckmann / Forßmann 1996, S. 11

### **3 Was ist Urbanität und wie kann sie zur Nachhaltigkeit beitragen?**

Nach der Darstellung der Problemlagen, aus denen heraus mit den Begriffen der nachhaltigen Stadtentwicklung und der Urbanität neue Stadtentwicklungsperspektiven gesucht werden, soll im folgenden eine Annäherung an den Begriff der Urbanität gewagt werden. Eine exakte Definition des Begriffes Urbanität ist nicht möglich, weil Urbanität mit einem subjektiven Verständnis von angenehmem und gleichzeitig spannendem Stadtleben zusammenhängt<sup>1</sup>, das von den sehr unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen im täglichen Erleben von Stadt abhängt. Das Verständnis dessen, was Urbanität ist und was sie ausmacht, ist dadurch sehr vielfältig. Die Frage „Was ist Urbanität?“ wird sich also nicht eindeutig beantworten lassen<sup>2</sup>. Unterschiedliche Interessengruppen haben an den 'Lebensraum Stadt' unterschiedliche Anforderungen, und dementsprechend muß ihre Definition jeweils anders ausfallen. Der Begriff läßt sich nur durch eine Klärung der Anforderungen an das 'Phänomen Stadt' eingrenzen. Was soll und kann die Stadt leisten? Was kann sie nicht (mehr) leisten? Die neuerliche Diskussion um Urbanität beschäftigt sich mit diesen Fragen, die in diesem Kapitel aufgenommen werden. Zugleich soll hier dargestellt werden, inwiefern Urbanität zur nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen kann.

Im weitesten Sinne wird unter Urbanität die „Qualität des Städtischen“ oder „städtische Lebensqualität“ verstanden, oder die Urbanität eines Quartiers oder Stadtteiles wird auch ausgedrückt als deren Nutzungsqualität<sup>3</sup>. Dieses sind jedoch noch zu generelle Beschreibungen, denn sie können noch durch sich widersprechende Konzepte ausgelegt werden. Zum Beispiel erscheint dieses Wort in städtischen Werbeprospekten, Stadtentwicklungsplänen und überhaupt in der Öffentlichkeit häufig im Zusammenhang mit der Gestaltung von modernen Einkaufspassagen: Urbanität wird dann gleichgesetzt mit zum

---

1 Krämer-Badoni 1996, S. 74

2 Zur historischen Herkunft und Herausbildung des Wortes 'Urbanität' vgl. Salin 1960

3 Bärsch / Fuhrich / Potter 1995, S. 5

Konsum anregender Ästhetik, als „indoor city“<sup>4</sup>. Oder pittoreske Straßenszenen in engen Gassen südlicher Städte in der Art mittelalterlicher Urbanität werden zum Ideal erhoben - obwohl diese Art Urbanität ein Resultat schlechter Lebensbedingungen, zwangsweiser Immobilität und finanzieller Armut ist<sup>5</sup>.

In dieser Arbeit soll deshalb nur auf Überlegungen eingegangen werden, die Urbanität für alle StadtbewohnerInnen im Blick haben, denn dies ist eine Forderung der nachhaltigen Stadtentwicklung, das an ihr *alle* StadtbewohnerInnen partizipieren können (‘intragenerative Gerechtigkeit’, s. auch oben Kap. 1).

### 3.1 Urbanität: ein Begriff mit Tradition

Als soziales und städtebauliches Schlagwort wurde Urbanität schon in den sechziger Jahren lebhaft diskutiert. Viele der Argumente und Sichtweisen in der heutigen Diskussion erscheinen ganz neu und modern, sie gründen jedoch in vielem auf Erkenntnissen der 60er Jahre.

Begonnen hat die Diskussion in Deutschland um die Urbanität der Städte 1961 mit der Rede von Edgar Salin auf dem Deutschen Städtetag<sup>6</sup>. Für Salin war Urbanität die „eigentlich städtische Kultur“ mit der Pflicht des Bürgers, am Geschehen in der Stadt Anteil zu nehmen. Siebel nennt dies die „Antwort der politischen Soziologie“ auf die Frage nach Urbanität<sup>7</sup>.

Die Problemlagen, aus denen heraus in den sechziger Jahren nach einem neuen städtebaulichen Leitbild gesucht wurde, waren die Resultate des die Planung bis dahin dominierenden Leitbildes der aufgelockerten und funktionsgetrennten Stadt. Viele neuentstandene Siedlungen an der Stadtperipherie wurden zum „Synonym für Monotonie und Trostlosigkeit“<sup>8</sup>. Außerdem wurde deutlich, daß die Trennung von Arbeits- und Wohnstätten weitere Pro-

---

4 Hoffmann-Axthelm 1993a, S. 172

5 Vgl. Sieverts 1986, S. 178f. Und weiter: „In unserer Gesellschaft sind es hauptsächlich Hausfrauen mit kleinen Kindern, die Kinder selbst und die immobilen Armen, die Behinderten und die Alten, die zu einem großen Ausmaß auf den öffentlichen Raum für ihre sozialen Kontakte beschränkt sind“.

6 Salin 1960

7 Vgl. Siebel 1994, S. 6

8 Vgl. Müller-Raemisch 1990, S. 60

bleme mit Verkehr, Lärm und Luftverunreinigungen verursachte<sup>9</sup>. Die Argumente, die damals für eine Veränderung des Umgangs mit der Stadt angeführt wurden, werden aus den gesammelten Vorträgen zweier Städtebautagungen des Bundes Deutscher Architekten und des Institutes für Städtebau an der TH Aachen<sup>10</sup> ersichtlich. Die Tagungen fanden 1963 unter dem Motto „Gesellschaft durch Dichte“ und 1964 zum Thema „Großstadt, in der wir leben möchten“ statt.

Diese Tagungsberichte zeigen, wie wenig stereotyp und maschinistisch das Leitbild der 60er Jahre ‘Urbanität durch Dichte’ eigentlich gemeint war und wie vielfältig die Überlegungen dazu waren, auch wenn dies an den Resultaten, den in den sechziger Jahren umgesetzten Planungen, kaum zu sehen ist.

Der Herausgeber der Tagungsvorträge, Gerhard Boeddinghaus, nennt als Grund, weshalb gleich zwei Tagungen mit ähnlicher Thematik in so kurzem Zeitabstand veranstaltet wurden, daß die bis dahin vorherrschenden Leitbilder der Entballung und Auflockerung, die auch in die 1962 verabschiedete Baunutzungsverordnung mit eingeflossen sind, Architekten und Stadtplaner zur Gegenwehr herausforderten. ‘Urbanität durch Dichte’ war damit ein Schlagwort, mit dem ursprünglich gegen Leitbilder zur Auflösung der Großstadt protestiert wurde. Kühn nennt in seiner Einführung zur ersten Tagung das Motto „Gesellschaft durch Dichte“ ein „Phänomen des Hinstrebens zum Städtischen“, wobei er jedoch auch einschränkt, daß „Dichte allein noch nicht Stadt bedeutet“<sup>11</sup>.

Was also wurde Anfang der 60er Jahre unter Urbanität verstanden?

Urbane Verdichtung meinte Leben, Vitalität, Fülle und Erfülltsein; Urbanität wurde interpretiert als das „Streben nach dem Städtischen“. Die dazugehörige Lebenshaltung wird durch Substantive wie Kultiviertheit, lässige Überlegenheit und Weltoffenheit umschrieben. Urbanität wurde auch als die „Erlebnisdichte eines Quartiers“ gesehen<sup>12</sup>. Gleichzeitig wurde betont, daß das Nicht-Städtische deshalb nicht abgewertet werden dürfe. Urbanität könne nur

---

9 Vogel 1964, in: Boeddinghaus 1995, S. 158

10 Boeddinghaus 1995

11 Kühn 1963, in: Boeddinghaus 1995, S. 27

12 Burckhardt / Herbst 1963, in: Boeddinghaus 1995, S. 99

existieren, wenn es auch den notwendigen Gegenpol gebe<sup>13</sup> (ländliches Leben, Natur und Landschaft), denn Gegensätze wie städtische Dichte und landschaftliche Weite seien erlebnisreicher als träges, spannungsloses Ineinanderüberfließen.

Deshalb wurde für mehr Urbanität eine höhere Bebauungsdichte als die bis dahin angestrebte für notwendig erachtet: die Schaffung von möglichst vielen Schnittpunkten soll Menschen bei all ihrer Verschiedenheit das Zusammenkommen erleichtern. Deshalb sei der verantwortungsvolle Umgang mit dem Vorhandenen, den gebauten Städten, wichtiger als die Siedlungserweiterung. In den „hygienischen und durchgrüneten Neubaugebieten“ seien die Menschen nicht zufrieden, sondern klagen über Sterilität und Kontaktlosigkeit. Aber auch in Einfamilienhausgebieten entstehen solche Probleme: „Die Nachbarn [sollen] möglichst weit entfernt sein. Die Folge ist geringe Dichte, weite Wege zum Einkauf, Arbeitsplatz, Abhängigkeit vom Auto, Kontaktlosigkeit, nachbarlicher Haß, fehlende Anteilnahme am Gemeinschaftsleben und Einsamkeit“<sup>14</sup>. Der Ausdruck ‘Gesellschaft durch Dichte’ wird verstanden als Aufforderung zur Anhebung der Dichte zur „Verstärkung der Kontakte und Intensivierung des sozialen Gefüges im Sinne einer Reaktion gegen den ‘isolierten Suburban’“<sup>15</sup>.

In diesem Zusammenhang wurde auch eine größere Beteiligung der Soziologie an Grundlagen der Stadtplanung gefordert<sup>16</sup>. Menschen muß einerseits ermöglicht werden, als Individuen selbständig zu sein, und es muß ihnen andererseits das Gefühl der kollektiven Geborgenheit in ihrer sozialen und räumlichen Umgebung gegeben werden, das sie an der Gestaltung ihrer Lebensziele selbstverantwortlich mitwirken läßt. „Die Bauaufgabe für dieses Problem beginnt nicht mit dem Entwurf großer, hoher und zusammengeballter Architekturen, sondern mit der Frage, wie Menschen auf diesen Prozeß vorbereitet werden, wie sie neues Bauen mitgestalten werden, wie sie andere Formen des Zusammenlebens sich erarbeiten werden“<sup>17</sup>. Zudem wurde davor

---

13 Kühn 1963, in: Boeddinghaus 1995, S. 23

14 Fehl 1963, in: Boeddinghaus 1995, S. 72f

15 Burckhardt / Herbst 1963, in: Boeddinghaus 1995, S. 97

16 Günschel 1963, in: Boeddinghaus 1995, S. 35

17 Ebd. S. 41

gewarnt, Dichte als eine Möglichkeit zu sehen, Gesellschaft zu „machen“<sup>18</sup>, und es wurde Verwissenschaftlichung des Städtebaus verlangt, damit dieser nicht wie bis dahin zu intuitiv betrieben wird.

Zudem wird ein bis dahin neuer Aspekt aufgeführt. Da die Stadtentwicklung niemals genau vorhersehbar ist, muß die Stadtplanung mit einem gewissen Maß an spontanen Entwicklungen rechnen. Um darauf eingehen zu können, muß die Planung „offen“ sein, sie muß „die Flexibilität bewahren und in gewissen Bandbreiten Einpendelungen erlauben“. Hierbei muß der Frage nachgegangen werden, welcher Grad von Determinierung notwendig und wieviel Anpassungsfähigkeit möglich ist<sup>19</sup>.

Die Diskussion wurde auf der zweiten Tagung 1964 weitergeführt. Es wurde nachdrücklich gefordert, daß zur Bejahung von Dichte auch die Mischung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgen und Freizeit gehört. „Aufgabe der Stadtplanung muß es sein, die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß eine Vielfalt menschlicher Kontakte kreuz und quer, hin und her innerhalb des städtischen Siedlungsbereiches möglich ist, daß die auseinandergefallenen Lebensfunktionen des Wohnens, Arbeitens und Erholens möglichst wieder zusammengefügt werden. Die neuerdings erhobenen Forderungen nach ‘Mannigfaltigkeit’ der Stadt und nach größerer ‘Dichte’ finden daher aus den verschiedensten Gründen unsere Unterstützung“<sup>20</sup>. Aber es wurde auch gefordert, daß im Zusammenhang mit erstrebenswerter Dichte immer auch der Wohnwert berücksichtigt werden müsse, denn dieser ergäbe sich nicht automatisch aus hoher Bebauungsdichte<sup>21</sup>.

Schon vor den beiden Tagungen hatte sich ein Soziologe mit Fragen der Stadtplanung beschäftigt: 1961 erschien „Die moderne Großstadt“ von Hans-Paul Bahrtd<sup>22</sup>. Er verband den Gegensatz von öffentlichem und privatem Raum mit dem Begriff der Stadt. Nach Bahrtd ist es *das* Kennzeichen der europäischen Stadt, daß bei dichtem Nebeneinander dennoch eine klare Trennung von öffentlichem und privatem Raum besteht. Ausdruck dessen sind Bauformen wie die Blockbebauung, die zwei Arten von Räumen schufen, die

---

18 Friedman 1963, in: Boeddinghaus 1995, S. 42

19 Burckhardt / Herbst 1963, in: Boeddinghaus 1995, S. 100

20 Neuffer 1964, in: Boeddinghaus 1995, S. 146

21 Spengelin 1964, in: Boeddinghaus 1995, S. 194

22 Bahrtd 1961

klar abgegrenzt und dennoch deutlich aufeinander bezogen sind: öffentliche Straßen und Plätze sowie private Bauten mit Höfen und Gärten<sup>23</sup>. Durch die Ermöglichung der Wahl zwischen Rückzug aus dem städtischen Trubel oder Teilnahme am öffentlichen Leben der Stadt entstand eine „unvollständige Integration“ der StadtbürgerInnen, nach Bahrtdt *die* Voraussetzung dafür, daß „Stadtluft frei macht“<sup>24</sup>. Dies sei jedoch durch verschiedene Faktoren stark eingeschränkt, z.B. verhindere der Lärm des Verkehrs auf der Straße vor den Häusern und der Lärm der Betriebe im Blockinnenbereich die Möglichkeit des privaten Rückzuges, auch belegen solche Produktionsbetriebe den dringend benötigten Ruheraum der BlockbewohnerInnen. Auswirkung der „modernen Großstadt“ sei der „Verfall der kommunalen Öffentlichkeit“; die Menschen seien nur noch Städter, aber keine Stadtbürger mehr, denn sie haben verlernt, über ihre kurzfristigen Interessen hinaus an das Schicksal der ganzen Stadt zu denken<sup>25</sup>. Auch für Bahrtdt besteht die Aufgabe der „Urbanisierung der Großstadt“ darin, die „städtischen Lebensformen“ neu zu entdecken und ihnen Raum zu geben. Ohne daß Bahrtdt zitiert wurde, tauchten später ähnliche Thesen auf der Tagung „Großstadt, in der wir leben wollen“ von 1964 auf. Dort wurde als wichtige Aufgabe erkannt, daß „die beiden antithetischen Grundforderungen nach Ruhe und Privatheit im Grünen und Teilhaberschaft am dichten großstädtischen Leben zu einer neuen Synthese zusammenzuführen“ sind<sup>26</sup>.

Einen wichtigen Beitrag zur Urbanitätsdiskussion leistete 1961 Jane Jacobs (New York) mit ihrer Streitschrift „Death and Life of Great American Cities“ gegen die gängige US-amerikanische Städtebau-Praxis, die 1963 auch in deutscher Fassung erschien<sup>27</sup>. Sie konstatierte einen Verlust der Spontaneität und der Vielfalt des städtischen Lebens in den amerikanischen Städten. Als baulich-räumliche Antwort auf die Frage nach Urbanität stellte sie ihre These von „Verdichtung und Verflechtung“ auf, die gegen die praktizierte städtebauliche „Gliederung und Auflockerung“ gerichtet war. Kern ihrer Ausführungen ist die „Notwendigkeit von untereinander abhängigen, feinkörnig gesäten, verschiedenartigen Nutzungen, die sich ständig gegenseitig, sowohl

---

23 Ebd. S. 67

24 Ebd. S. 123

25 Vgl. ebd. S. 90

26 Neuffer 1964, in: Boeddinghaus 1995, S. 147

27 Jacobs 1963

wirtschaftlich als auch sozial gesehen, stützen“<sup>28</sup>. Die ständige Benutzung der Straßen durch verschiedene NutzerInnen bewirke dann auch Sicherheit auf der Straße, die wichtigste Voraussetzung, daß Menschen sich in der Großstadt wohlfühlen können. „Die Bürgersteige sind wie die angrenzende Nutzung und wie ihre Benutzer in den Großstädten aktive Teilnehmer an der dramatischen Auseinandersetzung der Zivilisation mit jeglichem Barbarentum“<sup>29</sup>. Zudem seien die Straßen und ihre Bürgersteige die wichtigsten öffentlichen Orte der Stadt: eine Stadt ist interessant, wenn ihre Straßen interessant sind. Außerdem haben Straßen Selbstverwaltungsfunktionen: in ihnen können Netze öffentlicher Aufsicht gewebt und so Fremde und AnwohnerInnen geschützt werden; auf niedrigster Stufe könne öffentliches Leben hervorgebracht und damit Vertrauen in und Kontrolle des sozialen Verhaltens geschaffen werden; Kinder können in ein einigermaßen verantwortliches und tolerantes Großstadtdasein hineinwachsen<sup>30</sup>.

Urbanität stellte sich damit für Jacobs in „gesunden“ Stadtteilen folgendermaßen dar: „Unter die Wohngebäude war eine Unzahl von herrlichen Lebensmittelläden gemischt, auch gab es Unternehmen wie Polstereien, Schreinereien, Klempnereien. Die Straßen waren voller Leben, Kinder spielten, Leute kauften ein, gingen spazieren, unterhielten sich“<sup>31</sup> (s. auch unten Kap. 4.2, Der Umgang mit dem öffentlichen Raum selbst: die Freiflächen).

1965 gab der Frankfurter Anthropologe Alexander Mitscherlich weitere Impulse mit „Die Unwirtlichkeit der Städte“<sup>32</sup>. Er forderte die grundsätzliche Neuordnung von Grund- und Bodenbesitz, weil die uneingeschränkte private Verfügungsgewalt über Grund und Boden nicht angerührt werde, auch wenn sie unter Umständen für die Gemeinschaft schädliche Auswirkungen hat<sup>33</sup>. Dieses Tabu verhindere die Gestaltung der Stadt nach den vitalen Bedürfnissen der BewohnerInnen; statt dessen richte sich der Städtebau nach unmittelbaren, begrenzten Zwecken und nicht nach der Stimmigkeit des Ganzen, denn es ist z.B. „lukrativer ..., ein Rasenstück an eine Versicherungsgesell-

---

28 Ebd. S. 17

29 Ebd. S. 27

30 Ebd. S. 83

31 Ebd. S. 14

32 Mitscherlich 1965

33 Ebd. S. 19ff

schaft zu verkaufen, statt einen Spielplatz für Kinder daraus zu machen<sup>34</sup>. Diese „merkantile Planung unserer Städte“<sup>35</sup> für nur einen Alterstypus, nämlich den erwerbsfähigen Erwachsenen, vernachlässige, wie Kinder zu einem solchen werden sollen, geschweige denn zu mündigen StadtbürgerInnen. Die Stadt stelle nur ungenügend Auslaufflächen zur Verfügung und lege Kindern so viele Verbote und Beschränkungen auf (wenn z.B. zu spielenden Kindern gesagt wird: „Rasen ist für's Auge, nicht für Kinder“<sup>36</sup>), daß die Stadt ihnen später kein wirkliches Interesse oder Respekt abnötige. Geeignete Orte für Treffs, Spiel- und Sportflächen seien jedoch wichtig für die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen in die Stadtgesellschaft: „Ein Quartier, das über reichlich Orte verfügt, in denen community spirit sich entwickeln kann, bringt den Jugendlichen die Chance primärer Freundschaftsgründung, der Kontakte zu anderen Familien“<sup>37</sup>. Nur mit diesen Fähigkeiten kann später der mündige Stadtbürger aus Kontakten zu Nachbarn, zu im Alltag begegnenden Fremden und zum Freundeskreis ein Netz aus unterschiedlichen Kontakten bilden, und nicht nur in „lebloser Koexistenz“ ohne Bezug zum Quartier wohnen. Statt dessen werde den Nachbarn Gleichgültigkeit entgegengebracht und auch den Diensten des städtischen Lebens. Mitscherlich nennt dies ein „unpolitisches Verhältnis von anspruchsvoller Gleichgültigkeit“<sup>38</sup>. Eine Stadt müsse demnach so gestaltet sein, daß sie dem Städter ein „Milieu schafft, in dem er konstant Fuß fassen, dauerhafte Beziehungen zu Menschen und zu Dingen, zum Beispiel zu seinem Haus ... herzustellen vermag“<sup>39</sup>. Das „Zugehörigkeitsgefühl zu einem Ort“<sup>40</sup> müsse erlernt werden können. Dann könnten Menschen wieder dauerhafte Beziehungen zu Menschen und Dingen entwickeln, und gute Objektbeziehungen verstärkten die Identität, mit der wiederum aktiver am Stadtgeschehen teilgenommen werden kann. Das eigentlich utopische Moment einer 'erfolgreichen Stadtplanung' ist also nach Mitscherlich in der Herstellung einer neuen Verpflichtung der Stadt gegen-

---

34 Ebd. S. 25

35 Ebd. S. 92f

36 Haß 1996

37 Mitscherlich 1965, S. 112

38 Ebd. S. 76

39 Ebd. S. 121

40 Ebd. S. 24

über zu sehen, damit das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für die Stadt wieder wachsen kann.

Die zitierten Arbeiten von Bahrdt, Jacobs und Mitscherlich sind Beispiele dafür, daß sich in den 60er Jahren nicht mehr ausschließlich Architekten und Stadtplaner um Stadtplanung Gedanken machen, wie es auch 1963 auf der Städtebautagung gefordert wurde<sup>41</sup>. Vor allem Mitscherlich betont<sup>42</sup>, daß Stadtforschung eine Forschung multidisziplinären Stils sein muß<sup>43</sup>.

Die Planungen der 60er Jahre erfüllen jedoch nicht die in diesem Kapitel referierten Forderungen. Wohl wichtigster Grund hierfür ist die Vereinnahmung der Devise 'Urbanität durch Dichte' durch Wohnbaugesellschaften, die sie als Argument für eine hohe bauliche Verdichtung für Spekulationszwecke benutzten ohne Beachtung der Wohnqualität<sup>44</sup>. Außerdem wurde in dieser Zeit großflächig historische Bausubstanz zerstört<sup>45</sup>, womit Identifikationspunkte verloren gingen und die Gegenwehr der BürgerInnen herausgefordert wurde. Salin, der 1960 seine berühmte Rede zur Urbanität gehalten hatte, beklagt dann auch 1971 den Mißbrauch von Urbanität als Argument für bloße Verdichtung mit den Worten: „Die Urbanität ist tot“<sup>46</sup>.

In den 60er Jahren wurde der Begriff Urbanität mit verschiedenen Inhalten verknüpft. Es gab baulich-räumliche Ansätze wie Nutzungsmischung und verdichtetes Bauen, sozialwissenschaftliche Ansätze wie die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit sowie den politisch-sozialpsychologischen An-

---

41 Kühn 1963, in: Boeddinghaus 1995, S. 110: „... angesichts des Abstandes der in Deutschland zwischen Städtebau und Soziologie - des Abgrundes könnte man beinahe sagen, der zwischen diesen beiden Disziplinen besteht - ...“

42 Vgl. Mitscherlich 1972, S. 21f

43 Diese Forderung steht auch heute noch im Raum. Stadtplanung stellt die sozialen, ökologischen, verkehrlichen u.a. Daten und Bedürfnisse als Planungsgrundlagen zusammen, auf deren Basis Städtebau betrieben werden sollte - jedoch bleibt dies oftmals nur Wunschenken; Hoffmann-Axthelm faßt dies so zusammen: „Planung wird geliefert, um sich nicht um sie zu kümmern“. Nur so könne erklärt werden, weshalb Architektur-Wettbewerbe stattfänden, bevor ein öffentlicher Diskurs stattgefunden habe und ein irgendwie gearteter Konsens darüber gefunden wurde, welche Funktionen der jeweilige Raum erfüllen soll. Vgl. Hoffmann-Axthelm 1995, S. 55 und 73f

44 Zu weiteren (Hinter-)Gründen für die dann tatsächlich umgesetzten Planungen, die typischen Großwohnsiedlungen der 60er Jahre, vgl. Müller-Raemisch 1990, S. 59-89; Boeddinghaus 1995, S. 10; Arlt / Siedentop 1995, S. 27f

45 Ebd. S. 27

46 Salin 1971

satz der Forderung nach für seine BewohnerInnen identitätsstiftenden Quartieren als Grundvoraussetzung für eine aktive, demokratisch handelnde Bürgerschaft.

### 3.2 Urbanität: die aktuelle Diskussion

Das Schlagwort 'Urbanität' taucht auf städteplanerischen Tagungen seit dem Beginn der 90er Jahre wieder auf. Es ist heute Bestandteil einer umfassenden Diskussion über Stadt an sich, eingebettet in die Diskussion um Fragen der sozialen Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit. Viele Aspekte dieser Diskussion wurden schon in den sechziger Jahren erörtert (s. oben Kap. 3.1 Urbanität: ein Begriff mit Tradition) und werden heute wieder aufgegriffen und weitergeführt.

Der Tübinger Stadtplaner Andreas Feldtkeller führt in „Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raumes“ (besonders im Kapitel „Die Konfrontation des Öffentlichen und des Privaten in der Stadt“<sup>47</sup>) Überlegungen Bahrds aus den 60er Jahren weiter. Danach liegt im räumlich engen Nebeneinander von Privatheit und Öffentlichkeit in der Stadt die Chance der Auseinandersetzung mit den MitbürgerInnen. Der tägliche Umgang miteinander, das Abtasten, wo die Grenze zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit liegen soll, kann StadtbürgerInnen emanzipieren. Dies sei besonders wichtig im Umgang mit Personen, die in irgendeiner Form 'anders' sind als man selbst, z.B. wenn sie einer anderen Einkommenschicht, einer anderen Nationalität oder Kultur angehören, einen anderen Lebensstil praktizieren oder einer anderen Weltanschauung anhängen. Urbanität bedeutet dabei nicht die Auflösung der Unterschiede durch vollständige Integration, sondern „praktizierte Solidarität“<sup>48</sup>: Unterschiede müssen bewußt ausgehalten werden, denn Urbanität lebt von Vielfältigkeit, sei es in sozialer oder ethnischer Hinsicht oder durch Vielfalt der Angebote und der Traditionen<sup>49</sup>.

Eine wichtige Voraussetzung für urbanes Verhalten der Menschen, das der oben genannten Urbanität entspricht, ist nach Feldtkeller dabei nicht die „freiheitliche Emanzipation“ des Individuums im Sinne egoistischer Verwirk-

---

47 Feldtkeller 1995, S. 32ff

48 Ebd S. 33

49 Ebd. S. 37

lichung eigener sozialer, kultureller oder ökonomischer Interessen, sondern eine „Brüderlichkeit unter Fremden“<sup>50</sup>, also im weitesten Sinne die Toleranz des Anderen - „Anerkennung jedes einzelnen Menschen, sei er noch so verschieden in der Kultur und seinen Anschauungen“<sup>51</sup>. Urbanes Verhalten sei dann die konstruktive Auseinandersetzung mit dem Fremden und Unbekannten, die nur möglich ist auf einem festen Boden der eigenen Identität. Häußermann und Siebel bezeichnen in diesem Zusammenhang Urbanität als „Fähigkeit, diese krisenhafte Existenz [Erfahrung der Differenz, des Anderen, des Fremden, der Ambivalenz und des Widerspruchs] zu leben, die Differenz wahrzunehmen, sie auszuhalten und produktiv werden zu lassen für sich und andere“<sup>52</sup>. Fehlt die Identität, so ist auch die Identifikationsmöglichkeit mit dem Wohnort, die „Inbesitznahme“ des Viertels durch die Bewohnenden unwahrscheinlich. Die Folgen für das Viertel sind Teilnahmslosigkeit am Straßenleben und der Anstieg von Anonymität, Einsamkeit, Kriminalität, Vandalismus u.ä.

Die zentrale Frage Feldtkellers ist, wie „eine Stadt räumlich organisiert, wie sie aus einzelnen Elementen wie aus einem Baukasten wieder zusammengesetzt sein muß, damit Urbanität entstehen kann“<sup>53</sup>. Konkret ist Urbanität die „Konfrontation des Öffentlichen und des Privaten“<sup>54</sup>, die gegenwärtig durch die „Abwendung der privaten Flächennutzungen (Werkstätten, Büros, Labors, Wohnungen, aber auch der kommunalen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Pflegeeinrichtungen) von der Straße“<sup>55</sup> verlorengegangen sei. Der Haltung Feldtkellers ist grundsätzlich zuzustimmen. Allerdings klingt es gelegentlich doch so, als sei Urbanität durch bauliche Maßnahmen herstell-

---

50 Ebd. S. 34

51 Diese Ansicht, daß jeder Mensch mit all seinen Anschauungen akzeptiert werden müsse, kann meiner Ansicht nach jedoch auch zu weit führen - rassistische und sexistische, also inhumane, gegenüber Andersartigkeit intoleranten Anschauungen, dürfen nicht im Namen der Toleranz akzeptiert werden, sonst widerspricht sie sich. „Wer heute Toleranz sagt, muß auch von den Grenzen der Toleranz sprechen. ... Die Toleranz kann nicht so weit gehen, daß sie auch noch die Intoleranz deckt, ihr Maßstab und ihre Orientierung müssen die Menschenrechte sein. Daß diese Grenze der Toleranz nicht (oder nur ganz selten) gesehen worden ist, macht auch die demokratisch und humanistisch gesinnten Kräfte in Deutschland mitschuldig am Aufkommen des Nationalsozialismus“. Meseberg-Haubold 1996.

52 Häußermann / Siebel 1997, S. 19

53 Feldtkeller 1995, S. 21

54 Ebd. S. 32

55 Ebd. S. 22

bar. Planung allein kann aber nicht die Entwicklung urbanen Verhaltens garantieren.

Auch der Berliner Architekturkritiker Dieter Hoffmann-Axthelm betont die Bedeutung der Unterscheidung von öffentlicher und privater Fläche als den „städtischen Grundvertrag“<sup>56</sup>. Das Aufenthaltsrecht im öffentlichen Raum sei von seinem Charakter her ein „Asylrecht“<sup>57</sup>. Ein Zeichen der heutigen Stadtkrise sei das Wanken der Unterscheidung von öffentlichen und privaten Räumen. Privatrechtliche Organisationen und Institutionen übernehmen die Stadtplanung und inszenieren die Stadt für den Kapitalismus. Hoffmann-Axthelm nennt dies die „Stadt in der Stadt, die auch ein Vorort oder eine Ökosiedlung sein kann“. In ihr ist alles, wie es sein soll: Arbeit, Freizeit, Familie, Ökologie. Ökologie werde dabei nur soweit eingebaut, wie sie in die bisherige Lebensweise integrierbar sei. Ergebnisse sind die Darstellung von Ökologie durch natürlich aussehende Häuser („Öko-Ästhetik“, z.B. Holzhäuser) oder Häuser mit High-Tech-Ökologie („Öko-Technik“, z.B. Solarzellen). Ökologie dürfe jedoch keine der bisherigen Lebensweise aufgesetzte Technik sein, sondern betreffe den gesamten Lebenswandel, denn „wie umweltfreundlich eine Gebäudehaut ist, sei ziemlich irrelevant gegenüber der Tatsache, daß das, was im Gebäude passiert, möglicherweise die organisierte Umweltkriminalität ist - z.B. die noch so indirekte Finanzierung der Abholzung des Regenwaldes und seiner Umnutzung für Rindfleischproduktion“<sup>58</sup>. Erst wenn ein Umbau der Lebensverhältnisse stattfindet, werde auch eine nicht nur darstellerisch, sondern auch inhaltlich ökologische Architektur entstehen können<sup>59</sup>. Hoffmann-Axthelm hat hier prinzipiell recht mit seiner Kritik am heutigen unökologischen europäischen Lebensstil. Wenn man jedoch nur bei den grundsätzlichen Problemen der Lebensweisen ansetzt, müßte man erst auf den Wandel der Gesellschaft warten, bevor überhaupt etwas geschieht. Ökologie kann jedoch auch vorher beginnen, auch wenn dies dann nur eine „Politik der kleinen Schritte“ ist.

---

56 Vgl. Hoffmann-Axthelm 1993b, Kap. „Stadtkrise“, S. 138ff

57 Zum Aufenthaltsrecht im öffentlichen Raum s. Fußnote 2, S. 61

58 Hoffmann-Axthelm 1995, S. 46f. Vgl. auch Gestring/Mayer/Siebel 1996, S. 12: „Ökologisch wohnen heißt ökologisch leben“.

59 Der Architekt Hoffmann (1985, S. 136) betont dazu noch, daß Öko-Architektur nur dann wirklich als sinnvoll bezeichnet werden kann, wenn sie für die meisten Menschen machbar ist - aufwendige Einzellösungen sind nicht ausreichend.

Hoffmann-Axthelm kritisiert vor allem, daß Urbanität meist nur als ästhetisches Angebot diskutiert wird<sup>60</sup>. Städtebauliche Gestaltung des öffentlichen Raumes durch Architekten, Animationsprogramme für kritische Stadtviertel von Sozialpsychologen, von Politikern geforderte Kulturförderung für die Wiedergewinnung gesellschaftlicher Zentralität der Städte im naiven Vertrauen, daß befriedigte Yuppies städtische Gesellschaft herstellen - das könne so nicht funktionieren, denn hierbei gehe es nicht um die Grundlage gesellschaftlicher Gemeinsamkeit, deren Ausdruck und materieller Boden die räumliche Nähe ist. Also nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus sozialen bzw. gesellschaftlichen Gründen müsse eine qualifizierte Dichte in den Städten gefunden werden. Es müsse dazu ein Netzwerk der einbeziehenden Dichten, Nähen und Zumutungen gesucht werden, wofür lokale Dichte die Grundlage sei<sup>61</sup>. Dichte müsse aber einhergehen mit der Mischung von verschiedenen städtischen Funktionen, denn, obwohl die „Verselbständigung des Wohnens, die Herauslösung von Privatheit aus dem einheitlichen Arbeits- und Lebenszusammenhang der vorindustriellen Welt“ nicht rückgängig zu machen sei, könne sie auch nicht ständig weitergetrieben werden. Der Wert von Stadtökologie und ihren Maßnahmen werde sich entscheiden am „Gelingen oder Mißlingen einer Rückvermittlung von Leben und Arbeiten“. Gegenwärtig herrsche das gesetzlich wie gewohnheitsmäßig organisierte Gegeneinander von Wohnen und anderen Funktionen, in dem sich zum Schaden des Stadtzusammenhanges verrechtlichte Planungsideologien von gestern und aufs bloße private Wohnen abgelenkte Nachholbedürfnisse der einst vom bürgerlichen Wohnideal ausgeschlossenen Schichten manifestierten<sup>62</sup>.

Eine umfassende Diskussion um Inhalte von Urbanität heute findet sich bei den Stadtsoziologen Hartmut Häußermann (Bremen) und Walter Siebel (Oldenburg) in „Neue Urbanität“<sup>63</sup>. Ökologische, ökonomische und soziale Probleme der Städte werden zum Anlaß genommen, nach Perspektiven eines neuen Umgangs mit Stadt zu suchen, denn bisherige, die Großstadt prägende Merkmale wie Expansion, Modernität, Aufstiegschancen und Sensationen werden nur noch bedingt mit der Großstadt verbunden werden können angesichts heutiger Schrumpfungstendenzen. Solange an der Gleichsetzung von

---

60 Vgl. Hoffmann-Axthelm 1993b, S. 176

61 Ebd. S. 230

62 Vgl. Hoffmann-Axthelm 1988, S. 37

63 Häußermann / Siebel 1987

Wachstum und Urbanität festgehalten werde, könnten die Chancen, die dieser Schrumpungsprozess auch beinhalte, noch nicht genutzt werden<sup>64</sup>. Es sei also notwendig, ein neues identifikationsfähiges und politisch mobilisierendes Bild von Urbanität zu finden, das jedoch nicht „von oben“ herbeigeführt werden könne, sondern aus einer sozialen Bewegung heraus entstehen müsse, um tragfähig zu sein. Urbanität habe dabei drei Dimensionen: politisch die Demokratie, ökonomisch den freien und gleichen Tausch auf dem Markt und sozial darauf basierend eine bestimmte Art zu leben, nämlich in der Spannung von Privatheit und Öffentlichkeit<sup>65</sup>. Diese drei Bereiche seien heute weitgehend gestört, weshalb Urbanität nicht mehr im politischen und ökonomischen, sondern nur noch im sozialpsychologischen Bereich des Verhaltens angesiedelt werde. Am reinsten realisiere sich dann urbanes Verhalten im Konsum, weshalb sich die Planung des urbanen Raumes auch auf die „Inszenierung von Konsumwelten“ wie Fußgängerzonen, Einkaufs- oder Freizeitzentren konzentriere. Urbanität verliere dabei ihren öffentlichen Charakter, denn sie richte sich nur noch an kaufkräftige Bevölkerungsteile. Diese Art Urbanität werde zudem oft produziert, um als ‘weicher Standortfaktor’ für die Standortwahl von Unternehmen zu dienen, während die Interessen der ortsansässigen Bevölkerung vernachlässigt würden. Überhaupt wären die Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Raumes eingegrenzt worden: die Orientierung der Straße am Auto als primärem Transportmittel drängte andere Nutzergruppen an den Rand, womit „das spezifisch Städtische, die Gleichzeitigkeit und öffentliche Zugänglichkeit verschiedenartigster Nutzungen, das den Erfahrungsbereich erweitert und die Stadt zu einem einzigartigen Erlebnisraum machte, ... zunehmend ausgedünnt“<sup>66</sup> wurde. Dadurch würden die Möglichkeiten zum „Leben und Lernen im öffentlichen Raum“ verringert, und die Stadt verliere an Bedeutung als Ort interkultureller Auseinandersetzung. Auch die neuen Telekommunikationstechniken verstärken diesen Effekt, denn erstens seien diese nicht für alle gleichermaßen zugänglich (zur Teilnahme müsse die notwendige Hard- und Software gekauft werden können, womit Arme ausgeschlossen seien; es müsse mit der Technologie umgegangen werden können, womit Lernschwache ausgeschlossen würden), und zweitens könne in diesen Medien durch einfaches ‘Wegklicken’ (Ausschal-

---

64 Ebd. vgl. S. 202

65 Ebd. vgl. S. 214

66 Ebd. S. 226

ten) immer unliebsamen Meinungsunterschieden ausgewichen werden, womit die für Urbanität notwendige Konfrontation und diskursive Verarbeitung nicht mehr stattfindet: „Die Haushalte werden weltverbunden sein, aber nicht weltoffen“<sup>67</sup>.

Der Verlust der Öffentlichkeit ist damit nach Häußermann und Siebel einer der wichtigsten Gründe, neu über Urbanität nachzudenken. Ein weiterer Grund sei die Notwendigkeit ökologischen Umdenkens. Städtisches Leben sei nicht mehr geprägt von Unabhängigkeit von der Natur im Gegensatz zu ländlichem Leben. Die ökologischen Auswirkungen der städtischen Lebensweise holen inzwischen den Menschen ein, es lassen sich nicht mehr länger Rohstoffe in beliebigem Maße aus der Natur entnehmen und als Müll und Gifte wieder zurückgeben. Damit hänge eng zusammen die Vorstellung der räumlichen und zeitlichen Trennung von Wohnen und Arbeiten, in der der private Haushalt nur noch eine Einheit des Konsums sei, wo gekaufte Waren und Dienstleistungen verbraucht werden<sup>68</sup>. Private Arbeit im Haushalt sei möglichst reduziert oder mindestens vereinfacht worden: die Produktion von Lebensmitteln, Kleidung, Haushaltsgegenständen und Energie werde ihm industriell abgenommen. Das Stichwort zu dieser Externalisierung laute „Stadt als Wohnmaschine“. Die Abhängigkeit von Erwerbstätigkeit werde dadurch um ein Vielfaches größer, weil für den Einkauf der Waren und Dienstleistungen Geld aufgebracht werden müsse. Private Hausarbeit bzw. allgemein informelle Arbeit wäre jedoch eine wichtige Möglichkeit, gerade in Zeiten hoher Arbeitslosenzahlen, den Lebensstandard zu verbessern<sup>69</sup>. Der heutige Städte- und Wohnungsbau sowie Hausordnungen, Mietrecht und Hausverwaltungen beschneiden aber die Möglichkeiten dazu; Wohnen sei für

---

67 Ebd. S. 227

68 Ebd. vgl. S. 186

69 Die Gefahr solcher Forderungen besteht jedoch darin, daß angesichts der üblichen Arbeitsteilung - immer noch sind es hauptsächlich Frauen, die die Hausarbeit verrichten - dies zu Lasten der Frauen geschieht, denn für sie bedeutet dies Mehrarbeit im Haushalt (vgl. Gestring / Mayer / Siebel 1996, S. 12). Zuerst Frauen würden als Arbeitslose die private bzw. informelle Arbeit leisten, während Männer die formellen Arbeitsstellen belegten. Es wäre also ein Rückschritt in der Emanzipation der Frau, da diese Arbeitsteilung die Abhängigkeit vom geldverdienenden Mann wieder verstärkte. Aber nicht nur aufgrund der Gleichberechtigungsinteressen von Frauen, sondern auch aus ökologischer Sicht müssen alle Haushaltsmitglieder an den täglich zu verrichtenden, ökologisch notwendigen Handlungen beteiligt sein, damit auch alle für ökologisches Handeln im Alltag sensibilisiert werden.

viele nur noch eine Angelegenheit von Essen, Schlafen und Medienkonsum. Das räumliche und zeitliche Auseinandertreten von Produktion und Konsum bedeute jedoch, daß auch die dadurch entstehenden Belastungen undurchsichtig werden. Den industriell erzeugten und aufwendig verpackten Konsumwaren sei nicht anzusehen, wieviel Energie und Rohstoffe ihre Produktion gekostet hat. Wenn der private Haushalt nicht mehr nur noch eine Durchlaufstation von Konsumgütern als Input sowie Dreck und Müll als Output sein soll, müssen Veränderungen in zwei Bereichen stattfinden, und zwar im Bereich der Einspannung des einzelnen Haushaltes in ein Geflecht von Großtechnologie und industrieller Versorgung sowie dem Bereich der heutigen Konsum- und Arbeitsmoral: eine ökologisch verträgliche Lebensweise erfordere mehr Haushaltsarbeit und mehr verantwortliches Denken bei der Haushaltsarbeit<sup>70</sup>. Für einen produktiven und selbstbestimmten Umgang mit ihrer alltäglichen Lebensumwelt müssen den BürgerInnen die materiellen, rechtlichen und sozialen Voraussetzungen gegeben werden. Notwendig dafür seien kleinere Versorgungseinheiten, die Aufhebung der räumlichen und zeitlichen Trennung von Wohnen, Arbeiten und Versorgen und mehr Autonomie der BürgerInnen über die Gestaltung des alltäglichen Lebens.

In der Oldenburger Universitätsrede „Was macht eine Stadt urban?“ hat Siebel 1994 ergänzend Kritik an Teilen der bisherigen Urbanitätsdebatte geäußert. Sie enthielten drei rückwärtsgewandte Elemente, die so nicht mehr herstellbar wären. Urbanität müsse deshalb neu formuliert werden<sup>71</sup>. Das erste Element sei ökonomischer Art. Es betrifft die Vorstellung von Funktionsmischung, wie es sie in der Stadt des 19. Jhds gegeben hatte. Diese sei heute weitestgehend illusionär, weil moderne Produktionsbetriebe zu groß seien für kleinteilige Mischungen und auch deren Betriebsverkehr unverträglich sei mit der Funktion Wohnen. Dies gelte auch für den Konsum- und Freizeitbereich wie Einkaufszentren und Freizeitparks, die allein schon wegen des hohen Bedarfs an Parkplatzflächen und des Verkehrslärms nicht mischungsfähig seien.

Das zweite Element ist politischer Art und bezieht sich auf Urbanität mittels „Stadt als Ort der Konfliktaustragung und -bewältigung“. Früher verlebten StadtbürgerInnen ihre gesamte Lebenszeit in ihrer Stadt. Die unterschiedlichen und z.T. gegensätzlichen Ansprüche, die die verschiedenen Funktionen

---

70 Ebd. vgl. S. 234.

71 Vgl. Siebel 1994, S. 12ff

an die Stadt stellten, mußten von der Stadtbürgerschaft ausgehandelt werden. Heute aber übernehmen ganze Städte jeweils nur eine Hauptfunktion: z.B. Wohnen in Hude, Arbeiten in Bremen, Einkaufen in Oldenburg. Dadurch sei die Stadtbürgerschaft verlorengegangen, in „deren Öffentlichkeit das allgemeine Wohl als Kompromiß zwischen den konfligierenden Interessen einer Bürgerschaft und den divergierenden Anforderungen der verschiedenen städtischen Funktionen formuliert werden könnte“.

Das dritte Element betrifft die Ökologie der Stadt. Städte waren „Ort der Emanzipation von der Natur“, d.h. daß die städtische Lebensweise im Gegensatz zur ländlichen unabhängig von der Natur ist. Die Natur werde vom Städter als unerschöpfliche Quelle von Ressourcen gesehen. Diese Lebensweise des europäischen Städters sei hochattraktiv, jedoch wäre sie kaum mehr für die gesamte Menschheit durchzusetzen, weil der moderne Konsumhaushalt zu viele Ressourcen verbrauche bzw. unbrauchbar mache und dadurch die bekannten ökologischen Probleme um Energie, Boden, Wasser und Luft sowie der Abfallproduktion entstehen<sup>72</sup>. Die Stadt sei damit nicht mehr der Ort, an dem die Unabhängigkeit von der Natur gelebt werden könne.

Überkommene Urbanitätsbegriffe können nicht gefahrlos auf die heutigen Städte angewendet werden, weil sie ihnen nicht lebensfähige Urbanitätselemente enthalten. Damit könne man nur noch den Verfall von Urbanität registrieren. Städten müsse dagegen ermöglicht werden, eine ihnen eigene Urbanität auszubilden, entsprechend den heutigen sozialen, ökonomischen und ökologischen Anforderungen an die Stadt.

Zur Neuformulierung von Urbanität müssen deshalb nach Siebel die neuen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen berücksichtigt werden. Zunächst müsse die Geschichte der Stadt präsent sein, und zwar auch die neueste Geschichte, nämlich die des Umbruchs in der industriellen Produktion: in den Städten fallen alte Industrieflächen brach. Die Zeugnisse der Industriegeschichte sollten jedoch für den Alltag erhalten bleiben, indem neue Nutzungen wie Wohnen, Konsum- oder Freizeiteinrichtungen in die alten Gebäude einziehen.

---

72 Ebd. S. 14: 15% der Weltbevölkerung leben nach dieser Façon und verbrauchen dafür 79% des Welteinkommens. Würden die anderen 85% der Weltbevölkerung ebenso leben wie die Westeuropäer oder Nordamerikaner, so würde es die Erde nicht aushalten.

Des weiteren müsse in der Stadt ein anderes Verhältnis zur Natur gefunden werden. Die Vorstellung von der Stadt als „Maschine zur Entlastung von Arbeit und Pflichten“ müsse grundsätzlich neu überdacht werden, denn sie existiere nur auf der Grundlage, daß die Stadt unbegrenzt aus den natürlichen Ressourcen schöpfen und ihre Abfallprodukte der Natur überlassen könne. Diese Lebensweise zerstöre damit die eigene Lebensgrundlage. Die ökologische Stadt werde mehr Arbeit und Pflichten von ihren BürgerInnen einfordern, z.B. Müllvermeidung, Mülltrennung, ökologisch verträgliche Mobilität wie Zu-Fuß-Gehen und Radfahren statt motorisierte Mobilität u.v.m.

Auch Siebel verlangt die Differenzierung von Privatheit und Öffentlichkeit. Dabei müsse besonders gegen die Tendenz der Privatisierung von öffentlichem Raum angegangen werden, wie es etwa bei abschließbaren Einkaufspassagen passiere, denn dabei werde der eigentlich öffentliche Raum nur für bestimmte BürgerInnen, nämlich für erwerbstätige, kaufkräftige Erwachsene vorbehalten.

1992 ergänzten Häußermann und Siebel diese Stichworte einer Neuformulierung von Urbanität<sup>73</sup>. Demnach gehöre auch die Überwindung sozialer Ungleichheit, die politische Partizipation und die Multikultur dazu wie auch die Akzeptanz von der Stadt als „Ort der Widersprüche“: Stadt sei Dienstleistungsmaschine und Heimat zugleich. Verwirklichte soziale Gleichheit, durchgesetzte Demokratie, Versöhnung mit Natur, gleichberechtigtes Nebeneinander verschiedener Kulturen, ein gemildertes Zeitregime im Alltag, Vergewärtigung der Geschichte und das Offenhalten von Widersprüchen seien zwar weitreichende utopische Ansprüche. Aber auch der historische Begriff von Urbanität habe die Vision einer liberalen Gesellschaft ökonomisch selbständiger, politisch gleicher, zivilisierter Individuen enthalten. Die neuerliche Diskussion um Urbanität werde die utopischen Perspektiven noch erweitern.

Über die geforderte „Aussöhnung mit der Natur“ macht sich der Frankfurter Architekt und Städtebauer Albert Speer Gedanken in „Die intelligente Stadt“<sup>74</sup>. Eine „intelligente Stadt“ sei die, die möglichst sparsam mit allen Ressourcen umgehe, die die technischen Möglichkeiten des Computerzeitalters nutze, die sich um Wiederverwendung gebrauchter Ressourcen bemühe

---

73 Vgl. Häußermann / Siebel 1992a, S. 33ff

74 Speer 1992, S. 126

und zudem das „gedeihliche Nebeneinander“ von Wohnen, Arbeiten, Versorgen und Erholen anstrebe, dabei aber flexibel auf neue Herausforderungen reagiere und ein Gleichgewicht von Bewahren und Verändern unter Berücksichtigung des Pluralismus von unterschiedlichen Lebensformen und Auffassungen suche<sup>75</sup>.

Speer betont die Bedeutung der ‘weichen Standortfaktoren’ einer Stadt<sup>76</sup> wie ihr Angebot an Kultur, Unterhaltung, Sport, Freizeitaktivitäten und Bildungseinrichtungen, die ganz entscheidend die Qualität der Stadt als Standort und die Akzeptanz durch qualifizierte und spezialisierte Arbeitskräfte beeinflussen. Hierzu ist kritisch anzumerken, daß Speer damit doch eher einer Auffassung von Urbanität zuneigt, die nicht der Segregation der Bevölkerung entgegenwirkt, sondern sie eher noch verstärkt, weil Stadtraum wie städtische Finanzen auf die Gewinner der jetzigen ökonomischen Situation ausgerichtet werden, damit die Stadt unter internationalem Druck als Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig bleibt.

Auch die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung nimmt mit ihren Forschungsfeldern „Städtebauliche Qualitäten im Wohnungsneubau“ und „Nutzungsmischung im Städtebau“ an der Debatte um Urbanität teil. Funktionsvielfalt sei ein „Ausdruck urbaner Attraktivität“, der nach Sicherung vielfältiger Angebote verlangt, damit eine „differenzierte Mischung nach Generationen, Einkommen, Berufsgruppen und ethnischen Kriterien“<sup>77</sup> entsteht. Urbanität brauche demnach Vielfalt in den baulichen Strukturen, den städtischen Nutzungen und den täglichen Handlungsabläufen. Solche multifunktionalen urbanen Strukturen seien auch ökologisch positiv zu bewerten: sie schaffen die Voraussetzung für relativ autonome Lebensverhältnisse in überschaubaren Stadträumen und verzichten auf erzwungene Verkehrsverbindungen zwischen monostrukturierten Funktionsbereichen. Die räumliche, funktionale und bauliche Verflechtung städtischer Nutzungen ermögliche außerdem eine differenziertere und sparsamere Inanspruchnahme von Flächen<sup>78</sup>.

---

75 Ebd. S. 19

76 Vgl. ebd. S. 110ff und 180f

77 Bärsch / Fuhrich / Potter 1995, S. 5

78 Vgl. Brake / Müller / Wiegandt 1996, S. 2 und Herlyn 1993, S. 32

Der Bremer Stadtsoziologe Thomas Krämer-Badoni betont die Notwendigkeit, daß Urbanität nur dann gegeben sein kann, wenn die Stadt für alle gleichermaßen da ist, für Frauen, Männer und Kinder (und mit Häußermann und Siebel ist zu ergänzen auch für Einheimische wie Fremde<sup>79</sup>), denn „Urbanität ist das Resultat einer kulturellen Praxis der Aneignung städtischen Raums“<sup>80</sup>. So sei erst dann wieder ein „menschliches Maß in der Stadtentwicklung“ erreicht, wenn „Kinder wieder alleine zur Schule gehen und auf der Straße spielen können, wenn wir auf den täglichen Dressurakt an der roten Ampel verzichten können“. Dies bedeute jedoch nicht, daß es die eine Urbanität für alle gebe, sondern daß Urbanität sich nur in einer „Stadt der Differenz“ entfalten könne, in der viele unterschiedliche räumliche und soziale Strukturen möglich sind<sup>81</sup>.

Schließlich sei noch eine aktuelle Stimme zur Urbanitätsdebatte erwähnt. Im Dezember 1996 hat der Architekturkritiker Christian Thomas in seinem Kommentar zum 15. Kolloquium des Planungsdezernates Frankfurts zur „Zukunft des Städtischen“<sup>82</sup> kritisiert, daß sich die Urbanitätsdebatte zu stark auf eine Untersuchung soziokultureller Faktoren verlagert habe und die Behandlung der räumlich-ästhetischen Seite vernachlässige. Eine allein sozialwissenschaftlich argumentierende Perspektive von Urbanität werde sich jedoch genauso revidieren lassen müssen wie die in den 70er und 80er Jahren vorherrschende Orientierung an der Ästhetik, denn „für die urbane Lebensweise sind auch die Schauwerte des Städtischen wichtig: Das Urbane, als Aneignungsweise städtischer Lebensstile, ist gebunden an die Anziehungskraft der Räume, der Artefakte“.<sup>83</sup>

Urbanität wird also in der Fachdiskussion nicht nur im rein baulichen, sondern auch im ökologischen und sozialen Kontext gesehen. Viele Forderungen für mehr Urbanität sind mit denen für eine nachhaltige Stadtentwicklung identisch, denn sie enthalten ökologische und soziale Elemente. Eine der wichtigsten ökologischen Forderungen ist die nach Nutzungsmischung, nämlich nach „mobilitätsärmeren Formen der Verknüpfung von Wohnen, Arbei-

---

79 Vgl. Häußermann / Siebel 1997, S. 19

80 Krämer-Badoni 1996, S. 75

81 Vgl. ebd. S. 76

82 Vgl. Thomas 1996b. ReferentInnen des Kolloquiums waren Häußermann, Hoffmann-Axthelm, Siebel, Spiegel u.a.

83 Ebd.

ten, Erholungsgebieten, Einkaufsgelegenheiten“, wodurch der Ressourcenverbrauch gemindert wird und gleichzeitig durch höhere Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Viertel der soziale Zusammenhalt auf Quartiers-ebene gestärkt werden kann<sup>84</sup>. Als wichtigstes soziales Erkennungsmerkmal von Urbanität werden StadtbürgerInnen gesehen, die aktiv am Stadt(teil)geschehen teilnehmen, die also ‘urbanes Verhalten’ praktizieren. Damit eine solche Stadtbürgerschaft entstehen bzw. existieren kann, müssen in der Stadt Räume zur Verfügung stehen, in denen die Fähigkeit zu konstruktiven Auseinandersetzungen mit anderen StadtbewohnerInnen erlernt und angewendet werden kann. Das wichtigste städtebauliche Element dafür ist der öffentliche Raum als ‘Konflikttraum’. In ihm können ökologische und soziale Probleme des Systems Stadt erfahrbar werden. Dies ist wichtig, weil Konflikte nur mit „eingeschaltetem Bewußtsein“<sup>85</sup> wahrgenommen und bewältigt werden können.

### 3.3 Nachhaltige Urbanität: Versuch einer Begriffsbestimmung

Der Begriff ‘Urbanität’ kann nicht klar definiert und damit abgegrenzt werden, denn er hat viel mit den Assoziationen zu tun, die jede Person selbst damit verbindet. Eine scharf eingegrenzte Definition würde auch aus- und begrenzen und würde bedeuten, daß viele Menschen sich ausgeschlossen fühlen müßten mit ihren Ansprüchen an das Stadtleben, also ihren Ansichten von Urbanität. Dies verstößt gegen die Vielfalt, die Urbanität ja gerade auszeichnen sollte. Eine strenge Definition wäre also anti-urban, Urbanität entzieht sich damit der abgrenzenden Definition. Daher kann es mehrere Arten von Urbanitäten geben, deren Nebeneinander möglich und sogar erwünscht ist.

➤ Urbanität kann nicht durch Planen und Bauen ‘hergestellt’ werden. Dies ist klar erkennbar an ihrem Gehalt an verschiedenen gesellschaftlichen Dimensionen: politisch (Partizipation der BürgerInnen an der Stadtentwicklung: Basisdemokratie), sozial (stadtbürgerliche Identität und Fähigkeiten der Konfliktbewältigung), kulturell (soziale Stabilisierung und Erhalt der Vielfalt fremder kultureller Identitäten, Austausch und Kommunikation zwischen den verschiedenen Kulturen<sup>86</sup>).

---

84 Vgl. Dürrenberger / Truffer 1993, S. 11

85 Vgl. Hoffmann-Axthelm 1988, S. 35

86 Vgl. Häußermann / Siebel 1992b, S. 43

➤ Urbanität ist gleichbedeutend mit Öffentlichkeit in dem Sinne, daß alle BürgerInnen am Stadt(teil)geschehen teilnehmen können. Urbanität bedeutet dann z.B., daß der öffentliche Raum für alle potentielle NutzerInnen einigermaßen sicher und damit zugänglich ist. Eine durch Funktion, Gestalt und Recht gesicherte Öffentlichkeit des Stadtraumes ist die Vorbedingung dafür, daß alle unterschiedlichen BewohnerInnengruppen am Stadtleben teilhaben können.

➤ Urbanität ist in ihrer räumlichen Dimension an bestimmten Merkmalen erkennbar:

- ‘qualifizierte’ Dichte (d.h. eine ‘urbane’ Bebauungsdichte; eine Dichte, die nicht mit der des ländlichen Raumes oder der von Vororten verwechselbar ist) für einen sparsamen Umgang mit Fläche,
- Kompaktheit und räumliche Gefäßtheit des Siedlungskörpers,
- Vorhandensein gemischter Bebauungsformen und -arten, die unterschiedlichen Lebensweisen Raum und den StadtbürgerInnen Identitätspunkte geben,
- Mischung oder zumindest Nähe von verschiedenen Nutzungsarten (Multifunktionalität) und eine polyzentrale Standortstruktur als Voraussetzung für stadt- und umweltverträglicheres Verhalten (z.B. mögliche Reduzierung des Verkehrsaufwandes) sowie
- eine ökonomische und soziale ‘dynamische Stabilität’.

Viele dieser Elemente sind auch enthalten in den Forderungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Damit ist die Chance gegeben, Urbanität und nachhaltige Stadtentwicklung ohne große Strukturbrüche in die Entwicklung der europäischen Stadt einzubinden<sup>87</sup>, denn sie hängen vielfach mit dem Bild der ‘europäischen Stadt mittelalterlicher Gründung’ zusammen.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß räumliche Elemente nicht absolut zu nehmen sind im Sinne von „wenn ein Stadtviertel eine kleinteilige Nutzungsmischung aufweist, dann ist es urban“. Planung kann ‘nur’ günstige Voraussetzungen für Urbanität schaffen, sie jedoch nicht selbst herstellen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Planung ist dabei, die Existenz von ‘unaufgeräumten’, ‘ungeplanten’, unverplanten Räumen zuzulassen, in denen urbane Situationen entstehen können.<sup>88</sup>

---

87 Vgl. Beckmann 1996, S. 122

88 Vgl. Häußermann / Siebel 1997, S. 21

➤ Für die Urbanität einer Stadt ist ganz entscheidend, wie ihre öffentlichen Räume beschaffen sind:

- Es gibt klar erkennbare private, gemeinschaftlich genutzte und öffentliche Räume.
- Öffentliche Räume ermöglichen alltägliche Begegnungen und Auseinandersetzungen mit ortsansässigen und fremden Menschen sowie mit unterschiedlichen (Alltags-)Situationen. Dazu ist eine Erhöhung der Dichte von Nutzungen (Nutzungseinheiten pro Flächeneinheit)<sup>89</sup> notwendig, damit sich auch unzählige neue Situationen und Begebenheiten ereignen können durch ausreichendes 'Leben auf der Straße'.
- Die öffentlichen Räume müssen Aufenthaltsqualitäten haben und multifunktional nutzbar sein.
- Die verschiedenen Arten öffentlichen Raumes haben unterschiedliche Ausprägungen bzw. Charaktere, in denen die verschiedenen Bedürfnisse nach Sozialkontakten befriedigt werden können: Räume, die mehr oder auch weniger 'intim' oder 'öffentlich' wirken.
- Die öffentlichen Räume bieten den BürgerInnen Möglichkeiten, sie zu benutzen, sie sich anzueignen und sich dadurch mit der Stadt bzw. dem eigenen Viertel zu identifizieren.

Motive für die Auseinandersetzung mit Urbanität, die Nachhaltigkeit ermöglicht und die hier behandelt wurden, sind prägnant zusammengefaßt bei Wüst in seinem Diskussionspapier zu „Urbanität als Stadtkultur und Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung“<sup>90</sup>. Er erklärt:

„Eine Stadt, die ihren BewohnerInnen gleiche Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt einräumt, die Mitbestimmung an politischen Entscheidungen zuläßt, in der Geschichte präsent ist und Orientierung gibt, in der nicht Raubbau an natürlichen Ressourcen betrieben wird, die widersprüchliche Ansprüche und Bedürfnisse zu erfüllen sucht, in der Toleranz gegenüber anderen Kulturen herrscht, die private Rückzugsmöglichkeiten ebenso bietet wie öffentliche Freiräume, die Kräfte nicht ausschließlich auf die Entwicklung der 'ersten Stadt' konzentriert und in der die Vorstellungen der BewohnerInnen aktiv in die Stadtentwicklungsplanung einbezogen werden, schafft die Voraussetzungen für Urbanität und damit auch für 'sustainable development'. Die Vermittlung dieses Zusammenhanges sollte die Motivation zur Auseinandersetzung mit Urbanität sein“.

---

89 Vgl. Beckmann 1995, S. 458

90 Wüst 1996, S. 100



## 4 Wie kann der öffentliche Raum zur Urbanität eines Quartiers beitragen?

Im letzten Kapitel wurde mehrfach hervorgehoben, daß auch räumliche Umstände zur Urbanität einer Stadt beitragen. In diesem Kapitel sollen die baulich-räumlichen Elemente diskutiert werden, die den öffentlichen Raum, den Stadt-Raum, urban werden lassen können.

Die Definitionen, welche Räume und Plätze dem öffentlichen Raum zugeordnet werden können, wo er beginnt und wo er aufhört, sind sehr verschieden. Rapoport<sup>1</sup> z.B. definiert den urbanen Raum über die dort stattfindenden Aktivitäten und gibt ihm daher den weiter reichenden Namen „setting“, in diesem Zusammenhang vielleicht zu übersetzen mit 'Schauplatz'. Sind die Aktivitäten, die in einem Raum stattfinden, auch nur halb-privat, weil sie von Fremden beobachtbar sind, so nennt er den Raum öffentlich (z.B. Balkone, Terrassen, Restaurants, Cafés, sogar Waschalons). Der öffentliche Raum soll hier jedoch definiert werden über seine allgemeinen Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten. Räume in öffentlichem Besitz, die für alle ohne spezielle Zugangsberechtigungen (Eintritt, Verzehr, Nutzausweise etc.) wie Bürgersteige, Straßen, Plätze, Grünflächen, Spielflächen, auch solche Flächen, auf denen halböffentliches oder halbprivates Leben stattfindet oder stattfinden kann wie in Blockinnenbereichen sowie unter bestimmten Bedingungen auf Brachflächen, Abstandsflächen und sonstigen Nischen, die prinzipiell öffentlich aufgesucht werden können.

Der öffentliche Raum hat neben der räumlichen noch weitere Dimensionen, unter denen er zu betrachten ist. Seine psychologische, politische oder rechtliche Dimension<sup>2</sup> ist ebenso wichtig wie die baulich-räumliche. In dieser Arbeit möchte ich mich jedoch weitgehend auf letztere beschränken: welches

---

1 Rapoport 1986, S. 169f

2 Zum Beispiel das Aufenthaltsrecht im öffentlichen Raum. Hoffmann-Axthelm (1993b, S. 139) sagt dazu, daß aus ihm als Ergebnis der bürgerlichen Freiheitsrechte niemand vertrieben werden dürfte, auch wenn er wohnungslos, mittellos oder drogenabhängig ist. Solange nur private Zugriffe einseitig den öffentlichen Raum kolonisieren, müßte man von Usurpation nicht zustehender Rechte reden.

sind die Konstruktionselemente des Stadtraumes, damit dieser zur Urbanität des Quartiers beitragen kann?

#### 4.1 Der bauliche Rahmen des öffentlichen Raumes: die Bebauung

Der öffentliche Raum erhält neben der Art der Freifläche selbst einen großen, wenn nicht den größten Teil seines Charakters durch die ihn umgebenden Gebäude („Straßen sind letztlich ein Produkt der Häuser“<sup>3</sup>) und deren BewohnerInnen bzw. NutzerInnen. Wodurch wirkt Bebauung positiv auf den städtischen öffentlichen Raum? Es gilt, viele verschiedene Faktoren zu beachten.

##### 4.1.1 Bebauungsdichte

Dichte ist einer der meistgenannten Faktoren, wenn von Urbanität die Rede ist (vgl. Kap. 3). Der Begriff wird jedoch in ganz unterschiedlichen Kontexten genannt.

Fehl<sup>4</sup> nennt schon 1963 ganz grundsätzliche Gründe, weshalb eine dichte Bebauung notwendig ist. Diese Gründe gelten - mit einigen Erweiterungen - noch heute:

- **Materiell:** Bodenwirtschaftlichkeit. Dichte ist notwendig zur Ausnützung des teuren Baulandes. Dies ist auch von besonderer Bedeutung für die kommunale Finanzlage: die infrastrukturelle Ausstattung (wie Straßen und Kanalisation) ist bei dichter Bebauung weniger teuer. Heute kommt die Forderung nach der möglichst naturverträglichen, und also auch sparsamen Bodennutzung hinzu;
- **Wirtschaftlich:** Konsumwirtschaftlichkeit. Dichte erlaubt eine gute und wohnungsnaher Versorgung der Bewohner mit Geschäften. Außerdem ist ÖPNV nur in verdichteten Gebieten wirtschaftlich einzusetzen, womit die ökologischere Variante des motorisierten Verkehrs (im Gegensatz zu motorisiertem Individualverkehr) erst möglich wird;
- **Sozial:** Bei gut überlegter baulicher Dichte und Zusammentreffen vieler Funktionen sind Isolation (Anonymität) wie auch soziale Kontrolle (hier negativ im Sinne von ‘Überwachung’) weniger wahrscheinlich. Zudem

---

3 Feldtkeller 1995, S. 81

4 Fehl 1963 in: Boeddinghaus 1995, S. 72f

kann unter Beachtung weiterer Faktoren die geschlossene Bauweise wie auch eine höhere Wohndichte eher die Sicherheit für NutzerInnen des öffentlichen Raumes gewährleisten<sup>5</sup> (Sicherheit im öffentlichen Raum: darauf wird später noch einzugehen sein);

- **Psychologisch:** Spannung und Gegensatz entstehen dort, wo Dichte ist und damit ein Kontrast geschaffen werden kann zwischen Dichte und Weite. Stadt und Land wird dadurch in seinen Unterschieden erlebbar.

Überlegungen zu 'Dichte' sollten also mehrere Ebenen beachten. Es darf bei der Bebauungsdichte nicht nur technisch-räumlich die Menge und Art des bebauten Raumes betrachtet werden, sondern auch räumlich-demographisch die Zahl der BewohnerInnen dieses Raumes ('Innendichte' der Gebäude<sup>6</sup>) bzw. sozial die Zahl und Möglichkeiten von Interaktionen<sup>7</sup>. Unter urbaner Dichte wird jedoch allzuoft einfach Menschengewimmel in Straßen verstanden. Dies ist eine rückwärtsgewandte Vorstellung, denn so wird heute nicht mehr geplant und gebaut, *obwohl* dieses romantisierte Leitbild der mittelalterlichen Stadt noch in vielen Köpfen existiert. Die inneren Zusammenhänge dieses Leitbildes, nämlich die Verflechtung von Bebauungsdichte, Innendichte und Nutzungsvielfalt der Gebäude und des öffentlichen Raumes, sind dabei nicht im Bewußtsein. Hier soll daher noch einmal betont werden, daß das Plädoyer für eine größere bauliche Verdichtung nicht getrennt von den anderen, weiter unten genannten Faktoren wie z.B. Nutzungsmischung gesehen werden darf.

Nur durch eine Mindestdichte der Bebauung können einprägsame städtische Raumkanten entstehen, die dem Stadt-Raum ihren urbanen Charakter geben. Klare Grenzen sind notwendig für den Eindruck von Räumen als zusammenhängenden Einheiten, wie es z.B. ein Stadtrand gegenüber der offenen Landschaft sein kann. Wenn ein Rand den Wechsel im Charakter eines Gebiets ausdrücken kann, gewinnt er an Einprägsamkeit<sup>8</sup>. Im Gegensatz zur offenen Bauweise mit mindestens 3 m Abstand der Bebauung vom Grundstücksrand vermittelt die geschlossene Fassadenfront eines Straßenzuges ein Raumgefühl von „In-der-Straße-Sein“ und damit *in* der Stadt. Dieses ist ein grundsätzlich angenehmes Gefühl, wie es auch vom Besuch einigermaßen erhalte-

---

5 Siemonsen / Zauke 1991, S. 9 und 21

6 Vgl. Spiegel 1983, S. 94

7 Vgl. ebd. S. 84

8 Speer 1992, S. 45

ner historischer Innenstädte bekannt ist. Zudem geht es um die Wiedergewinnung der Straße als Raum durch die Schließung der innerstädtischen Straßenzwänge<sup>9</sup>.

Umschlossene Straßenräume sind auch deshalb notwendig, damit die Straße sich deutlich von privat genutzten Räumen abheben kann. Die Trennung von öffentlicher Straße und privatem Raum sollte eindeutig sein. Die Grenzlinie sind die Hauswände, die als sinnlich erfahrbare Trennelemente, aber auch als Verbindung der beiden Sphären durch Fenster und Türen fungieren (es müssen daher auch Fenster zum öffentlichen Raum als 'Kommunikationselemente' gerichtet sein. Fenster verleihen einem Haus für Passanten das 'Gesicht', für die BewohnerInnen sind sie eine wichtige Möglichkeit der Kommunikation zum öffentlichen Raum). Durch das Umschließen des Straßenraumes entstehen „positive Außenräume“, mit denen sich die Bewohnenden identifizieren können, weil die Hausmauern der unterschiedlichen angrenzenden Gebäude dem Raum eine eigene Identität geben. Dadurch wird eine Ortsbindung der StadtteilbenutzerInnen erst möglich<sup>10</sup>.

Kompaktere Bauweisen sorgen außerdem für einen geringeren Flächenverbrauch. Die Schonung von Flächen im Außenbereich ist nur erreichbar durch kompakte Außenentwicklung und gleichzeitiger städtebaulicher Innenentwicklung. Die Bündelung von Funktionen, Infrastrukturen und Verkehren in der Stadt vermeidet unnötige Zersiedlung und ubiquitäre Belastungen. Die dichte, kompakte europäische Stadt ist nach Untersuchungen des World Watch Institute (Washington) im weltweiten Vergleich das die Umwelt am wenigsten belastende Siedlungsmodell, wenn man menschliches Siedeln in so konzentrierter Form akzeptiert<sup>11</sup>.

Die dichteste mögliche Bebauung ist jedoch nicht notwendig die beste. Es muß auf der baulich-technischen wie auch auf der baulich-demographischen und sozialen Ebene eine „qualifizierte Dichte“ gefunden werden<sup>12</sup>. Baulich-technisch gesehen muß eine qualifizierte Dichte die Bodenversiegelungsrate beachten. Unter sozialem Aspekt führt eine zu große bauliche Verdichtung mit zu hoher Bevölkerungsdichte (Innendichte) zu einem gesteigerten Be-

---

9 Vgl. Hoffmann-Axthelm 1995, S. 44

10 Vgl. Feldtkeller 1995, S. 74ff

11 Vgl. Klein-Knott 1994, S. 33.

12 Vgl. Nohl 1996, S. 39

dürfnis nach Privatheit und dem Versuch, diese Privatsphäre gegen den Nachbarn abzusichern. Dagegen wird mit drei- bis viergeschossigen block-ähnlichen Bebauungen (die auch Dichten mit einer Geschoßflächenzahl 1,0 erreichen können) die Hoffnung verbunden, daß eine derartige Abschottung unterbleibt<sup>13</sup>. Es muß eine Dichte gefunden werden, in der „die Konfrontation der Konflikte allererst wieder möglich ist, auch wenn das Austragen von Konflikten unangenehmer ist als das isolierte Einfrieren .... Die faulen Lösungen der Segregation der Probleme müssen rückgängig gemacht und damit die aufgeschobenen Konflikte gleichsam freiwillig reaktiviert und jetzt wirklich gelöst werden“<sup>14</sup>.

Eine qualifizierte Bebauungsdichte leistet also in verschiedenen Bereichen Beiträge zum Städtischen:

- durch Konzentration von Bebauung in der Stadt, wodurch diese sich von ihrem Gegenpol, dem ländlichen Raum, unterscheidet und beides bewußt erlebt werden kann;
- durch kürzere Wegelängen für die BewohnerInnen und damit der Chance der Vermeidung von motorisiertem Verkehr sowie durch eine bessere Ausnutzung der Siedlungsfläche trägt sie zur Ökologie bei;
- durch Anregung der aktiven Auseinandersetzung unter den BewohnerInnen, auch durch Bereitstellung eines städtischen öffentlichen Raumes sichert sie die soziale Stabilität eines Viertels.

Für Hoffmann-Axthelm ist die zentrale Aufgabe kurzgefaßt die Schaffung von einem „Mehr an Stadt“ auf einem „Weniger an Fläche“<sup>15</sup>.

#### 4.1.2 Bebauungsform(en)

Der öffentliche Raum wird erst wirklich öffentlich durch die (mögliche) Anwesenheit von beliebigen Personen, also seine Nutzung. Art und Häufigkeit der Benutzung hängen dabei sehr stark von der umliegenden Bebauung ab, weil durch sie die Zusammensetzung, Häufigkeit und zeitliche Verteilung sowie die Sicherheit der sie nutzenden Bevölkerung bestimmt wird. Zum Beispiel wird in einem Wohnviertel morgens und spätnachmittags zu Beginn und

---

13 Vgl. Speer 1992, S. 76

14 Hoffmann-Axthelm 1988, S. 39

15 Hoffmann-Axthelm 1993b, S. 11

Schluß der Arbeitszeit viel Verkehr herrschen, tagsüber wird der Versorgungsverkehr der im Haushalt Arbeitenden stattfinden, wobei es sich immer noch überwiegend um Frauen und ältere Menschen handelt (Einkaufen, Kinder zu Kindergarten/Schule/FreundInnen bringen etc.). Die Art und Menge der Personen auf der Straße dort wird sich stark unterscheiden von der in Geschäftsvierteln, und auch diese können untereinander sehr verschieden sein. In einem Großhandels- und Gewerbeviertel dominiert der Kraftfahrzeugverkehr (Liefer- und KundInnenverkehr), während in Einzelhandelsvierteln wie Fußgängerzonen der Fußgängerverkehr überwiegt.

Insgesamt sind für die Bebauungsformen folgende Faktoren zu beachten:

### 1. Anordnung der Bebauung als 'Rahmen' des öffentlichen Raumes

Die Gestaltung und Anordnung der Bebauung sollte derart sein, daß sie einen gutgestalteten öffentlichen Raum mit klaren und damit erfahrbaren Raumkanten für Fußgänger schafft (vgl. Abb. 5). Alexander nennt als Regel: „Each time a building increment is built, it is shaped and placed in such a way that it creates well-shaped pedestrian space“<sup>16</sup>. Die Bebauung muß so angeordnet sein, daß sie „positiven Raum“ bildet anstatt den Zwischenraum als Übrigbleibsel, als einfach nur nicht bebaut, stehen zu lassen („Buildings surround space', not 'Space surrounds buildings'“; s. auch unten Kap. 4.2: Der Umgang mit dem öffentlichen Raum selbst: die Freiflächen).



Abb. 5: Gebäude, die negativen Restraum schaffen...Gebäude, die positiven Außenraum schaffen<sup>17</sup>

16 Vgl. Alexander 1987, S. 66f

17 Alexander 1995, S. 559

## 2. Bevorzugung von vielfältig nutzbaren Stadthäusern in geschlossener Bauweise

Für den öffentlichen Raum ist auch die Form des Stadthauses von Bedeutung. Feldtkeller sieht das Stadthaus als wichtigsten Baustein der Stadt<sup>18</sup>. Es ist ein gemischt genutztes, einfaches Gebäude, dessen Vorderseite an den öffentlichen Straßenraum, seine Rückseite an einen privaten Garten oder Hof grenzt. Die Bebauung bildet damit nicht nur den Rahmen des öffentlichen Raumes, sondern bestimmt auch den sozialen Charakter der privaten Freiflächen (vgl. Kap. 4.2.1 Nr. 4). Je nach Anordnung der Baukörper können sie als Grenze zwischen Räumen unterschiedlichen sozialen Charakters fungieren und so zur Deutlichkeit und Sicherheit im Verhalten beitragen (vgl. unten Abb. 7).

Die beiden verbleibenden Seiten des Kastens sind in der Regel geschlossene Brandwände, die sich zum Anbauen von Nachbarhäusern eignen. Daß die Wohnungen zur Straße hin ausgerichtet sind, ist eine Forderung für höhere Sicherheit in der Straße, denn besonders Frauen fühlen sich sicherer, wenn sie von Dritten gesehen werden können, von denen sie, wenn sie belästigt werden, Hilfe erhalten können<sup>19</sup>. Aus den Wohnungen muß also eine gute Sicht auf die Straße ermöglicht werden.

Das auf Straßenniveau liegende Geschoß, und manchmal auch der Keller, soll nach Feldtkeller möglichst für eine gewerbliche Nutzung vorgesehen werden, die darüberliegenden Stockwerke sollen überwiegend Wohnzwecken dienen. Im Interesse der Sicherheit für NutzerInnen des öffentlichen Raumes ist eine Erhöhung der sozialen Kontrolle des Straßenraumes jedoch wünschenswert, daher sollten sich im Erdgeschoß auch Wohnungen befinden<sup>20</sup>. Die Gestaltung des Stadthauses hing von der jeweiligen Stilepoche ab, jedoch wurden jeweils verbindliche Regeln aufgestellt. Da die Gebäude eines Straßenzuges oder eines Platzes nicht in einem Zug gebaut wurden, erscheinen sie als eine Versammlung von Individuen, die dennoch gemeinsamen Gestaltungsregeln gehorchten. „Dadurch ist der öffentliche Raum nicht ein von dominierenden Einzelbauten beherrschter, sondern ein relativ neutral, aber dennoch vielgestaltig umstellter Raum.“ Zu diesem Zweck scheint es auszureichen, eine geschlossene Bauweise sowie eine relativ einheitliche

---

18 Vgl. Feldtkeller 1995, S. 80ff

19 Vgl. Simonsen/ Zauke 1991, S. 19

20 Ebd. S. 19

Bauhöhe vorzuschreiben<sup>21</sup>. Wichtig sind jedoch auch kleinere Grundstücksgrößen (Parzellen), durch die ebenfalls eine vielfältige Bebauung erreicht werden kann.

### 3. Erfahrbare und interessante Raumkanten

Die Front des Stadthauses muß möglichst direkt an der Straße stehen, das Haus soll nicht zurückgesetzt sein<sup>22</sup>. Gleichzeitig sollte das Stadthaus mit den danebenstehenden Gebäuden verbunden sein<sup>23</sup>. So geben die Gebäude dem öffentlichen Raum eine Form (vgl. Abb. 6).

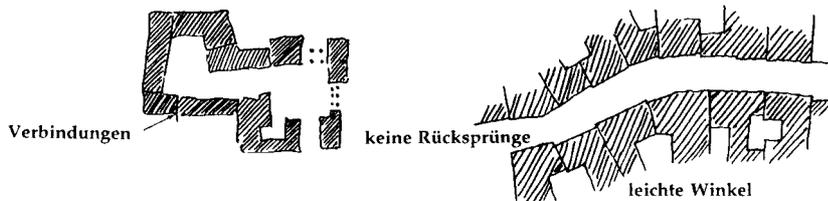


Abb. 6: Verbindungen und leichte Winkel zwischen den Gebäuden<sup>24</sup>

### 4. Unterschiedliche Bebauungsformen und Wohnungsgrößen

Das Vorhandensein von verschiedenen Bebauungsformen mit unterschiedlichen Wohnungsgrößen und -zuschnitten und besonders von Wohnraum, der nutzungsneutral ist, hat für das Quartier mehrere Auswirkungen.

- Familien können genauso wie Wohngemeinschaften, Alleinerziehende oder Alleinstehende darin wohnen. Damit wird auch der „Ghettoisierung“ vorgebeugt, d.h. der Belegung eines Quartiers mit hauptsächlich *einem* Typus an BewohnerInnen;
- „Wohnungsgemenge im Quartier“ bedeutet, daß bei Veränderung der Lebenssituation, besonders bei Veränderung der Personenanzahl eines Haushaltes (Scheidung/Trennung, Geburt von Kindern, Auszug der Kinder u.ä.) und dem Wunsch nach einer größeren oder kleineren Wohnung das

21 Soehlke 1996

22 Vgl. Alexander 1995, S. 639f

23 Ebd. S. 575

24 Ebd. S. 575 und 640

angestammte Quartier nicht verlassen werden muß<sup>25</sup>. Die Mischung unterschiedlicher sozialer Bevölkerungsgruppen ist - jedoch nur innerhalb einer gewissen Bandbreite - anzustreben. Sie scheint nur dann möglich, wenn die soziale Distanz zwischen den räumlich benachbarten Gruppen nicht zu groß ist und die Spannungen zwischen den Gruppen nicht zu stark sind, denn sonst würde räumliche Nähe Anlaß zum Aufbrechen latenter Konflikte geben<sup>26</sup>. Es scheint sogar notwendig zu sein, eine gewisse Segregation der verschiedenen Bevölkerungsschichten zu akzeptieren<sup>27</sup>. Bisher wird nur der Rückzug wohlhabender Bevölkerungsgruppen in eigene Stadtviertel akzeptiert, während bei Stadtvierteln, die von finanziell benachteiligten Bevölkerungsgruppen geprägt sind, schnell von einer 'Ghettoisierung' die Rede ist. Die Konflikte entstehen dabei nicht, weil eine Anhäufung finanziell schlechter Gestellter in einem Viertel automatisch Probleme aufwirft, sondern weil solche Viertel meist noch von *unterschiedlichen sozialen* Gruppen bewohnt werden, ohne daß diese eine Wahl haben, einander auszuweichen.

- Die Mischung von verschiedenen Wohnungstypen (Mehrpersonenhaushalte, Altenwohnungen etc.) mit anderen Funktionen garantieren, daß den ganzen Tag über Menschen im Quartier anwesend sind. Damit wird die Sicherheit im öffentlichen Raum deutlich erhöht<sup>28</sup>.

### 5. Menge der Wohnungen pro Gebäude

Die Menge der Wohnungen pro Gebäude sollte nicht zu groß sein, denn die Anzahl der Parteien spielt ebenfalls eine Rolle für die Ortsbezogenheit der QuartiersbewohnerInnen. Häuser mit sehr vielen Parteien verringern die Chance auf ausreichende Sozialkontakte, die wichtig sind für die Identifikation mit dem Ort<sup>29</sup>. Auch für die Sicherheit der BewohnerInnen sollte die Anzahl der Wohnungen pro Gebäude, die durch einen Eingang erschlossen

---

25 Bahrtdt 1961, S. 117

26 Vgl. Spiegel 1983, S. 86. Ähnlich beobachtete Hannah Arendt, daß integriertes Wohnen unterschiedlicher sozialer Gruppen desto besser funktioniert, je höher das Einkommens- bzw. Bildungsniveau der Beteiligten sei. Sie bezog sich dabei auf teure Apartmenthäuser New Yorks, in denen Schwarze neben Weißen wohnten, was bei niedrigen Einkommensgruppen undenkbar wäre (Arendt 1968, in Arendt 1995, S. 340f).

27 Vgl. Siebel 1992, S. 20f

28 Vgl. Simonsen / Zauke 1991, S. 23

29 Vgl. Thum 1981, Kap. 3.2: Baulich-soziale Faktoren der Ortsbezogenheit, S. 63f

werden, nicht größer als 10 sein, da sonst nicht klar ist, wer tatsächlich dort wohnt<sup>30</sup>.

## 6. Offenhaltung der Raumstrukturen

Für zukünftige, veränderte Bedarfe müssen Baulücken bzw. freie, nicht überplante Bereiche gelassen werden. Da die Entwicklung der Gesellschaft und deren Bedürfnisse nur bedingt vorauszusehen ist, sind „offene Raumstrukturen“ und „flexible Nutzungskonzepte“ notwendig. Diese bieten die Möglichkeit, daß „die einmal erstellten ‘Lebensräume’ stets neu, den aktuellen gesellschaftlichen Bedarfen und individuellen Wohnbedürfnissen entsprechend“ interpretiert werden können. Diese Offenheit ist auch eine Verantwortung späteren Generationen gegenüber, denn nicht nur Umweltzerstörung, sondern auch verbaute Räume sind eine Belastung für sie, da sie die zukünftigen Entwicklungschancen einengen<sup>31</sup> (vgl. dazu auch oben Kap. 3.3 und unten Kap. 4.2.2).

## 7. Vielfältige Baukörper- und Fassadengestaltung

Der äußeren Baukörpergestaltung, besonders der Fassade, sollte ein großer Spielraum gelassen werden. Feldtkeller geht soweit, daß außer der Bebauungshöhe und -dichte kaum Vorgaben gemacht werden sollten, die die Kreativität der Bauherren und Architekten einschränken. Für ihn ist es „gerade dann Stadt, wenn ich Stahl und Glas neben Holz und Klinker sehe“<sup>32</sup>. Bahrnt schränkt dagegen die Freiheit des Architekten ein, weil nicht dieser, sondern die zukünftigen NutzerInnen die Hauptpersonen sind<sup>33</sup>. Allerdings sollte eine möglichst vielfältige Gestaltung der Fassaden und Hauseingangsbereiche angestrebt werden. Gebäudevorsprünge und -rücksprünge, Bepflanzungen, Überdachungen und Mäuerchen sorgen für eine Identifikation von Kindern und Erwachsenen mit ‘ihrem’ Haus. Gleichzeitig bilden solche gestalterischen Elemente einen Übergangsraum zwischen öffentlichem und privatem

---

30 Vgl. Simonsen / Zauke 1991, S. 20

31 Vgl. Bärsch / Fuhrich / Potter 1995, S. 7

32 Soehlke 1996

33 Bahrnt 1985, Kap IV: „Bei Wohnbau-Architektur ist zu wünschen, daß der Architekt dem Bewohner nicht zu sehr zu Leibe rückt. Der Bewohner ist in seiner Wohnung und seinem Wohnumfeld die Hauptperson - nicht der Architekt“.

Raum, der die Kontaktaufnahme von HausbewohnerInnen zu PassantInnen erleichtert und gute Rückzugsmöglichkeiten für Kinder bietet<sup>34</sup>.

#### 4.1.3 Mischung der Baualter

An der Bebauung einer Stadt kann ihre Geschichte abgelesen werden. Sie sollte präsent sein, da der Mensch ein „geschichtliches Wesen“ ist: „Es könnte sein, daß Menschen sich in einer städtischen Umwelt, die nur aus ihrer eigenen Epoche stammt, langweilen und sie sich wurzellos fühlen läßt“<sup>35</sup>. Die Gebäude sind das „Gedächtnis der Stadt“, denn „Stil-Chiffren, angefangen von den klassischen bis hin zu den modernsten, gewährleisten den Raum der Erinnerungen“<sup>36</sup>. Alte Gebäude dienen als „Anknüpfungspunkte für Erinnerung, Heimatgefühl, Stolz und Anhänglichkeit“<sup>37</sup>, die zur Identität der BewohnerInnen beitragen, denn eine räumliche Eigenart des Quartiers ist wichtig zur Herausbildung eines heimatlichen Verhältnisses der BewohnerInnen zu ihrem Stadtteil. „Heimatbewußtsein führt zu einem behutsamen und behütenden Umgang mit den Besonderheiten des Quartiers und entlastet die Menschen, das eigene Selbst wie auch die Freundschaft zu anderen zu kultivieren“<sup>38</sup>.

Dabei ist die Frage nach der Menge der zu erhaltenden Gebäude wichtig, besonders in historischen Altstädten und Stadtteilen. Zur Erhaltung alter Gebäude ist ihre Nutzung unbedingt notwendig. Da meist nur Wohnen als Nutzung in Frage kommt, sie aber den heutigen Wohnansprüchen häufig überhaupt nicht mehr genügen, ist der Abriß auch von denkmalsinteressanten Häusern manchmal notwendig<sup>39</sup>. Mit den Gebäuden eng verknüpft sind auch die im Laufe der Zeit gewachsenen Sozialstrukturen. Der Abriß vieler alter

---

34 Vgl. Busch 1995, S. 87f. Der neukonstituierte Arbeitskreis „Kommunikation und Spielen im Freiraum“ der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FLL) mit Vertretern aus Forschung, Wirtschaft, Planung und mehreren Verbänden hat sich das Ziel gesetzt, ein „Richtlinienwerk mit Leitfadencharakter“ zu erstellen, das auf weitere praxisnahe Vorschläge hoffen läßt. Vgl. Küpper 1996

35 Vgl. Bahrtdt 1985, Kap. I

36 Bogdanovic 1995

37 Breitling 1983, S. 47

38 Nohl 1996, S. 39

39 Vgl. Bahrtdt 1985, Kap. II

Gebäude zur gleichen Zeit bewirkt daher auch Brüche durch zu plötzliche Veränderungen im Sozialgefüge und sollte daher vermieden werden.

Vor dem zu schnellen Abriß alter Gebäude warnt auch Hoffmann-Axthelm<sup>40</sup>. Rückblickend auf den Städtebau der Nachkriegszeit meint er, daß wir heute vielleicht nicht mehr imstande sind, die Qualitäten älterer Architektur neu herzustellen. Damit ist das Alte eine „Ressource, die uns ausgehen könnte“, und schon allein deshalb ist mit alter Bausubstanz nicht verschwenderisch umzugehen, indem sie leichtfertig abgerissen wird. Die daraus folgende Forderung muß also sein 'Umbau vor Abriß'.

Das Vorhandensein von Häusern unterschiedlichen Alters und Ausbaustands nebeneinander bedeutet, daß unterschiedliche Einkommenschichten in einem Viertel wohnen können und nicht nur eine einzige Schicht. Auch dies trägt zur Verhinderung der 'Ghettoisierung' eines Quartiers bei. Außerdem wird es bei Veränderung der Einkommenssituation, z.B. bei Verlust des Arbeitsplatzes oder bei Erwerbsunfähigkeit, vielleicht ermöglicht, eine billigere Wohnung im angestammten Quartier zu finden, so daß zu der sowieso schon einschneidenden Veränderung der Lebenssituation nicht noch der Umzug in ein fremdes Quartier notwendig wird. Aber auch für gutsituierte StadtbürgerInnen sollten im Quartier Wohnungen vorhanden sein, damit diese das Viertel nicht verlassen und die Segregation beschleunigen.

#### **4.1.4 Mischung der Nutzungen in den Gebäuden**

Nur wenn der öffentliche Raum und seine angrenzenden Gebäude verschiedenerlei Nutzungen haben und damit für viele verschiedene BenutzerInnen leicht zugänglich sind, ist er auch wirklich öffentlich. Zu beachten ist dabei besonders die Kleinräumigkeit ('Feinkörnigkeit') der Mischung, damit nicht doch monofunktionale Bereiche entstehen. Nohl fordert auch für städtische Nutzungen eine „qualifizierte Dichte“ kleinteiliger Mischung. Es geht dabei nicht um die „totale Nutzungsmischung mit der totalen Bevölkerungsmischung“, denn, wie Wehrli-Schindler sagt, ist dies nicht realisierbar<sup>41</sup> und auch nicht überall notwendig.

---

40 Vgl. Hoffmann-Axthelm 1995, S. 123

41 Vgl. Wehrli-Schindler 1994, S. 32

Die Verflechtung von verschiedenen öffentlichen und privaten Nutzungen der Gebäude bewirkt nach Jacobs<sup>42</sup> eine ständige Benutzung der Bürgersteige, weil es z.B. durch Nutzungen wie Läden konkrete Anlässe für viele Menschen gibt, sie zu benutzen. Dies ist in vielerlei Hinsicht wichtig:

- Belebte Bürgersteige wecken das Interesse der in den angrenzenden Gebäuden wohnenden bzw. tätigen Menschen, sodaß sie das Geschehen auf der Straße beobachten („Augen, die auf die Straße gerichtet sind“, die „natürlichen Besitzer der Straße“<sup>43</sup>). Interesse ist eine Voraussetzung für die Identifikation der BewohnerInnen mit dem Quartier.
- Belebte Bürgersteige ermöglichen vielschichtige soziale Kontakte, durch die das Gleichgewicht zwischen Privatheit und Öffentlichkeit ausgeglichener ist.
- Belebte Bürgersteige erhöhen die Sicherheit von Straßen für ihre BenutzerInnen. Das Vorhandensein genügend anderer Menschen erhöht das für die Übernahme von Verantwortlichkeiten notwendige Vertrauen, wenn es darum geht, Gewalttaten zu verhindern.
- Belebte Bürgersteige sind für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft wichtig. Kinder spielen gerne dort, wo etwas los ist, wo sie am Leben teilhaben können, und Bürgersteige sind dafür ideal. Kinder brauchen Erwachsene um sich, um zu lernen. In Quartieren, mit denen sich die Menschen identifizieren, werden die Kinder auch von diesen ‘erzogen’. Dies passiert passiv durch Nachahmung der Erwachsenen durch die Kinder, aber oftmals auch aktiv, indem sie zur kurzfristigen Mithilfe aufgefordert oder bei Mißverhalten ermahnt werden.

Für die Belebung des öffentlichen Raumes ist die Art der Nutzungen von Relevanz<sup>44</sup>. Der städtische, geschlossene Raum ist ein Fußgängerraum, der städtische, ansehnswerte Nutzungen in den für FußgängerInnen interessanten Geschossen erfordert. Nicht jede Nutzung ist dazu geeignet: Ladenschau-fenster, Handwerks- und Produktionsbetriebe mit sichtbarer Produktion (Druckereien, Kunsthandwerk) erfüllen diese Forderung, Nutzungen mit geschlossenen Fassaden wie viele Warenhäuser, Großverwaltungen und Behördenbauten oft genug nicht.

---

42 Vgl. Jacobs 1963 (1961), Kap. 2-4

43 Ebd. S. 32

44 Vgl. Fahrenholtz 1995, S. 440f

Aus der Wichtigkeit der Art der Gebäudenutzung für den öffentlichen Raum bildet Alexander eigens einen Merksatz:

„Ein öffentlicher Platz belebt sich ganz natürlich vom Rand aus. Wenn der Rand seinen Zweck verfehlt, füllt sich der Raum nie mit Leben“<sup>45</sup>.

Auch die Nutzung von städtischen Grünflächen ist abhängig von der Art und Vielfalt der angrenzenden Nutzungen. Je mehr und je unterschiedlichere Nutzungen vorhanden sind, desto mehr Menschen gibt es, die die Grünfläche nutzen - dies ist auch hier für die Sicherheit wichtig. Es muß zudem aber auch noch Gründe für die Nutzung von Grünflächen geben, ein Park sollte z.B. 'Bedarfsgüter' bieten wie Möglichkeiten für Spiele, Musik, das Ausleihen von Rädern, Bootfahren, Bänke zum Sitzen und Beobachten u.ä.

Nach Mitscherlich ist ein gutes Wohnklima nur dort erreichbar, wo zwei Bedürfnissen genügt werden kann: dem Kontaktbedürfnis und dem Bedürfnis nach Alleinsein. Eine Wohnung sollte daher „Nebenraum“ für Spiele und Erholung und lebendige Treffplätze<sup>46</sup> sowie eigene Bereiche für alle WohnungsbewohnerInnen bieten. Dieses gilt in gleichem Maße für den öffentlichen Raum: er sollte den Menschen Rückzugs- *und* Kontaktmöglichkeiten bieten.

Nutzungsmischung darf also nicht nur auf die Nutzung der Bebauung bezogen werden, sondern muß auch die Mischung von bebautem und unbebautem Raum (Gebäuden und Freiflächen) berücksichtigen.

Bei der (Über-)Planung eines Viertels ist es wenig sinnvoll, dessen (Weiter-)Entwicklung an Stadtvierteln mit historisch gewachsenen urbanen Qualitäten zu messen. Vielmehr kommt es darauf an, „am Ort und dessen räumlicher Gebundenheit an[zu]knüpfen, um Identität herstellen zu können“. Es müssen städtebauliche Ordnungsprinzipien gefunden werden, die dem jeweiligen Ort gerecht werden und die an den „naturräumlichen Potentialen der verbliebenen Landschaft und den historisch-kulturellen Wurzeln des Ortes sowie seiner Bewohner und BewohnerInnen“<sup>47</sup> anknüpfen. Daher kann nicht *ein* städtebauliches Ordnungsprinzip für alle Siedlungsgebiete gleich gut gel-

---

45 Alexander 1995, S. 647

46 Vgl. Mitscherlich 1965, S. 5

47 Zibell 1995, S. 148

ten<sup>48</sup>. Für einen zeitgemäßen Auf- oder Umbau der Siedlungsgebiete sollte eine daher nur eine 'Grund-Ordnung' hergestellt werden, die an die gestalterische Qualität von in typologischer Hinsicht zusammengehörigen Quartieren in der Stadt und Siedlungseinheiten in der Region anknüpft und damit Identität und Orientierung ermöglicht.

#### 4.2 Der Umgang mit dem öffentlichen Raum selbst: die Freiflächen

Neben der umgebenden Bebauung sind Funktion und Gestaltung einer Freifläche wichtig. Bei der Aneignung des von ihnen bewohnten Quartiers durch die BürgerInnen spielt der Umgang mit dem öffentlichen Raum eine ganz wesentliche Rolle. Nohl nennt es den „sozialen Gebrauchswert“ oder den „reproduktiven Nutzen“, den es zu beachten gilt. Um ein „heimatliches Verhältnis der Stadtbewohner zu ihren Wohngebieten“ herauszubilden, fordert er die Berücksichtigung der räumlichen Eigenart und der Geschichte des Viertels, zudem ein „bewohnerfreundliches Wohnumfeld mit unterschiedlichen Arten von Öffentlichkeit und Privatheit, mit einer vielfältigen Mischung unterschiedlicher Nutzungsangebote einschließlich informell nutzbarer Räume“<sup>49</sup>. Freiflächen mit hohem sozialen Gebrauchswert oder hoher „Aneignungsgunst“ sind in der Regel sehr selten vorhanden. Auch Hoffmann-Axthelm betont die Wichtigkeit des Vorhandenseins verschiedener Räume der Aneignung: „Tolerant kann nur sein, wer die Erfahrung gemacht hat, daß er nicht überrollt wird. Räume für diese wichtigste Erfahrung bereitzustellen, das wäre geglückte Stadtentwicklung“<sup>50</sup>.

---

48 Zibell argumentiert weiter, daß sich daher auch das Planungsverständnis ändern müsse. Besonders in den letzten 150 Jahren haben die verschiedenen Ordnungsprinzipien im Städtebau zu einer chaotischen Vielfalt unterschiedlich strukturierter Bausubstanz geführt, und auch heute bestünden verschiedene Ordnungsprinzipien nebeneinander. Deshalb Planung zu unterlassen oder zu reduzieren, sei jedoch die falsche Konsequenz. Planung sollte vielmehr als räumliche Entwicklungssteuerung, verknüpft mit einer ständigen Raumbewachung, begriffen werden (S. 143f). Für einen zeitgemäßen Auf- oder Umbau der Siedlungsgebiete wäre eine Grund-Ordnung herzustellen, die an die gestalterische Qualität von in typologischer Hinsicht zusammengehörigen Quartieren in der Stadt und Siedlungseinheiten in der Region anknüpft und damit Identität und Orientierung ermöglicht.

49 Nohl 1996, S. 39

50 Hoffmann-Axthelm 1993b, S. 14

#### 4.2.1 Baulich-räumliche Faktoren

Im folgenden sollen einige Faktoren aufgezählt werden, die es im planerischen Umgang mit Freiflächen zu beachten gilt.

##### 1. Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der Freiflächen

Wichtige Faktoren sind die Erreichbarkeit<sup>51</sup> und die Zugänglichkeit<sup>52</sup> der Freiflächen. Sie müssen für die BewohnerInnen je nach Nutzungsart der Nutzung erreichbar sein: für den Feierabend muß eine Freifläche (städtischer Platz, Grünanlage o.ä.) ganz in der Nähe der Wohnung liegen, für das Wochenende kann sie auch etwas weiter entfernt sein. Die Öffentlichkeit eines Raumes hängt von dessen allgemeiner und freier Zugänglichkeit ab: „Öffentlich ist ein Raum dann, wenn er für jedermann unter zumutbarem Zeit- und Kostenaufwand erreichbar ist“<sup>53</sup>. Besonders Hausfrauen, Kinder und SeniorInnen sind auf wohnungsnahen Freiflächen angewiesen und nutzen diese auch mehr als andere Gruppen. Dabei spielt auch die kleinräumige Zugänglichkeit der Freiflächen eine große Rolle, sie dürfen z.B. nicht durch eine stark befahrene Straße abgetrennt sein.

2. Des weiteren ist auch die Größe der Freiflächen von Bedeutung<sup>54</sup>. Je nach Art der Nutzung benötigen die Freiflächen andere Größenordnungen (Ballspiele, Naturerleben). Zudem dürfen die Flächen für diese Nutzung nicht überbevölkert sein, denn sonst kann es zu einer Nutzungsverweigerung kommen, und es werden weiter entfernt liegende Flächen aufgesucht - dann jedoch meist mit dem Auto. Zudem müssen Freiflächen so groß sein, daß 'inkompatible' NutzerInnengruppen sich ausweichen können müssen (z.B. junge Mütter mit Kindern und Stadstreicher oder Drogenabhängige)<sup>55</sup>.

3. Es muß ein Angebot an sich unterscheidenden Freiflächen im Quartier geben. Im Forschungsprojekt „Regional Area Bond“<sup>56</sup> wird als Ergebnis einer Untersuchung über die Beziehung von Ortsbezogenheit und Sozialkontakten festgestellt, daß es „bezüglich der Funktion des Raumes hinsichtlich des

---

51 Vgl. Nohl 1996, S. 41f

52 Vgl. Bochnig / Selle 1992, S. 53

53 Häußermann / Siebel 1992b, S. 44

54 Vgl. Nohl 1996, S. 42

55 Vgl. Buchholz / Gröning / Spitthöver 1984, S. 43f

56 Vgl. Thum 1981, S. 86

Sozialverhaltens unterschiedliche Gebiete gibt, in denen 'räumliche Nähe' einen ganz unterschiedlichen Stellenwert besitzt“. Dieses Phänomen läßt sich noch auf eine Ebene tiefer übertragen: nicht nur für unterschiedliche Gebiete, sondern auch für unterschiedliche kleinräumliche Bereiche mit unterschiedlichem öffentlichen Charakter und Funktion hat räumliche Nähe je andere Bedeutungen: auf dem Bürgersteig gelten andere 'Normen' im Verhalten als im Innenbereich eines Blockes oder im Park. Daraus resultiert, daß auch solche unterschiedlichen Räume benötigt werden, um die verschiedenen Ebenen an Bedürfnissen nach Sozialkontakten und Tätigkeiten leben zu können. Für die Wichtigkeit des Vorhandenseins verschieden ausgeprägter öffentlicher Räume spricht auch der Vergleich Rapoport's<sup>57</sup> zwischen den Charakteristika von dynamischen (Gehen) und statischen Fußgängerbereichen (Ruhe). Räume mit unterschiedlichen Assoziationen animieren zu unterschiedlichen Aktivitäten: aufregende, vielseitige Umgebungen reizen dazu, sich vieles näher anzuschauen, den Raum zu erforschen. In diesen „aktiven“ Räumen seien Faktoren wie Schmutz, „falsche“ Leute und Anzeichen von Verfall den meisten Leuten weniger wichtig als in Räumen der Ruhe und des gelassenen Aufenthaltes, für die generelle Assoziationen wie „menschlicher“ Raum („soft, human space“), Schutz und Grün für wichtig gehalten werden. Es sind also Freiräume mit unterschiedlichem „Nutzungscharakter“ vonnöten<sup>58</sup>.

Fester / Kraft / Metzner unterscheiden drei traditionelle, positive, soziale Raumcharaktere<sup>59</sup>:

- **Öffentlicher Freiraum:** für jedermann zugänglich,
- **gemeinschaftlicher Freiraum:** jeweils nur einem überschaubaren Kreis von AnwohnerInnen zugänglich, Fremde werden zumindest mit symbolischen Mitteln vom Eindringen abgehalten;
- **private Freifläche:** ihrer sozialen Natur nach nur für Haushaltsmitglieder und deren Gäste zugänglich.

Innerhalb eines jeden Raumcharakters gibt es Abstufungen. Sobald es jedoch zu Stufen *zwischen* ihnen kommt, entstehen sozial diffuse Räume, deren Benutzung gemieden wird. Bei zwei aneinandergrenzenden privaten Gärten ohne deutliche Grenze z.B. entsteht eine Grenzzone, die von beiden Seiten

---

57 Vgl. Rapoport 1986, S. 171

58 Vgl. Buchholz / Gröning / Spitthöver 1984, S. 92f

59 Vgl. Fester / Kraft / Metzner 1983, S. 65f

gemieden wird: ein unbenutzbarer, da sozial diffuser Raum. Deutliche Grenzen dagegen erübrigen Distanzflächen<sup>60</sup>.

Neben den drei traditionellen gibt es neue Raumcharaktere, welche die Geltung der traditionellen Charaktere unterhöheln oder verdrängen<sup>61</sup>:

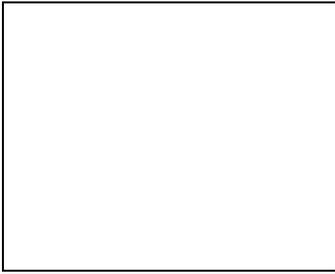
- **Diffuser Freiraum:** in ihm herrscht Unklarheit darüber, welche Verhaltensregeln gelten (z.B. Abstandsgrünflächen, die zwischen halböffentlichem und gemeinschaftlichem Charakter changieren). Ein diffuser Raum entsteht, wo tatsächlich soziale Grenzen bestehen, diese aber nicht räumlich kenntlich gemacht sind.
- **Anonyme Räume:** nicht sozial kontrollierte Räume, die in der Regel nicht privat belegt sind. Soziale Kontrolle ist in ihnen nicht möglich, weil sie nicht einsehbar sind (z.B. Tiefgaragen, Fußgängertunnel, fensterlose Gebäudemauern).
- **Halböffentlicher Freiraum:** Zusätzlich zu den beiden von Fester / Kraft / Metzner oben genannten negativen Raumcharakteren gibt es noch einen weiteren. Halböffentlicher Freiraum ist entweder ein privater bzw. gemeinschaftlicher Freiraum, in dem ähnliche Verhaltensregeln wie im öffentlichen Raum gelten (z.B. indem er nicht deutlich vom öffentlichen Raum getrennt ist) oder öffentlicher Freiraum, der durch private Nutzungen 'privatisiert' wird (z.B. der öffentliche Raum in Einkaufspassagen, der durch die anliegenden Geschäfte okkupiert und kontrolliert wird, aber auch Sackgassen, die von AnliegerInnen 'vereinnahmt' und kontrolliert werden).

Baulich-räumliche Mittel können dazu beitragen, die unterschiedlichen sozialen Raumcharaktere und deren Grenzen deutlich zu machen (s. Abb. 7 und 8).

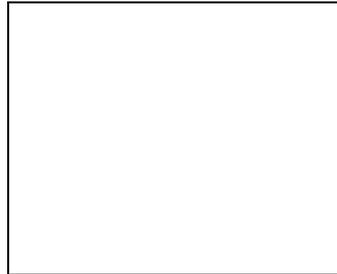
---

60 Ebd. S. 87

61 Ebd. S. 65f

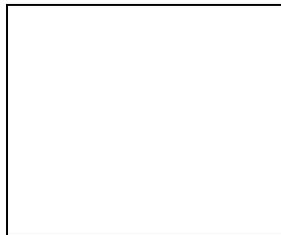


Der rückwärtige Bereich ist als gemeinschaftlicher Raum nur den Anwohnern zugänglich und so klar vom öffentlichen Raum unterschieden.

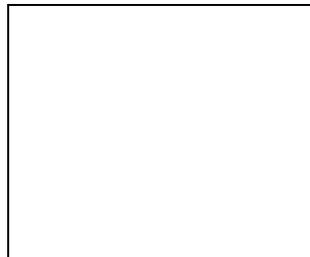


Die privaten Gärten grenzen rückwärtig aneinander. Der gesamte Blockinnenraum ist privat. Konflikte sind von Nachbar zu Nachbar zu regeln.

Abb. 7: *Freiraumcharaktere durch gespiegelte Anordnung von Gebäuden*



Die rückwärtigen Gärten der einen grenzen an den halböffentlichen Erschließungsweg mit den Vorgärten der andern. Fremde können in die Gärten einsehen.

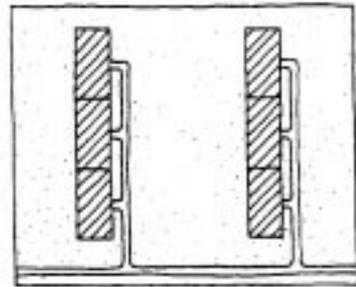
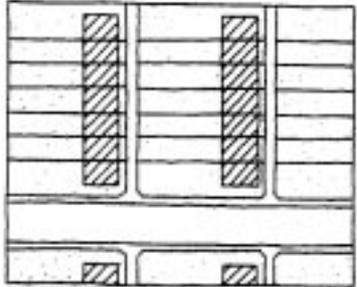
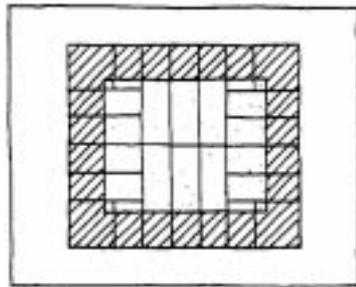
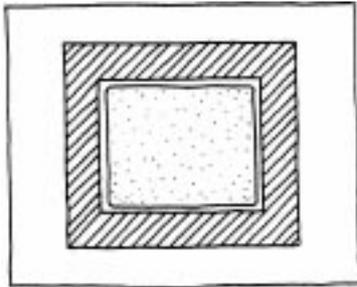


Der Charakter der Grünfläche ist diffus. Der halböffentliche Erschließungsweg und der fließende Übergang zur Straße ermöglicht keinen eigenständigen sozialen Raumcharakter.

Abb. 8: *Freiraumcharaktere durch gereihte Anordnung von Gebäuden*<sup>62</sup>

---

62 Ebd. S. 68 f.



#### 4. 'Verfügungskompetenz' der BewohnerInnen über Freiflächen

Die „Verfügungskompetenz“<sup>63</sup> der BewohnerInnen über Freiflächen ist oft durch administratives Reglement im weitesten Sinne stark eingeschränkt: EigentümerInnen der Freiflächen (Stadtverwaltung, Vereine, Gebäudebesitzer u.ä.) erstellen Regeln, wie die Freiflächen genutzt werden dürfen. Diese Regeln dienen natürlich vorrangig den Interessen der Besitzenden, nicht jedoch den NutzerInnen der Freiflächen, deren Rauman eignung durch die Restriktionen erschwert wird. Besonders anfällig gegenüber 'falscher' Nutzung sind stark spezialisierte Freiflächen (z.B. Sportplätze), deren Nutzungsregeln dementsprechend sehr rigide sind. Auch eine teure Ausstattung oder überzogene künstlerische Gestaltung erschweren die selbstbestimmte Aneignung des Raumes, in dem keine Nutzer Spuren hinterlassen werden können. Wichtig für die soziale Brauchbarkeit einer Freifläche ist also, sie möglichst vielfältig nutzbar, einfach, strapazierfähig und leicht veränderbar einzurichten.

Nach Kraft sind „Nutzungsnischen“<sup>64</sup>, d.h. sich selbst überlassene und/oder nicht reglementierte Bereiche (wie Wände, gegen die Kinder Ball spielen können, Löcher im Zaun, Mäuerchen und Poller, auf denen man sitzen oder balancieren kann u.ä.) besonders wichtig für die Öffentlichkeit der Straße. Diese kleinräumlichen 'Ereignisse' dürfen nicht übertriebenem Ordnungsdenken<sup>65</sup> zum Opfer fallen, auch wenn sie einen unordentlichen oder nicht besonders ästhetischen Eindruck machen, denn damit entfällt auch die kreative Nutzung des Bereiches. Auch für Nohl besteht das Problem, das hinter dem heutigen Umgang mit den in der Freizeit nutzbaren Freiflächen liegt, in einem übertriebenen „Sauberkeits-, Besitz-, Ordnungs-, Macht- und Besserwisser-Denken“. Dieses Denken sieht in den anderen StadtbewohnerInnen

---

63 Vgl. Nohl 1996, S. 40f

64 Vgl. Kraft 1985, S. 110

65 Zibell (1995, S. 9) stellt fest, daß sich die Begriffe von Chaos und Ordnung durch die Zeiten gewandelt haben. Im Laufe der Zeit machten sie den Wandel von einer (positiven) Polarität zu einer (negativen) Polarisierung durch. „Das Chaos ... erfuhr dabei eine zunehmende Ablehnung, allgemeines Ziel wurde die Chaos-Vermeidung; Ordnung wurde dagegen per se zum Symbol der Reinheit und Klarheit, ja, des Guten schlechthin“. Parallel dazu festigte sich die Überzeugung, daß die perfekte Stadt herzustellen sei, wenn sie nur perfekt genug geplant wird. Dies habe sich jedoch als Fehlhaltung erwiesen. Planung ist dennoch notwendig geblieben, jedoch keine, die „eine bestimmte Ordnung beabsichtigt, die in ihrem perfekten Anspruch letztendlich nicht erreicht werden kann, sondern [eine,] die unter Einbezug des Chaos zu einem veränderten räumlichen und städtebaulichen Ordnungsverständnis kommen muß (S. 13).

immer die Unfähigen, die Zerstörer, die Unruhestifter, die „nicht in der Lage sind, mit den Ressourcen richtig umzugehen. Deshalb glaubt man, auch noch die letzten Dinge nur in bestimmter Zurichtung der Bevölkerung anbieten und zugleich die Nutzungsregeln mitliefern zu müssen. Damit aber ist das so wichtige ökologische Prinzip der Fehlerfreundlichkeit und die Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen, aufgehoben. Partizipation und Selbsthilfe als wesentliche Voraussetzungen sozialer Brauchbarkeit und damit nachhaltiger Stadtentwicklung verlangen dagegen nach aneignungsgünstigen Nutzungsbedingungen“<sup>66</sup>.

### 5. Sicherheit im öffentlichen Raum durch entsprechende Bauweisen

Der Faktor Sicherheit im öffentlichen Raum durch entsprechende Bebauungsformen wird im allgemeinen als verhältnismäßig unwichtig erachtet. Aber gerade die Vernachlässigung dieses Punktes ist ein Grund dafür, daß das Leben in der Stadt von Frauen anders erfahren wird als von Männern, und damit haben Frauen auch andere Einstellungen zu Urbanität. Die Literaturrecherche zum Stichwort Urbanität zeigt, daß sich Frauen sehr viel seltener zum städtischen Leben unter dem Stichwort ‘Urbanität’ äußern, obwohl dies z.Zt. ein Modethema ist - die allgemein übliche Definition von Urbanität scheint für Frauen eher negativ belegt zu sein, weil sie zu wenig auf Bedürfnisse von Frauen eingeht<sup>67</sup>. Für Frauen birgt das Leben in der Stadt viel mehr Ängste und Unsicherheiten<sup>68</sup>, viele Frauen können die ‘urbane Lebensweise’ eben nicht so einfach leben wie Männer, weil die Inanspruchnahme städtischer Institutionen und die Teilnahme an Veranstaltungen nach Feierabend abhängig davon ist, wie sicher die Wege zurückgelegt werden können. Frauen sind wesentlich seltener automotorisiert<sup>69</sup>, abends fahren Busse und

---

66 Nohl 1996, S. 43f

67 Dabei ist nicht die Stadt Kern der Kritik, sondern die „Verhinderung der Aneignung städtischer Öffentlichkeit durch die Frauen“. Vgl. Köhler 1990, S. 71

68 Außerdem bietet das Leben in der Stadt Frauen nicht die Entlastung von Arbeit, wie es gemeinhin angenommen wird (nach Berndt ist Arbeitsteilung sogar die Ursache der Stadtbildung, vgl. Berndt 1978, S. 10ff). Allein daß die Straßen durch die Automobilisierung zu gefährlich für spielende Kinder geworden sind, geht zu Lasten der Frauen, denn ein kinderfeindliches Umfeld bedeutet Mehrarbeit für Frauen, weil die Betreuung der Kinder sehr viel aufwendiger wird, und zwar sowohl zeit- wie auch kraftaufwendiger. Vgl. Spithöver 1994, S. 65

69 Spithöver 1990, S. 84. Nur 20% der Frauen besitzen einen Pkw, dagegen 59 % der Männer.

Straßenbahnen seltener und die Haltestellen sind häufig nicht sicher, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen ebenfalls nicht. Aus diesem Grund können Frauen nicht auf gleiche Weise wie Männer am städtischen Leben teilnehmen, und dies ist genau das Gegenteil von wirklicher Urbanität, denn es widerspricht dem Grundsatz, daß der öffentliche Raum auch wirklich öffentlich sein muß, daß heißt jederzeit zugänglich für alle StadtbewohnerInnen ungeachtet des sozialen Status' oder der Körperstärke, mit der ein Mensch sich verteidigen kann. Wie die Sicherheit für StadtbürgerInnen mit baulichen Mitteln geschaffen oder erhöht werden kann, ist sehr detailliert untersucht worden in einer Veröffentlichung der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA e.V.) unter dem Titel „Sicherheit im öffentlichen Raum - Städtebauliche und planerische Maßnahmen zur Verminderung von Gewalt“<sup>70</sup>.

## 6. Höhere 'Aneignungsgunst' der Freiflächen

Zur Ausstattung der Freiflächen kann gesagt werden, daß die Aneignungsgunst höher ist, wenn die Ausstattung gering ist<sup>71</sup>. Besonders 'Provisorien' fordern die kreative Auseinandersetzung der NutzerInnen mit dem Freiraum heraus, denn sie können ihre spezifischen Spuren hinterlassen, sie für sich selbst einrichten und sie sich damit aneignen. Dann erst ist eine umfassende Identifikation mit dem Raum möglich. Auch Kraft<sup>72</sup> stellt fest, daß zur Aneignung des Straßenraumes seine Gestaltung nicht zu starr und unveränderlich sein darf, damit er „eingewohnt und eingelebt“ werden kann und sich urbane Vielfalt entwickeln kann. Jedoch dürfen keine großen, gleichmäßigen Freiflächen ohne einen „sozialen Charakter“ entstehen, wie sie als Abstandsflächen oftmals im Zeilenhausbau existieren. Derartig große, frei einsehbare und unspezifische Flächen bleiben menschenleer, weil ihnen klare Zuordnungen wie öffentlich, gemeinschaftlich, privat fehlen, und dies ruft Verhaltensunsicherheiten hervor. Da AnwohnerInnen sich für solche anonym gestalteten Abstandsflächen nicht zuständig fühlen, entsteht - wieder besonders nachteilig für Frauen - das Gefühl des Verlustes von Sicherheit im öffentlichen Raum<sup>73</sup>. Es ist also notwendig, Freiflächen einen deutlichen Charakter zu verleihen, ohne dies ausschließlich durch nutzungsspezifische Möblierung zu

---

70 Siemonsen / Zauke 1991

71 Vgl. Nohl 1996, S. 43f

72 Vgl. Kraft 1985, S. 110ff

73 Vgl. Simonsen / Zauke 1991, S. 21

erreichen. Gestaltung durch Möblierung kann keine Flächenaneignung erzwingen, sie kann jedoch eine schrittweise Aneignung durch verschiedene BewohnerInnengruppen über Handlungsanreize zulassen, wenn sie einen vielfältigen Umgang gestattet<sup>74</sup>.

Ein häufig auftretender, Urbanität entgegenstehender Fehler ist die Ausstattung des öffentlichen Raumes für spezifische Alters- und NutzerInnengruppen. Ursache hierfür ist die Gestaltung der Stadt durch nur eine Bewohnergruppe, die berufstätigen Männer mittleren Alters, denn vornehmlich diese besetzen diejenigen Posten der Institutionen, die die Stadt am meisten beeinflussen<sup>75</sup>. Die Belange anderer Gruppen gehen dadurch leicht unter. Es reicht nicht, den einzelnen Personengruppen ihre jeweiligen Nischen zu schaffen: Kraft nennt als Beispiel den Kinderspielplatz, der als Bedarf festgesetzt wurde, nachdem das Spielen auf der Straße zu gefährlich wurde. Er ist jedoch nur „Surrogat einer nicht mehr vorhandenen komplexen Spielumwelt für Kinder“<sup>76</sup>. Ein Spielplatz bietet zwar Schutz vor Autos, aber er schwächt eher denn stärkt die Situation von Kindern im städtischen Raum, denn nun können sie immer dorthin verwiesen werden. Der Straßenraum als Spielort und als interessante Umwelterfahrung wird ihnen damit genommen, und sie werden aus der alltäglichen Erwachsenenwelt herausgelöst. Auch andere soziale Gruppen werden, immer unter dem Vorwand der Konfliktvermeidung, in ihre eigenen Räume verwiesen. Nutzungskonflikte sind aber im menschlichen Leben nicht zu vermeiden, sondern im Gegenteil: es ist wichtig zu lernen, sie zu erkennen und auszutragen. Zum Problem werden sie jedoch dann besonders, wenn den BewohnerInnen die Möglichkeit und auch die Zuständigkeit genommen wird, sich damit auseinanderzusetzen. Auseinandersetzung, Einmischung, Konflikt und Mitbestimmung entfallen<sup>77</sup>. Aber gerade diese sind notwendig für ein Heimatgefühl, wie Häußermann und Siebel feststellen: „Zur Heimat wird nur, was Teil der eigenen Person ist; Heimatgefühl ist Ergebnis einer lebendigen Auseinandersetzung mit einer sozialen und baulichen Umwelt. Die eigenen Lebensbedingungen selber bestimmen und gestalten zu

---

74 Vgl. Buchholz / Gröning / Spitthöver 1984, S. 112

75 Vgl. Short 1989, S. 62ff

76 Spengelin / Naumann / Millarg 1989, S. 209

77 Vgl. Kraft 1985, S. 114f

können, ist eine wichtige Vorbedingung dafür, daß man sich zu Hause fühlt“<sup>78</sup>.

Der schleichende Prozeß der Entmischung im öffentlichen Raum bewirkt dessen Bedeutungsverlust. Im Hintergrund stehen grundlegende soziale Prozesse, die Sieverts wie folgt beschreibt: „Neighborliness, with its mutual aid and support, which in earlier times was an absolutely necessary ingredient of life, has long been replaced by nationwide institutions, such as insurance companies, hospitals, the social services and old people’s homes. Communication is no longer of any essential importance, indeed it has become little more than a virtually dispensable sidelight of life in residential areas“<sup>79</sup>. Andererseits zeigen wachsende Anonymität und Vereinsamung von GroßstadtbewohnerInnen, daß der öffentliche Raum mit seinen Begegnungsmöglichkeiten nötiger denn je ist. Jedoch sind die Anknüpfungspunkte verlorengegangen, über die man mit NachbarInnen oder PassantInnen ins Gespräch kommen könnte. Es muß Anlässe geben, auf die Straße zu gehen, zu schauen und sich zu beteiligen.

Die Öffentlichkeit des Stadtraums kann erreicht werden, indem er nicht mit eindeutigen Nutzungen belegt wird. Dadurch kann er temporär durch BenutzerInnen vereinnahmt werden. Dazu gehört auch, daß seine Möblierung sparsam eingesetzt werden muß. Diese soll deshalb ganz zum Schluß genannt werden. Bei der Möblierung des öffentlichen Raumes wird allzuoft nur auf das äußere Erscheinungsbild geachtet und die eigentliche Funktion vernachlässigt, wie es auch beim Hauskauf geschieht: „Increasingly we find that people are only buying the outward appearance - the quality of the floor plan and the orientation to the sun is no longer of importance“ zitiert Sieverts einen Bauunternehmer<sup>80</sup>. Da die Städte zur Zeit einen Konkurrenzkampf um gutbezahlte ArbeitnehmerInnen führen, ist abzusehen, daß es zu verstärkten Forderungen nach gutem Design der Abstandsflächen und durchgestyltem öffentlichen Raum wie Straßen und Plätzen kommen wird. „In Anbetracht der prekären finanziellen Lage der Städte und der ungleichen Verteilung von Macht in den Städten ist es nicht schwer sich vorzustellen, wo das Geld für Landschaftsgestaltung und ‘Redesigning’ investiert werden wird“<sup>81</sup>.

---

78 Häußermann / Siebel 1987

79 Sieverts 1986, S. 178

80 Vgl. ebd. S. 184

81 Sieverts 1986, S. 184

#### 4.2.2 Raum-Zeit-Faktor

Es stellt sich angesichts der aufgezählten baulichen Maßnahmen die Frage, wie urbaner Raum durch die BewohnerInnen angenommen wird. Peters behauptet, daß auf dem Weg zu Urbanität „Vielfalt und Chaos als wesentliches Strukturelement“<sup>82</sup> der Stadt akzeptiert werden müssen, um dem Wesen der Stadt gerecht zu werden. Planung müsse Räume offen lassen, die die Wahlfreiheit der StädterInnen erhalten und die Wandlungsfähigkeit bzw. Anpassungsfähigkeit der Stadt ermöglichen. Urbanität entstehe dann nicht allein durch bauliche Maßnahmen, sondern erst durch die Aneignung des Stadtraumes durch die BewohnerInnen bzw. deren Identifikation mit ihrem Quartier. Von besonderer Bedeutung für die Urbanität einer Stadt sei dabei, wie fehlerfreundlich und damit umbaubar sich die Planung erweist. Auch Wiegand ist dieser Meinung: „Das Offenhalten einer Lösung für Anpassungen muß bei den neuesten Planungen auch nach deren Realisierung in einem gewissen Umfang gegeben sein. Neue Wohnsiedlungen oder Sanierungen eines Quartiers z.B. sollten rechtlich und räumlich Veränderungen erlauben“<sup>83</sup>. Urbanität ist demnach ein Prozeß, der Raum *und* Zeit braucht. Es darf bei der Planung dann nicht um ein „Bild der gebauten Stadt“, also um einen Endzustand gehen, sondern um einen „Prozeß des städtischen Werdens“. Die Planung von ‘fertiger’ Urbanität ist nicht möglich. Es können jedoch räumlich-bauliche Voraussetzungen für die Urbanität eines Viertels geschaffen werden, dessen Urbanität aber erst durch die StadtbürgerInnen lebendig werden kann, denn „Urbanität ist Ergebnis sozialer Prozesse, sie braucht Zeit, um sich zu entfalten“<sup>84</sup>.

Daß Urbanität eng mit sozialen Prozessen zusammenhängt, zeigt auch eine Studie des Umweltsoziologen Schluchter, Universität Cottbus<sup>85</sup>. Danach beteiligten sich 62% der BewohnerInnen einer Trabantenstadt aktiv an der Planung und Umsetzung von Wohnumfeldverbesserung bei 50 Sitzungen in einem Jahr. Die Grundstimmung stieg dabei von Umfrage zu Umfrage. Möglichkeiten, die Wohnsituation aktiv zu gestalten und zu verbessern, steigern demnach deutlich das persönliche Wohlbefinden im Quartier.

---

82 Peters 1995 (ohne Angabe von Seitenzahlen)

83 Wiegand 1981, S. 105

84 Siebel 1994, S. 7

85 Silvanus 1996

Das Forschungsprojekt „The Residential Areal Bond“<sup>86</sup> befaßte sich mit der Frage, ob Ungebundenheit als Grundkonstante des heutigen Lebens anzusehen sei oder ob doch örtliche Verbundenheit auch in den großen Wohnagglomerationen für einen großen Teil der Menschen eine Grundform der Vergesellschaftung darstelle. Zum Zusammenhang zwischen ‘Ortsbezogenheit’ und ‘Zeitfaktor’ wurde dabei festgestellt, daß die Beziehung zur kleineren regionalen Einheit, dem Bezirk oder dem Quartier, mit dem Zeitablauf verknüpft ist: je länger die Wohndauer am Ort, desto stärker die Bindung an ihn. Jedoch: Ortsbezogenheit, also die Verbundenheit mit der kleineren regionalen Einheit, ist ‘gelernt’, denn eine Zunahme dieser Bindungen ist nur bei Personen festzustellen, die nicht schon immer im Bezirk ansässig waren. Ortsbezogenheit wird danach daher überhaupt erst bedeutsam, wenn der ständige Aufenthaltsort gewechselt wird. Die Identifizierung von BewohnerInnen mit ihrem Quartier entsteht also hauptsächlich durch aktive Aneignung. Die Konsequenz aus diesen Erkenntnissen muß demnach sein, daß den BewohnerInnen zur Stärkung der Urbanität Möglichkeiten für eine aktive Aneignung ihres Quartiers gegeben werden müssen.

### 4.2.3 BürgerInnenpartizipation

Daß Partizipation für die Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Quartier bzw. mit ihrer Stadt wichtig und notwendig ist, wurde in den vorigen Abschnitten deutlich. Sie soll hier deshalb noch einmal besonders betont werden, auch wenn sie nicht zu den baulich-räumlichen Elementen des öffentlichen Raumes gehört, auf die sich Kap. 3 hauptsächlich beschränkte. Fast alle der in diesem Kapitel zitierten AutorInnen räumen der BürgerInnenbeteiligung eine besonders wichtige Stellung in der Stadtplanung ein, denn es geht um „Mechanismen, die Bürger wieder in nähere Verbindung zu ihrem Gemeinwesen und damit zu mehr Eigenverantwortung zu bringen“<sup>87</sup>. Speer formuliert dies sehr deutlich<sup>88</sup>: „Wie kann man die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt erwarten, wenn diese an der Veränderung und Entwicklung ihrer Stadt nicht entscheidend beteiligt sind? ... Eine mündige Gesellschaft hat ein Mitspracherecht an der Planung der Zukunft“, dabei sollten ganz unterschiedliche Beteiligungsformen gefördert werden, die zu einer Aktivierung beitra-

---

86 Thum 1981, S.66

87 Böhme 1993

88 Speer 1992, S. 80f und S. 48

gen können: Bürgerversammlungen, Stadtteilbeiräte, Sanierungsgemeinschaften, Mieterräte, Eigentümergemeinschaften, Bildung von Aktionsgemeinschaften und Bürgerinitiativen, Lehrgänge an Volkshochschulen, Kirchen und Gewerkschaften, Ausstellungen und Planspiele und besonders die Planungszelle („Als Staatsveranstalter in Anspruch genommen zu werden, ist interessant und schafft Identität“)<sup>89</sup>. Das mindeste jedoch, was die Stadtverwaltung zur Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Quartier beitragen kann, ist eine bürgernahe Stadtteilverwaltung, indem sie Bürgerbüros als Anlaufstelle einrichtet, die die Anliegen der BürgerInnen ernst nehmen<sup>90</sup>.

Vor allem bei der Neugestaltung von Freiraum ist der Einbezug der QuartiersbewohnerInnen notwendig, da er eine „stärkere Identifikation der BewohnerInnen mit den räumlichen Veränderungen, die nicht nur für eine spätere Inanspruchnahme bedeutsam sein kann“<sup>91</sup>, bedeuten würde.

Eine stärkere Einbeziehung der betroffenen BewohnerInnen setzt jedoch ein verändertes Planungsverständnis voraus: „Je fremder dem professionellen Gestalter die Lebenswelt der Nutzer ist ..., desto eher ist er geneigt, anstelle nutzerorientierter Lösungen für die Betroffenen solche zu realisieren, die seinen eigenen Vorstellungen und Orientierungen am nächsten kommen“<sup>92</sup>. Die Einbeziehung von BürgerInnen in den Planungsprozeß bedeutet dann ein *Einlassen* der PlanerInnen auf die Bedürfnisse der späteren NutzerInnen.

### 4.3 Urbaner öffentlicher Raum

Der öffentliche Raum wird von unterschiedlichen Faktoren verschiedener Ebenen beeinflusst. Auf der baulich-räumlichen Ebene wird die Qualität des öffentlichen Raumes je nach der Ausprägung der baulichen und demographischen Dichte, der Form, der Gestaltung und des Alters der Gebäude sowie der Art der Gebäudenutzung beeinträchtigt oder gefördert. Von besonderer Bedeutung ist die Schnittstelle Gebäude (privater Raum) - Straße (öffentlicher Raum), die bei qualifizierter baulicher und sozialer Dichte sowie verschiedenartiger Gebäudenutzung viele Möglichkeiten zur Begegnung zwi-

---

89 Vgl. Dienel 1996, S. 10

90 Vgl. Weber 1996

91 Buchholz / Gröning / Spitthöver 1984, S. 124

92 Ebd. S. 125

schen den BürgerInnen (Sozialkontakte) bietet<sup>93</sup>. Diese werden zusätzlich durch Umstände wie Sicherheit der NutzerInnen und Reglements zur Nutzung des Freiraumes beeinflusst.

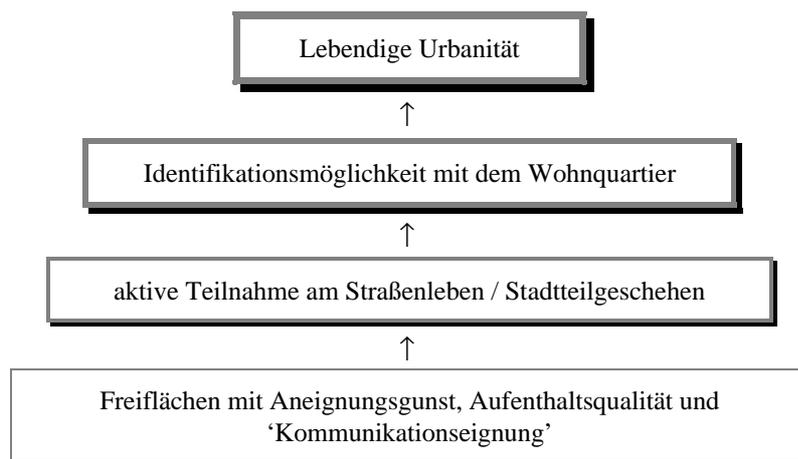
Besonders wichtig ist das Vorhandensein von Möglichkeiten zur Aneignung des öffentlichen Raumes durch alle StadtbewohnerInnen. Dies ist eine Voraussetzung für den emanzipatorischen, identitätsstärkenden Umgang der BewohnerInnen mit 'ihrem' Quartier. Eine aktive Auseinandersetzung mit dem Geschehen im Quartier bedeutet eine höhere Identifikation mit dem Wohnumfeld, was zu vermehrtem Interesse und Fürsorge für das Quartier beitragen kann. Dadurch können die BewohnerInnen sensibilisiert werden für soziale und ökologische Belange. Eine Quartiersentwicklung, die auf mehr Urbanität abzielt, kann also ein Baustein für die Einführung einer nachhaltigen Entwicklung sein. Es muß allerdings betont werden, daß durch diese Veränderungen des öffentlichen Raumes das Verhalten der StadtbürgerInnen weder direkt gesteuert werden kann noch sollte. Urbaner öffentlicher Raum kann jedoch den Prozeß der Emanzipation der StadtbürgerInnen unterstützen (vgl. unten Abb. 9).

Die für BewohnerInnen wie Fachleute „überschaubare Ebene des Stadtteiles“ gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung, weil dort die ökologischen und sozialen Probleme hautnah erlebt werden. Aus diesem Wissen heraus können sich „neue Formen lokaler Öffentlichkeit mit allen Chancen für Solidarisierung und Interessenartikulation“ bilden<sup>94</sup>.

---

93 Vgl. Feldtkeller 1994, S. 14f und Spiegel 1983, S. 84

94 Vgl. Herlyn 1992, S. 249



↑ lies: „trägt bei zu“

Abb. 9: Zusammenhänge Freiraumqualitäten und Urbanität<sup>95</sup>

## **5 Der urbane Raum des Komponistenviertels (Berlin-Weißensee)**

Zur Verdeutlichung der theoretischen Überlegungen zum urbanen öffentlichen Raum sollen die aufgestellten Kriterien an einem Beispiel aus der Praxis angewendet werden.

### **5.1 Das Plangebiet**

Wie sich in der Bestandsanalyse zeigen wird, ist das Sanierungsgebiet Komponistenviertel (Berlin-Weißensee) ein Viertel mit vielschichtigen Entwicklungspotentialen. Es handelt sich um ein Gebiet mit Bebauung vorwiegend aus dem ausgehenden 19. Jhd., das in Bebauung und Bevölkerung gewachsene Strukturen aufweist, deren Qualitäten es im Zuge der Sanierung zu erhalten gilt. Durch mein Elternhaus bin ich mit Ost- und Westberlin verbunden, so daß es für mich ein persönliches Anliegen war, mich in meiner Diplomarbeit mit einem Berliner Stadtviertel zu beschäftigen. Gerade jetzt ist Berlin besonders unter stadtplanerischen Aspekten spannend als Stadt, in der Ost und West innerhalb einer Stadt zusammenwachsen müssen.

Die Sanierung des Komponistenviertels wird als Modellvorhaben im Forschungsfeld Nutzungsmischung des 'Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus' durch die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung wissenschaftlich begleitet. Die Erforschung von und die Planung in nutzungsgemischten Gebieten geschieht heute vorwiegend unter dem Aspekt Funktionsmischung von Wohnen, Arbeiten, Versorgen, also Nutzungen in Gebäuden, jedoch gehört auch die Funktion von Grundstücken als 'öffentlicher Raum' / 'Freiraum' zur Nutzungsmischung eines Quartiers. Die Bestandsanalyse zeigt, daß die Gebäudenutzungen im Sanierungsgebiet relativ vielfältig sind, die Funktion 'nichtinstitutionelle Freizeit' ist jedoch im Plangebiet unterrepräsentiert. Wie die Freiraumplanung in diesem Gebiet zur Ausbildung eines urbanen Raumes beitragen kann, wird in diesem fünften Kapitel Gegenstand der Untersuchung sein.

Das Sanierungsgebiet 'Weißensee - Komponistenviertel' liegt ca. 3 km nordöstlich des Alexanderplatzes im Bezirk Weißensee (s. Abb. 10). In dieser Ar-

beit werden die Grenzen des Komponistenviertels als aus den Voruntersuchungen zur Sanierung übernommen.



Abb. 10: Lage des Sanierungsgebietes in Berlin<sup>1</sup>

## 5.2 Die Entwicklung des Viertels<sup>2</sup>

Zum Verständnis der dem Viertel heute eigenen sozialen und baulich-räumlichen Prägung ist die Kenntnis seiner historischen Entwicklung wichtig.

### 5.2.1 Die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg

Das Straßendorf Weißensee wurde wahrscheinlich im 13. Jhd. am Nordostufer des Weißen Sees nordöstlich von Berlin gegründet und wechselte bis

<sup>1</sup> Kartengrundlage: Weißenseer Bezirkskarte 1995

<sup>2</sup> Nach Nitschke 1989, S. 23ff und Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen Berlin 1993

zum 19. Jhd. wie das dazugehörige Rittergut oftmals die Besitzer. 1823 bis 1905 bestand Weißensee aus der Gemeinde selbst und dem Gutsbezirk südöstlich des Weißen Sees. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, in der sogenannten Gründerzeit, setzte die Entwicklung Weißensees zum Berliner Arbeiterwohn- und Industrievorort ein. Im Gutsbezirk (ab 1880 Gemeinde Neu-Weißensee) bildeten sich zwei Siedlungskerne heraus, und zwar einmal das 'Gründerviertel' (Benennung der Straßen nach 'Gründern' des Viertels<sup>3</sup>) an der 'Weißenseer Spitze'<sup>4</sup> und das 'Französische Viertel' (die Benennung der Straßen erfolgte zunächst nach Orten von Schlachten im Deutsch-Französischen Krieg; heute 'Komponistenviertel') am Nordwesthang des sog. 'Karnickelberges'. Die beiden Viertel entwickelten sich zunächst räumlich getrennt, wuchsen dann aber aufeinander zu (s. Abb. 11).

1872 entstanden in der heutigen Bizetstraße auf freiem Felde die ersten Gebäude (zwanzig viergeschossige Mietshäuser) mit einfachster Innenausstattung und schmucklosen Fassaden. Die in den 80er und 90er Jahren entstandenen Gebäude dagegen weisen zunehmend Balkone, Erker, Gesimse und eine reichhaltige Fassadengliederung auf. Viele Eckgebäude erhielten einen erhöhten Dachraum als besonderes Gestaltungselement. Zur Abschirmung der Erdgeschosse von der Straße wurden Vorgärten angelegt.

1875 wurde in Weißensee südlich vom Französischen Viertel auf dem 'Karnickelberg' der Jüdische Friedhof angelegt, heute einer der größten Europas.

Ab 1885 entstanden die ersten kleineren und mittleren Industriebetriebe, deren Fabrikgebäude teilweise heute noch gewerblich oder als Wohnungen genutzt werden.

---

<sup>3</sup> Einer der maßgeblichen 'Gründer' Weißensees war Johann Eduard Langhans (1835 - 1905). Er hatte schon in Hamburg Erfahrungen mit der Entwicklung neuer Stadtteile gemacht und widmete sich ab 1870 dem Aufbau von Weißensee. Vgl. Nitschke 1989, S. 112

<sup>4</sup> Bezeichnung für Flurstücke zwischen Heinersdorfer Straße und Gustav-Adolf-Straße an ihrer Einmündung in die Prenzlauer Allee

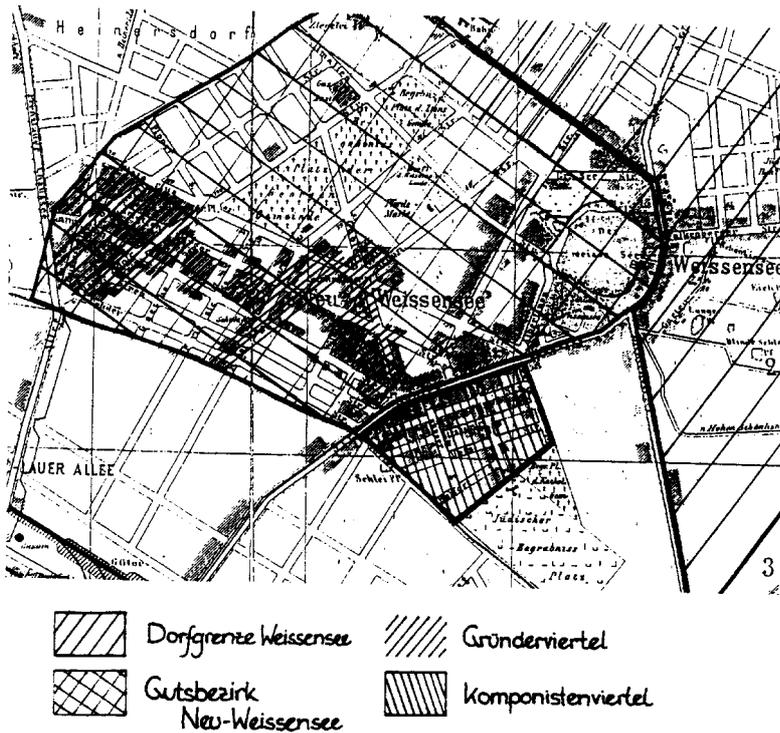


Abb. 11: Siedlungskerne Gründer- und Komponistenviertel (ehem. Frz. Viertel)<sup>5</sup>. Grenzen zwischen Gemeinde und Gutsbezirk bis 1905<sup>6</sup>

Bis Ende des Jahrhunderts gab es eine Gasanstalt, ein Wasserwerk und Kanalisation sowie ein Elektrizitätswerk. Den neuen Vorort besiedelten vor allem Berliner Arbeiter, die dem Mietwucher in der Hauptstadt hatten weichen müssen. Die Anzahl der Einwohner erhöhte sich von knapp 500 (1871) auf ca. 34 500 (1900) Einwohner, 1919 waren es schon knapp 46 000 Einwohner, die Zahl hatte sich in diesem Zeitraum also fast verhundertfacht.

<sup>5</sup> Kartengrundlage: Pharus Verlag, Berlin 1902

<sup>6</sup> Heimatmuseum Weißensee: Plan von Berlin 1892. Nachdruck

1905 wurden die beiden Gemeinden Weißensee und Neu-Weißensee zur Gemeinde Weißensee bei Berlin (ab 1912 Berlin-Weißensee) zusammengelgt. Nach der Vereinigung nahm auch das bisherige (Alt-)Weißensee durch verdichteteres Bauen und Gewerbeansiedlungen immer mehr städtischen Charakter an. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges entstanden drei Viertel: Gründer-, Mosel- und Französisches Viertel. Der Antonplatz an der Berliner Allee entwickelte sich zum zentralen Geschäfts- und Verkehrspunkt des Stadtteiles.



Abb. 12: Ansicht der Königschaussee (heute Berliner Allee) zu Beginn des 20. Jhds.<sup>7</sup>

Im Zweiten Weltkrieg wurden besonders um den Antonplatz herum große Teile der vorhandenen Bausubstanz zerstört. Die dadurch entstandenen Baulücken werden zum großen Teil erst heute geschlossen.

<sup>7</sup> Heimatmuseum Weißensee, Historische Postkartensammlung

### 5.2.2 Die Entwicklung des Viertels zu Zeiten der DDR

In den 50er Jahren wurden im Rahmen der Wiederaufbauprogramme der DDR viergeschossige Wohnzeilen sehr geringen Wohnstandards in mehreren Blöcken errichtet. Diese nehmen die vorhandene Gebäudestruktur nur bedingt auf, denn die bis dahin kleinteilig parzellierten Grundstücke wurden zu größeren Einheiten zusammengefaßt.

1951 wurde das Französische Viertel im Zuge der Beseitigung von mehrfach vorkommenden Straßennamen im Stadtgebiet Berlins zum Komponistenviertel, indem die Straßen nach Komponisten umbenannt wurden. Eine Ausnahme bildet die Herbert-Baum-Straße<sup>8</sup>, die zum Jüdischen Friedhof führt.

In den 60er Jahren wurde eine Modellsanierung eingeleitet (Block Nr. 99), in der eine relativ behutsame Erneuerung versucht wurde. Die beabsichtigte Blocksanierung ist jedoch nur zur Hälfte ausgeführt worden, wahrscheinlich wegen der in dieser Zeit einsetzenden verstärkten Orientierung auf den 'komplexen Wohnungsbau'.

Von Mitte der 60er Jahre an konzentrierten sich die Wohnungsbauaktivitäten der DDR fast ausschließlich auf Neubaugebiete an der Stadtperipherie Berlins, in Altbaugebieten wurden nur kleinere Instandsetzungsarbeiten ausgeführt. Es wurden u.a. Außenwände mit Kratzputz anstelle der Stuckfassaden versehen, Vorgärten beseitigt und schadhafte Balkone entfernt. Insgesamt verschlechterte sich der Zustand der Gebäudesubstanz zunehmend, da die Einzelmaßnahmen nicht ausreichten. Erst in den 80er Jahren wurden vereinzelt Rekonstruktionsmaßnahmen durchgeführt, sie konnten jedoch den weiteren Verfall nicht aufhalten. 1988 wurde beschlossen, im Komponistenviertel einen großen Teil der vorhandenen Wohngebäude abzureißen und durch Plattenbauten zu ersetzen. Noch 1990 wurden historisch wertvolle Gebäude wegen zu hoher Erhaltungskosten gegen den Widerstand des Bezirkes abgerissen.

Die mehr als hundertjährige Geschichte des Stadtviertels ist in Architektur, Stadtgestalt und Nutzungsstruktur auch heute noch ablesbar<sup>9</sup>. Altbauten von

<sup>8</sup> Herbert Baum, 1912-1942, jüdischer Herkunft. Aufbau einer Widerstandsgruppe 1936. Nach einem Brandanschlag auf eine nationalsozialistische Hetzausstellung Festnahme durch die Gestapo. Tod durch Mißhandlungen im Polizeigefängnis. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Weißenseer Jüdischen Friedhof. Vgl. Nitschke 1989, S. 92

<sup>9</sup> Vgl. SPAS 1993, S. 69

vor 1919 machen ca. 86% des Gebäudebestandes aus, Neubauten (seit 1945) ca. 10%.

### 5.2.3 Die Entwicklung seit 1991

Nach der Durchführung der Vorbereitenden Untersuchungen seit 1992 nach § 141 BauGB (Untersuchungsgebiet 1804 mit 54,3 ha) ist im November 1994 das Komponistenviertel (mit verbleibenden 49,6 ha) als eines von elf Sanierungsgebieten Berlins förmlich festgelegt worden (§142 BauGB) <sup>10</sup>.

Es wurde nicht nur das Komponistenviertel in die Sanierung genommen, sondern auch einige Blöcke des Gründerviertels nördlich der Berliner Allee. Diese Grenzziehung war deshalb notwendig, weil die Berliner Allee für die ihr nördlich und südlich gelegenen Blöcke die Funktion eines lokalen Zentrums ausübt und sich somit eine stadträumliche Verflechtung des Komponistenviertels mit dem Gründerviertel ergibt.

## 5.3 Bestandsanalyse

Vor der Festlegung des Komponistenviertels als Sanierungsgebiet wurden 1992/93 Vorbereitende Untersuchungen nach § 141 BauGB durchgeführt. Zur Bestandsanalyse können nicht nur Daten dieser städtebaulichen Untersuchung, sondern auch der Sozialstudie (gemäß der SozPLRL von 1985) durch die SPAS<sup>11</sup>-Mieterberatung herangezogen werden, so daß in vielen Bereichen nicht nur eine Einschätzung von StadtplanerInnen, sondern auch eine aus der Sicht der BewohnerInnen vorliegt.

Die Bestandsaufnahme und -analyse bezieht sich modifiziert auf die in Kap. 4 aufgestellten Kriterien für einen urbanen Raum. Der diesbezügliche baulich-räumliche Bestand wie auch die Mängel und Potentiale werden in Abb. 30 dargestellt.

### 5.3.1 Die Bebauung und ihre Nutzungen

**1. Bauungsformen und -dichte:** Die Bauungsform im Plangebiet ist ausschließlich die Blockbebauung: Das Komponistenviertel südlich der Ber-

---

<sup>10</sup> Senatsverwaltung Berlin 1994

<sup>11</sup> Verein für Sozialplanung und angewandte Stadtforschung Kreuzberg (Süd) e.V.

liner Allee wird fast durchgehend durch zwei- bis fünfgeschossige Blockrandbebauung geprägt (vgl. Abb. 13), während nördlich der Berliner Allee auch sogenannte 'Handwerkerhäuser' (Einfamilienhäuser) stehen (vgl. Abb. 14).

Das Sanierungsgebiet ist überwiegend durch ein fast rechtwinkliges Straßennetz in 25 Blöcke unterteilt. Die Bebauungsdichte schwankt im Vergleich der Blöcke untereinander zwischen Geschosßflächenzahlen (GFZ) von 0,7 und 2,0, innerhalb der Blöcke zwischen 0,1 und 3,3<sup>12</sup>. Der relativ niedrige Mittelwert (GFZ von 1,2) läßt den Eindruck entstehen, daß es sich um ein nicht besonders stark überbautes Gebiet handelt. Jedoch wird die relativ starke Überbauung durch eine hohe Anzahl von Brachflächen und Baulücken aufgelockert: Nur wenige Blöcke weisen eine geschlossene Randbebauung auf. Insgesamt erreicht die Bebauungsdichte eine qualifizierte städtische Dichte, z.B. ist die Wohnbebauungsdichte ausreichend, um gute Anbindungen durch den ÖPNV gewährleisten zu können<sup>13</sup>. Einzelfallbetrachtungen von Grundstücken zeigen jedoch vor allem in Blockinnenbereichen eine zu starke Überbauung. Gleichzeitig existieren vor allem in Blockrändern Baulücken. Solche Baulücken sind ein großes Potential für das Komponistenviertel: Es muß im Einzelfall entschieden werden, ob Baulücken im Blockrand geschlossen werden sollten oder ob sie als Öffnung des Blockes, für Grünbereiche oder spätere, noch nicht abzusehende Bedarfe erhalten bleiben sollten.

---

<sup>12</sup> Vgl. complan 1994, S. 18

<sup>13</sup> Die Anbindung des Viertels an das öffentliche Verkehrsnetz (Busse, Straßenbahn, Stadtbahn) ist sehr gut und wird auch von den BewohnerInnen als ausreichend bewertet.



*Abb. 13: Blockrandbebauung im Komponistenviertel (Bizetstraße)*



*Abb. 14: Handwerkerhaus im Gründerviertel (Parkstraße)*

Die Bebauung hält im allgemeinen die ursprünglichen Fluchtlinien ein, wodurch gerade Straßen mit abgeschlossenen Raumkanten entstehen. Damit wird nicht auf Straße als erlebbaren Raum wie z.B. beim Zeilenbau verzichtet. Auch ist die Quartiersbebauung dicht genug, um 'positiven', städtischen, öffentlichen Raum zu bilden, auch Wohnungen sind zur Straße hin ausgerichtet. Viele Menschen nutzen diesen Vorteil, um vom Fenster aus das Leben auf der Straße zu beobachten (vgl. Abb. 15).



Abb. 15: *'Natürliche Besitzer der Straße' (Solonplatz)*

Einige Gebäude halten nicht die aus der Gründerzeit vorgegebenen Raumkanten ein. Dabei handelt es sich vorwiegend um Bauten aus den 60er Jahren: die Schule in Block 102 sowie Wohngebäude in Block 112 (Puccinistraße).

**2. Der Zustand der Gebäudesubstanz** weist zu einem großen Teil erhebliche Schäden auf. In mehr als zwei Drittel aller Wohnungen sind mittlere und umfangreiche Modernisierungs- bzw. Instandsetzungs-Maßnahmen erforderlich, 60 % der gewerblich genutzten Gebäude weisen mittlere bis schwere Schäden auf<sup>14</sup>.

---

<sup>14</sup> Senat von Berlin 1994, S. 276

**3. Der Wohnungsspiegel** (Abb. 16) entspricht nicht dem Bedarf. Es überwiegen eindeutig Wohnungen mit 1 bis 2 Zimmern, nur sehr wenige Wohnungen weisen 3 oder mehr Zimmer auf.

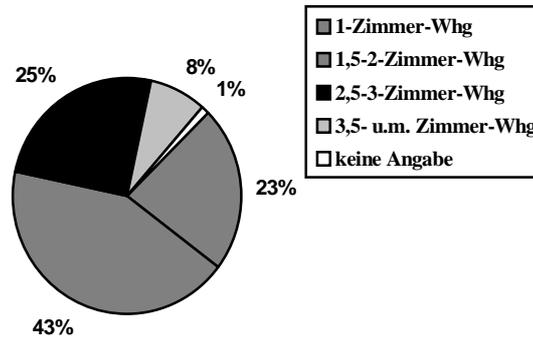


Abb. 16: Wohnungsspiegel

So gibt es zu wenige größere, für Familien oder Wohngemeinschaften geeignete Wohnungen. Dementsprechend ist der Altersdurchschnitt des Viertels höher als der Weißensees oder Berlins und die durchschnittliche Haushaltsgröße klein (vgl. Abb. 26 und 27).

**4. Fassadenabwicklungen:** Durch die Mischung der Baualter, die kleinparzellierte Bebauung und die unterschiedlichen Traufhöhen ergeben sich abwechslungsreiche, interessante Fassadenabwicklungen. Ausnahmen bilden wieder die Blöcke 93 (Meyerbeerstraße), 108 (Borodinstraße) und 112 (Gounodstraße und Puccinistraße), deren Fassaden im Verhältnis zur restlichen Bebauung gleichförmig wirkt. Die Prägung des Plangebiets durch die typische rasterförmige Blockbebauung mit dem zwei- bis fünfgeschossigen Geschoßwohnungsbau bietet das Bild eines zusammenhängenden Quartiers mit eigener Identität, denn die Geschichte des Viertels ist an seiner Bebauung noch gut ablesbar (vgl. Abb. 17).

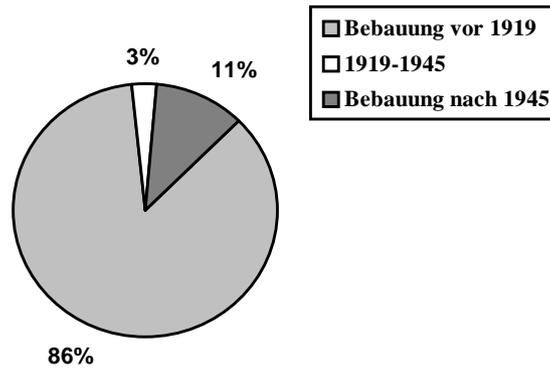


Abb. 17: Gebäudealter<sup>15</sup>

Darunter sind ca. 16 % 'Rekonstruierte Altbauten'. Seit 1991 sind rund ein Dutzend Neubauten hinzugekommen.

Es stehen von jeder Bauungsperiode seit 1871 noch Gebäude, die zum größten Teil in die vorhandene Bebauung eingegliedert sind. Ausnahmen sind einige Gebäude aus den 60er Jahren, die ohne Zusammenhang zur vorhandenen Struktur gebaut wurden (zurückgesetzter Geschößwohnungsbau in Block 112, der nicht in das Sanierungsgebiet aufgenommen wurde, Schule in Block 102). Diese Gebäude aus der Zeit der DDR fungieren aber inzwischen wie alle anderen historischen Gebäude als Zeitzeugen. Die Wohnungen aller 'Zeitzeugen' müssen jedoch bewohnbar sein, wobei unterschiedliche Ausbaustände belassen werden können. Sie sollten allerdings heutigen Mindeststandards (vor allem in bezug auf Belichtung, Belüftung, sanitäre Anlagen) gerecht werden.

**5. Anordnung der Bebauung:** Insgesamt ist der öffentliche Raum im Viertel durch seine Eindeutigkeit und Vielfältigkeit in Gestaltung und Anordnung der Bebauung ein für FußgängerInnen gut gestalteter Raum.

**6. Nutzungsmischung:** Insgesamt hat das Sanierungsgebiet einen hohen Anteil an gewerblicher Nutzung (vgl. Abb. 18).

<sup>15</sup> Tabelle nach Daten der SPAS 1993, S. 82

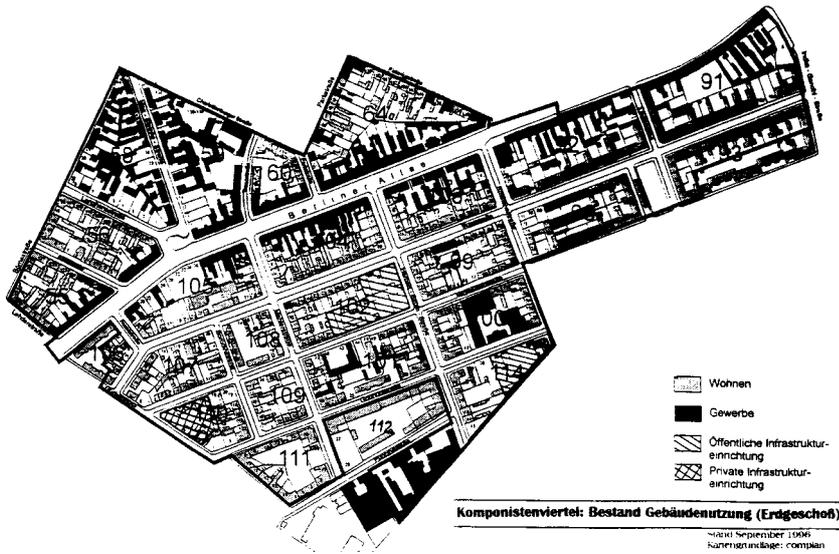


Abb. 18: Bestandskarte 'Gebäudenutzung' (Erdgeschoß)<sup>16</sup>

Die Möglichkeiten für verschiedene öffentliche wie private Nutzungen sind durch das kleinräumige Nebeneinander von Gewerbe- und Wohnraum auf Block-, Grundstücks- und Gebäudeebene gegeben. Es besteht jedoch die Gefahr eines seit der Wende steigenden gewerblichen Umnutzungsdruckes auf Wohnungen (besonders im Bereich der Berliner Allee und ihrer Seitenstraßen) sowie der Vertreibung von alteingesessenen Handwerks- und Versorgungsbetrieben durch westliche Filialen ('Filialisierung'), wodurch das 'gebietstypische' Angebot an Waren verkleinert wird. Insgesamt haben sich die Möglichkeiten der Versorgung in den letzten Jahren verbessert, so daß eine Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern des täglichen Bedarfes ohne Auto möglich ist. Die Versorgungsmöglichkeiten werden auch von den BewohnerInnen überwiegend positiv bewertet. Einschränkend wird jedoch gesagt, daß die Qualität durch das hohe Verkehrsaufkommen stark beeinträchtigt wird. Besonders die Berliner Allee und die Langhansstraße mit ihren

<sup>16</sup> Kartengrundlage: complan. Nach eigener Begehung ergänzt übernommen von der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen 1993, Karte „Stadterneuerung in Weißensee“.

relativ schmalen Bürgersteigen werden als eine Einschränkung der Attraktivität beklagt, zudem gefährden Lieferverkehr und auch Kurzparker immer wieder die FußgängerInnen<sup>17</sup>.

Die folgende Tabelle (Abb. 19) zeigt, daß die einzelnen Gewerbebranchen eine unterschiedliche Entwicklung verzeichnen: Industrie und Handwerk müssen starke Verluste verbuchen, während Einzelhandel und Dienstleistungen zunehmen.

	Bestand 1991/92		Bestand 1992/93		Veränderungen	
<b>Industrie</b>	10	(2,6%)	8	(1,8%)	-2	(-0,8%)
<b>Handwerk</b>	126	(32,3%)	98	(20,4%)	-28	(-11,9%)
<b>Einzelhandel</b>	106	(27%)	142	(29,6%)	+36	(+2,7%)
<b>Dienstleistungen</b>	89	(22,8%)	148	(30,9%)	+59	(+8,1%)
<b>Sonstige, auch Leerstand</b>	59	(15,1%)	83	(17,3%)	+24	(+2,2%)

Abb. 19: Branchenentwicklung<sup>18</sup>

Insgesamt sind die Zunahmen also bei eher wohnfunktionsfreundlichen Nutzungen zu finden, durch die der öffentliche Raum positiv belebt werden kann, da Ladenfenster von Einzelhandelsläden wie auch von den meisten Dienstleistungsgeschäften für FußgängerInnen interessant sind und deren Angebot für rege Benutzung des Bürgersteiges sorgt.

Im ganzen gesehen dominiert die Wohnfunktion, jedoch finden sich bei blockweiser Betrachtung der Nutzungsarten Unterschiede: Die Blöcke 58, 59 und 113 sind ganz mit Gewerbe durchmischt, in den restlichen an die Berliner Allee angrenzenden Blöcken findet sich Gewerbe hauptsächlich an der ihr zugewandten Seite, in den übrigen 13 Blöcken existiert nur vereinzelt Gewerbe. Einige gewerbliche Nutzungen verursachen Konflikte mit der Funk-

<sup>17</sup> Vgl. SPAS 1993, S. 128

<sup>18</sup> Nach complan 1994, S. 48

tion Wohnen, z.B. ein Altmetallhändler in Block 99 (Meyerbeerstraße) durch Lkw-Verkehr und Lärmemissionen.

Die SPAS nutzte die BewohnerInnenbefragung auch, um die Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zu erfragen, die in einem nutzungs-gemischtem Quartier relativ gering ausfallen müßte. Ein großer Teil der Bewo-hnerInnen scheidet aus Altersgründen für diese Befragung aus. Von den verbleibenden Haushalten beurteilt ein sehr großer Anteil von mehr als zwei Dritteln der Befragten die Nähe des Wohnquartiers zum Arbeitsort als beson-ders positiv.

Die BewohnerInnen beurteilen die Freizeitmöglichkeiten im Quartier recht positiv. Gründe hierfür müssen in der nahen Lage des Parkgeländes des Wei-ßen Sees, im Kulturhaus 'Peter Edel' und dem Kino 'Toni' am Antonplatz gesehen werden, denn weitere Angebote sind nicht vorhanden. Öffentliche Einrichtungen für SeniorInnen wie auch für Jugendliche fehlen vollständig.

### 5.3.2 Freiräume

Die mit Punkten markierten Einzel- oder exemplarischen Bereiche in der Be-standskarte der Freiraumcharaktere und -nutzungen (Ausschnitt s. Abb. 30<sup>19</sup>) beziehen sich auf folgende Mängel und werden im Text unten erklärt:

- ①: Mängel in der Aufenthaltsqualität des Antonplatzes, nördlicher Teil
- ②: Mängel in der Aufenthaltsqualität des Antonplatzes, südlicher Teil
- ③: Funktionale Mängel im Straßenraum der Berliner Allee
- ④: Verkehrsbelastung Bizetstraße und Meyerbeerstraße
- ⑤: Funktionale und gestalterische Mängel der Bürgersteige (besonders an Kreuzungen)

## 1. Größe und Angebot an unterschiedlichen Freiräumen

Die Bestandskarte der Freiraumcharaktere (Ausschnitt s. Abb. 30) zeigt, daß das Komponistenviertel verschiedene Freiräume unterschiedlichen städtebau-lichen und sozialen Charakters aufweist. Die Anordnung der Bebauung in

---

<sup>19</sup> Die Originalkarte im Format DIN A 3 wurde aus drucktechnischen Gründen in dieser Ausgabe auf einen repräsentativen Ausschnitt reduziert, so daß nicht alle Punkte wieder-gegeben werden konnten.

Form von Blockrandbebauung ist weitgehend erhalten und ergibt eine klare Trennung von öffentlichem und privatem bzw. gemeinschaftlichem Raum. Dadurch werden eindeutige soziale Freiraumcharaktere definiert: Der Raum vor dem Haus ist öffentlich, hinter dem Haus privat oder gemeinschaftlich.

- **Der öffentliche Raum**

Die Bestandskarte führt - scheinbar banalerweise - auch die Bürgersteige als Teil des öffentlichen Raumes auf. Daß der öffentliche Straßenraum heute jedoch nicht mehr unbedingt wirklich öffentlich sein muß, wird in Kap. 3 und 4 im Zusammenhang mit Urbanität und Öffentlichkeit belegt. Im Komponistenviertel ist der Bürgersteig jedoch an keiner Stelle privatisiert worden. Dennoch sind einige Mängel vorhanden (☹): Die historische Straßenraumaufteilung, die mit den breiten Bürgersteigen und den für Abstand zwischen privatem und öffentlichem Raum sorgenden Vorgärten für die Wohnfunktion sehr vorteilhaft ist, ist im Komponistenviertel nur noch zu einem Teil erhalten (vgl. Abb. 20). Bürgersteige werden aus Stellplatzmangel zugeparkt (vgl. Abb. 21). Die frühere betonende Gestaltung der Gebäudeeingangsbereiche (vgl. Ansicht der Königschaussee, Abb. 12 oben) fehlt fast vollständig. Die Ausstattung der Eingangsbereiche mit Außentreppen, Überdachungen und Mauern bedeutet jedoch für die BewohnerInnen eine Möglichkeit der Identifikation mit 'ihrem' Haus<sup>20</sup> sowie gute Rückzugsorte für Kinder, von denen aus sie das Leben auf der Straße verfolgen können.

---

<sup>20</sup> Vgl. Busch 1995, S. 88



*Abb. 21: Stellplatz Bürgersteig*

*Abb. 20: Zugepflasterte Vorgärten*

Kleinere wohnungsnah und öffentliche Freiräume sind nur sehr wenige vorhanden; der Solonplatz ist der wichtigste unter ihnen. Er ist für unterschiedliche NutzerInnengruppen (Kinder, junge und alte Erwachsene) und Nutzungen (Spielen, Lesen, Ausruhen, Zuschauen, Treffen) geeignet (vgl. Abb. 22).



*Abb. 22: Solonplatz*

Der Antonplatz an der Berliner Allee bietet zur Zeit wenig Aufenthaltsqualitäten. Der nördliche Teil wird durch den Verkehrslärm von der Berliner Allee und der Langhansstraße beeinträchtigt und als Taxenhalteplatz genutzt ( ① ). Der südliche, ca. 50 cm höher als Straßenniveau gelegene Teil weist nur rudimentär Aufenthaltsqualitäten auf ( ② ). Die Atmosphäre wirkt trotz Möblierung mit einer Skulptur und Sitzbänken und der den Platz umstehenden Bäume wenig anziehend und karg. (vgl. Abb. 23).



Abb. 23: Antonplatz (südlicher Bereich)

Der Bürgersteig der Berliner Allee weist funktionale Mängel auf ( ③ ): NutzerInnen der Bürgersteige werden oftmals von parkenden Lieferwagen beengt. Pflanzkübel bilden nur einen kargen Ersatz für die frühere Baumallee. Die hohe Verkehrsbelastung der Berliner Allee führt in Stoßzeiten auch zu Stau in den Parallelstraßen Bizetstraße und Meyerbeerstraße ( ④ ), so daß auch deren öffentlicher Raum beeinträchtigt wird, was sich besonders negativ für spielende Kinder auswirkt.

Südlich angrenzend an das Komponistenviertel befindet sich der größte Jüdische Friedhof Europas<sup>21</sup> auf dem sogenannten 'Karnickelberg' (54 m). Der Jüdische Friedhof mit seiner durch das Sanierungsgebiet führenden Zufahrt Herbert-Baum-Straße (vgl. Abb. 24) verdient besondere Beachtung.

---

<sup>21</sup> Nitschke 1989, S. 4



Abb. 24: *Herbert-Baum-Straße, Zufahrt zum Jüdischen Friedhof*

Die Anwesenheit des Jüdischen Friedhofes erinnert an die jüdischen QuartierbewohnerInnen (und die jüdischen Bevölkerungsgruppen Groß-Berlins), die von Anfang an, seit 1875, die Geschichte des Viertels mitgeprägt haben. Diese große Grünanlage mit sehr altem Baumbestand kann nicht wie andere Grünanlagen behandelt werden, denn obwohl der Zugang öffentlich ist, ist hier die Nutzung durch das erwartete respektvolle Verhalten stark eingeschränkt. Der Beitrag dieser Grünfläche beschränkt sich auf die tägliche Erinnerung für alle Interessierten und die Möglichkeit der stillen Erholung oder Besinnung. Beides kann identitätsstiftend für das Viertel wirken.

Im Plangebiet sind keine größeren öffentlichen Grünbereiche vorhanden, jedoch gibt es direkt angrenzend den Park am Weißen See, den Schwanenteich und den Kreuzpfuhl. Diese Anlagen reichen jedoch nicht aus, wie ihre ständige Überbevölkerung zeigt. Im Plangebiet selbst ist jedoch keine ausreichend große, zusammenhängende Fläche für die Anlage einer weiteren größeren Grünanlage als Alternative vorhanden. Dem errechneten Bedarf von insge-

samt 34.500 m<sup>2</sup> steht eine tatsächliche Grünfläche von ca. 6360 m<sup>2</sup> im Komponistenviertel gegenüber<sup>22</sup>.

- **Gemeinschaftliche und private Freiräume**

Gemeinschaftliche und private Freiräume sind durch die Bauweise der Blockrandbebauung in den Blockinnenhöfen vorhanden. Ihre Nutzungsqualität ist jedoch durch teilweise gewerbliche Nutzung oder Bebauung mit Garagenbauten, Schuppen u.ä. als Spiel- und Aufenthaltsflächen<sup>23</sup> stark eingeschränkt (vgl. Abb. 25). In der Bestandskarte sind nicht alle versiegelten Flächen als solche gekennzeichnet, da eine umfassende Begehung der Flächen zu einem großen Teil nicht möglich war (abgeschlossene Höfe).



Abb. 25: Versiegelte, verbaute und zugeparkte Blockinnenflächen

Private Freiräume sind hauptsächlich im Bereich nördlich der Berliner Allee auf den Grundstücken der Handwerkerhäuser anzutreffen. Auch deren Auf-

---

<sup>22</sup> Vgl. Senat von Berlin 1994, S. 282

<sup>23</sup> Vgl. SPAS 1993, S. 132

enthaltsqualität ist durch die Nutzung als Pkw-Stellplatz oder Lagerfläche meist stark eingeschränkt.

- **Halböffentliche Räume**

Die Polarität von öffentlichem und privatem bzw. gemeinschaftlichem Raum wird in Block 108 nicht eingehalten, da der Freiraum hinter dem Haus von der Straße aus eingesehen werden kann. Dadurch entsteht ein halböffentlicher Raum, der weder eindeutig gemeinschaftlich ist, weil er nicht klar vom öffentlichen Raum getrennt und von PassantInnen einsehbar ist, noch soll er öffentlich sein, da er an den Hinterausgängen der Wohnbebauung liegt und auch zu dieser gehört. Auch in den Blöcken 93, 111 und 112 entstehen halböffentliche Räume, weil die ehemals kleinteiligeren Parzellen im Blockinnenbereich zu großen Höfen zusammengelegt wurden. Diese großen Höfe sind zwar nicht öffentlich einsehbar, jedoch von für die BewohnerInnen der anliegenden Geschoßwohnungen unübersichtlich vielen NutzerInnen, so daß auch hier eine halböffentliche Atmosphäre entsteht. Der Charakter ist nicht mehr der eines gemeinschaftlichen Raumes.

## 2. Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der Freiräume

Der wohnungsnächste öffentliche Raum, der Straßenraum, ist noch deutlich geprägt von der historischen Straßenraumaufteilung 'schmaler Vorgarten - relativ breiter Bürgersteig - Baumallee/Beete - Fahrbahn'. Problematisch ist das hohe Verkehrsaufkommen<sup>24</sup> (besonders in der Bizetstraße und in der Meyerbeerstraße als 'Schleichwege' ( ④ ) parallel zur Berliner Allee) und das Zuparken der Bürgersteige, so daß die Straßen für Kinderspiel nur sehr beschränkt nutzbar sind und überhaupt seine Aufenthaltsqualitäten gemindert werden. Der Bürgersteig ist jedoch der wichtigste Freiraum, der von allen BewohnerInnen beinahe täglich genutzt wird, und die Vielfalt und Qualität seiner Nutzungsmöglichkeiten sind daher besonders wichtig.

---

<sup>24</sup> Die Berliner Allee ist eine der großen Ausfallstraßen Berlins mit Anschluß an die Autobahn. Sie gehört zu den belastetsten Straßenbereichen Berlins hinsichtlich Verkehrsaufkommen, Lärm- und Abgasimmissionen, in Stoßzeiten führt der Autoverkehr sogar zu Staubbildung in der parallel verlaufenden Bizetstraße (vgl. complan, Ideenwerkstatt Antonplatz, S. 8). Vor diesem Hintergrund wird die Verkehrsbelastung ihres Viertels durch die Befragten schlecht bis sehr schlecht beurteilt, die BewohnerInnen sehen darin die mit Abstand stärkste Beeinträchtigung der Wohnsituation im Viertel.

Der alte Baumallee-Bestand des Viertels ist noch weitgehend erhalten. Allerdings werden die Baumscheiben oftmals bis an den Stamm zugeparkt, so daß viele der Bäume langfristig nicht erhalten bleiben werden können.

Die öffentlichen und gemeinschaftlichen Freiräume sind zumeist wohnungsnah gelegen und daher zeitlich und räumlich gut erreichbar. Ein Problem besteht in der Zäsur des Plangebietes durch die Berliner Allee, die zu wenige und z.T. - vor allem für Kinder - gefährliche Querungsmöglichkeiten ohne Fußgängerampeln aufweist.

### **3. Sicherheit der Freiräume**

Die allgemeine Sicherheit im Viertel, soweit sie durch die Bebauungsformen beeinflusst werden kann (vgl. Kap. 4.1.2, Nr. 8), ist hier fast durchgehend gegeben. Hauseingänge und Wohnungen sind zur Straße hin ausgerichtet, so daß der Straßenraum der sozialen Kontrolle der BewohnerInnen unterliegt. Auch ist die Nutzungsmischung im Viertel relativ feinkörnig, wodurch tagsüber wie auch in den Abendstunden FußgängerInnen- und Autoverkehr stattfindet.

Die SPAS erklärte in einem Interview<sup>25</sup>, daß einige ältere Menschen sich über 'Kinderbanden' beschwert hätten, deren Vorhandensein ihnen Angst einflöße. Es sei allerdings stark übertrieben, von 'Banden' zu sprechen, es gäbe einfach ab und zu Gruppen von Kindern oder Jugendlichen auf der Straße, die sich dort träfen. Es seien jedoch noch keine Belästigungen oder sogar Strafhandlungen durch sie vorgekommen.

### **4. Ausstattung der Freiräume**

In den letzten Jahren sind mehrere Kinderspielplätze eingerichtet oder vorhandene besser ausgestattet worden (Solonplatz, Meyerbeerstraße 55-57, an der Schule in Block 102 und Meyerbeerstraße 20). Neben den 'traditionellen' Kinderspielplätzen gibt es jedoch kaum Spielraum für kleine und größere Kinder, und auch die Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche sind sehr begrenzt.

Der einzige planerisch gestaltete Freiraum (neben den Kinderspielplätzen) ist der Solonplatz. Seine robuste und relativ sparsame Ausstattung erlaubt eine

---

<sup>25</sup> SPAS 1996, mdl. Interview vom 16. September

vielfältige Nutzung, außer Kinderspielgeräten und Bänken findet sich eine kleine Skulptur am Ausgang zum Platz. Die Gliederung des Platzes geschieht durch robuste Pflanzungen, die in das Kinderspiel mit einbezogen werden können. Seine Ausstattung entspricht seiner Lage und Funktion als öffentlicher Platz für Nutzungen der wohnungsnahen Erholung, des Treffens im Viertel und des Spielens.

Der Antonplatz hat durch sein Potential an Fläche und durch seine Lage eine ganz andere Funktion: Er bietet Raum für 'urbanere' Nutzungen, der Teilnahme am städtischen, quirligen Leben. Seine Ausstattung sollte dem Rechnung tragen.

Die Ausstattung der gemeinschaftlichen Blockinnenflächen ist zum größten Teil mangelhaft. Diese Gemeinschaftsflächen sind meist durchgehend versiegelt und dienen als Lager- oder Parkplätze, sind also nicht für alle BlockbewohnerInnen nutzbar. Dies ist besonders nachteilig für Kinder, für die nicht genügend Aufenthaltsflächen im öffentlichen Raum vorhanden sind. Mangels Alternativen suchen sie sich ihren eigenen, interessanten Spielraum an der Straße (vgl. Abb. 26).



Abb. 26: Spielende Kinder am Straßenrand

## 5. Verfügungskompetenz der BewohnerInnen über die Freiräume

Die meisten, in der DDR üblichen, restriktiven Hausordnungen dürften aufgehoben oder mindestens verändert worden sein. Allerdings ist zu bedenken, daß diese dennoch im Denken und Verhalten der BewohnerInnen vorhanden sein dürften. Veränderungen, z.B. in der Benutzung des Hofes, dürften daher schwierig sein, da vermeintlich noch existierende Nutzungsverbote übertreten werden und dies durch die anderen MieterInnen beanstandet werden könnte. Eine veränderte Freiraumaneignung muß daher durch Aufklärung gemeinsam mit den MieterInnen erarbeitet werden.

Gerade die Umnutzung der Höfe als Spielraum für Kinder wirft Probleme auf. Die SPAS stellte fest, daß besonders in den als Pkw-Stellplatzfläche genutzten Höfen Widerstand gegen die Umnutzung als Grün- und Aufenthaltsbereich geleistet wird, vor allem, wenn mit der für Kinder mangelhaften Situation an Spielflächen im Viertel argumentiert wird<sup>26</sup>.

Mehr als 70% der dazu befragten BewohnerInnen halten das Freiraumangebot für gut oder sehr gut, obwohl im Untersuchungsbereich selbst kaum öffentliche Freiräume für wohnungsnaher Spiel- und Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Nähe zum Weißen See mit den Parkanlagen wird offensichtlich in die Beurteilung mit einbezogen, die jedoch wegen der starken Übernutzung nur sehr beschränkt für Freizeitaktivitäten geeignet sind.

### 5.3.3 Quartierbevölkerung

Zum besseren Verständnis der Lage im Komponistenviertel sollen noch einige Daten zur Quartierbevölkerung aufgeführt werden.

#### 1. Kenndaten aus der empirischen Untersuchung der Sozialstudie

- Die **Bevölkerungsdichte** im Untersuchungsgebiet beträgt nach dem Einwohnermelderegister (30.06.92) 108 Einwohner / ha<sup>27</sup>.
- Die **Alters- und Haushaltsstruktur** der Bevölkerung des als 'gut bürgerlich' geltenden Quartiers ist statistisch nicht zu belegen, da hier die Datenerfassung der DDR zu unzuverlässig ist<sup>28</sup>. Sie läßt sich jedoch aus der Wohnungspolitik der DDR ablesen und erklären. Seit den 60er Jahren

<sup>26</sup> SPAS 1996, mdl., Interview vom 16. September

<sup>27</sup> Vgl. Senat von Berlin 1994, S. 285

<sup>28</sup> Vgl. SPAS 1993, S. 89

wurde versucht, die ‘Wohnungsfrage’ durch Neubau unter Vernachlässigung des Altbaubestandes zu lösen. Dadurch wie auch durch die staatliche Wohnungsvergabepolitik der DDR wurde die Neubauwohnung zum Statussymbol des erfolgreichen DDR-Bürgers. Die Wohnungsvergabe war vor allem arbeitsplatzorientiert, so daß hauptsächlich Arbeiterfamilien Neubauwohnungen beziehen durften. Dies führte besonders in Weißensee zu einer starken Segregation der Bevölkerung, da im benachbarten Bezirk Hohenschönhausen Wohnkomplexe für die dort angesiedelten Großbetriebe entstanden. Die Abwanderung der ArbeiterInnen führte zu einer Polarisierung des Bevölkerungsaufbaus, der für Altbauquartiere in der ehemaligen DDR typisch war<sup>29</sup>. Zum einen verblieben die Altenhaushalte im Quartier, zum anderen nehmen sehr junge Haushalte und Alleinstehende den Altbaubestand in Anspruch, die von ihrer Struktur her nicht von der Vergabep Praxis der Wohnungsverwaltung begünstigt wurden. Insgesamt verzeichnet das Plangebiet einen sehr hohen Anteil an EinwohnerInnen mit einem Alter von über 65 Jahren (vgl. Abb. 27).

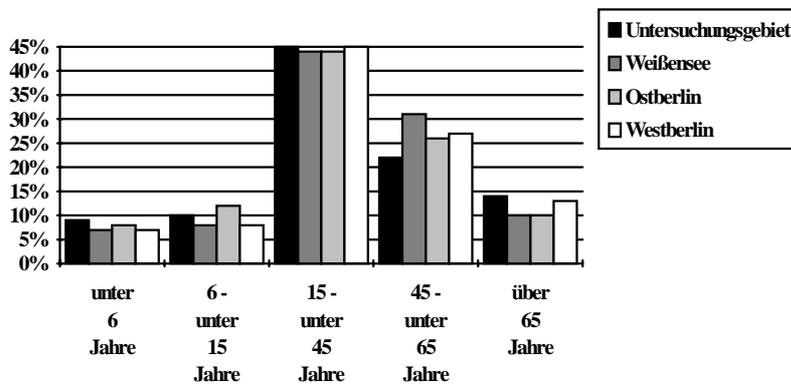


Abb. 27: Altersstruktur der BewohnerInnen<sup>30</sup>

Innerhalb des Plangebietes ist der Anteil der SeniorInnenhaushalte dort am höchsten, wo der Altbauanteil am größten ist<sup>31</sup>.

<sup>29</sup> Vgl. SPAS 1993, S. 90

<sup>30</sup> Tabelle nach Daten der SPAS 1993, S. 91

Seit 1990 ist nach dem Wegfall der politisch kontrollierten Wohnungsvergabep Praxis verstärkt ein Zuzug von jüngeren Haushalten zu verzeichnen, die mittelfristig zu einem Ausgleich des Altersstrukturaufbaus im Quartier beitragen werden.

Die folgende Abbildung (Abb. 28) zeigt die Zusammensetzung der Haushalte 1993 (bei durchschnittlicher Haushaltsgröße von 2,1 Personen) nach der Befragung von Schlüsselhaushalten im Plangebiet durch die SPAS für die Sozialstudie.

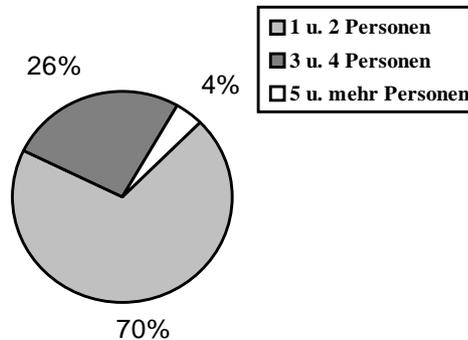


Abb. 28: *Haushaltsgrößen*<sup>32</sup>

- Die **Bindung der Bevölkerung an das Quartier** lässt sich nicht eindeutig ausschließlich durch die Wohndauer im Quartier belegen. Die hohe Wohndauer (durchschnittlich 14,4 Jahre in der Wohnung und 25,7 Jahre im Gebiet) kann durch die staatliche Wohnungsversorgungspolitik der DDR viel stärker auf fehlende Angebotsalternativen bzw. Versorgungsangebote hinweisen. Die Aussagen der BewohnerInnen zur Wohnortbindung können nicht als eindeutiger Wert gemessen werden, da das dahinterliegende Wertmuster zu heterogen ist und bei der Bewertung nicht

<sup>31</sup> Vgl. SPAS 1993, S. 91

<sup>32</sup> Tabelle nach Daten der SPAS 1993, S. 101. Der Untersuchungsbereich für die Vorbereitenden Untersuchungen war geringfügig größer als das als Sanierungsgebiet festgelegte Plangebiet.

sichtbar wird<sup>33</sup>. Die SPAS hat deshalb die Gründe für den Auszugswunsch der befragten Schlüsselpersonen ermittelt, woraus sich ersehen läßt, daß nicht das Quartier an sich kritisch gesehen wird, sondern eindeutig die Wohnungsmängel den Auszugswunsch bestimmen (vgl. Abb. 29).

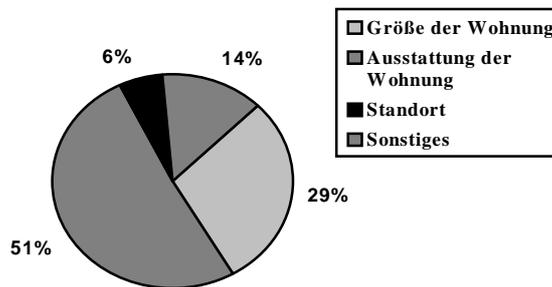


Abb. 29: Gründe für den Auszugswunsch der Schlüsselpersonen<sup>34</sup>

Die Bindung der BewohnerInnen an das Quartier ergibt sich aus ihrer Bewertung der Qualität des Wohnstandortes: drei Viertel der Befragten gaben diese mit „gut“ an. Jedoch gibt es Unterschiede je nach Lage der Wohnung: der Teilbereich nördlich der Berliner Allee wird in der Wohnqualität des Quartiers besser bewertet als der südlich gelegene, während der Bereich der Berliner Allee selbst das relativ schlechteste Urteil bekommt. Da dieser Bewertungshierarchie die Höhe der Verkehrsbelastung der Blöcke proportional ist, dürfte diese eine besondere Rolle bei der Beurteilung gespielt haben.

1993 bezeichneten die BewohnerInnen ihre nachbarschaftlichen Kontakte noch als gut, was angesichts der jahrzehntelangen Wohndauer im Quartier verständlich ist. Seit der 'Wende' jedoch zeigt sich in der Bewertung durch die BewohnerInnen eine Veränderung, die eine „allgemeine Vereinzelung und Konzentration auf die eigenen Ziele, Bedürfnisse und letztlich auch Nöte“ zeigt. Es findet „offensichtlich ein Neuorientierungsprozeß statt, der sich weitaus weniger als bis dahin üblich auf die sozialen

<sup>33</sup> Vgl. SPAS 1993, S. 102

<sup>34</sup> Tabelle nach Daten der SPAS 1993, S. 103

Bezüge innerhalb der Nachbarschaften stützt“, wobei allerdings „eine Tendenz zur Glorifizierung der früheren Verhältnisse“ mitspielen mag, die sich vor allem auf die „Vertrautheit mit den substrukturellen Beziehungsmuster“ bezieht. Die ‘Wende’ bewirkte eine Verunsicherung gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen und Perspektiven und ließ soziale Beziehungsnetze zerbrechen. Der Identitätsverlust wird daher teilweise über die gemeinsam empfundene Benachteiligung der ‘Ossis’ gegenüber den ‘Wessis’ kompensiert<sup>35</sup>. Anzeichen dafür ist die Problematik, daß der Zuzug von WestberlinerInnen in das Viertel so unerwünscht ist, daß mehrere aus Westberlin stammende Haushalte wegen Problemen mit Nachbarparteien im jeweiligen Haus nach kurzer Zeit wieder auszogen<sup>36</sup>.

Dennoch ist die Bindung der BewohnerInnen an ihr Wohnquartier immer noch hoch, was nicht nur mit den fehlenden Alternativen eines Wohnungswechsels zu begründen ist, sondern auch mit der hohen Zufriedenheit mit dem Wohnstandort an sich, dessen Qualitäten nach wie vor Investitionen und Eigenleistungen in den Wohnungen für die MieterInnen lohnenswert erscheinen lassen.

## 2. BürgerInnenbeteiligung

Die Sozialstudie im Vorfeld der Sanierung befragte ein Zehntel der Bevölkerung als Schlüsselpersonen zur persönlichen Lage wie auch zur Situation im Viertel (November 1992 bis Mai 1993). Die schriftlich festgehaltenen und ausgewerteten Beanstandungen, Sorgen und Wünsche der Quartierbevölkerung flossen in den Bericht der Vorbereitenden Untersuchungen mit ein.

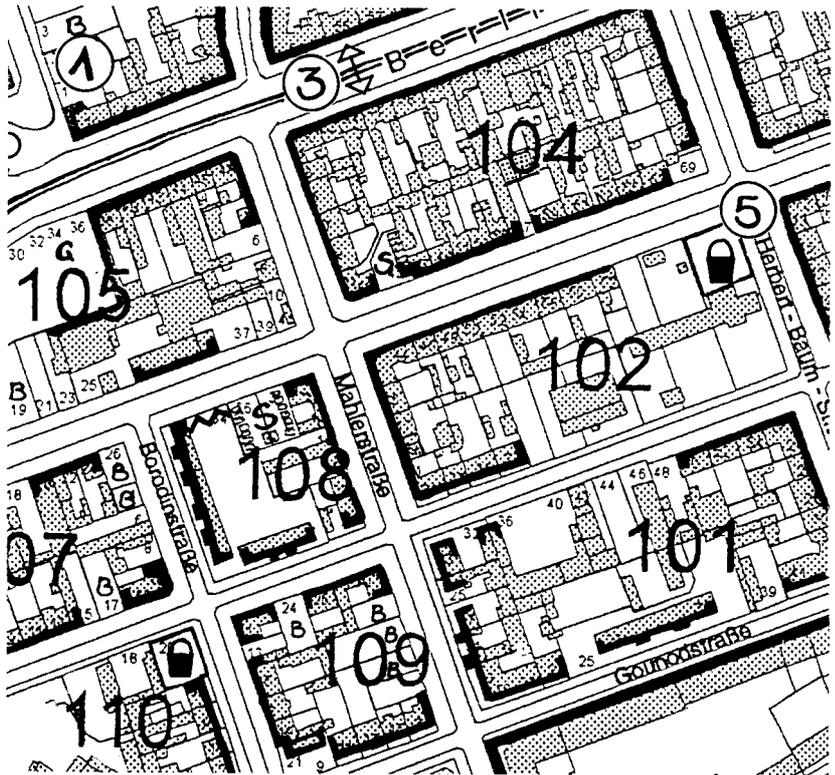
Die Ergebnisse der Rahmenplanung aus den Vorbereitenden Untersuchungen wurden in einer aufwendigen Broschüre dargestellt und im Mai 1993 öffentlich erörtert. Parallel dazu gab es eine Ausstellung der Untersuchungsergebnisse im Kulturhaus ‘Peter Edel’.

Die Ergebnisse der ‘Ideenwerkstatt Antonplatz’ wurden Januar 1994 in einem Informationsabend und in einer Ausstellung im Kulturhaus Peter Edel (Berliner Allee) vorgestellt und erörtert, wozu mit Faltblättern geworben wurde.

---

<sup>35</sup> Vgl. SPAS 1993, S. 78 und S. 122

<sup>36</sup> Mdl. Aussage der SPAS, Interview vom 16.09.96



- |  |  |  |  |
|--|--|--|--|
|  | Spielplatz   |  | raumwirksame Gebäudekante                          |
|  | Grünfläche   |  | Übergang ohne Ampel                                |
|  | Brachfläche  |  | Übergang mit Ampel                                 |
|  | Stellplatz   |  | Straßenbahntrasse                                  |
|  | fehlende Abschirmung priv. /<br>gemeinschaftlicher Freiräume |  | besonderer Problembereich<br>(Erläuterung s. Text) |

Abb. 30: Bestand Freiraumcharaktere und -nutzungen (Ausschnitt aus der Originalkarte). Eigener Entwurf

Die Mieterberatung der SPAS e.V. berät seit Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen über die Rechte der Quartierbevölkerung als MieterInnen, EigentümerInnen, Beschäftigte und Gewerbetreibende.

#### 5.4 Vorgaben zur Planung aus Politik und Fachverwaltung

In diesem und im nächsten Kapitel werden diejenigen stadtplanerischen Ziele und Maßnahmen genannt, die die weitere Entwicklung der Urbanität des öffentlichen Raumes im Komponistenviertel von politischer und planerischer Seite beeinflussen werden.

##### 5.4.1 Leitsätze zur Stadterneuerung von Berlin<sup>37</sup>

Diese Leitsätze für Sanierungsgebiete wurden 1993 vom Senat von Berlin beschlossen. Sie lauten, soweit sie für diese Untersuchung von Belang sind, folgendermaßen:

- „Ziel der Erneuerung ist der **Erhalt der bestehenden baulichen und städtebaulichen Struktur**. Die neue, veränderte städtebauliche Funktion der Gebiete ist behutsam aus dem Bestand zu entwickeln“. In der Erläuterung dazu steht u.a.: „Die städtebaulichen Leitziele umfassen auch die kulturelle, soziale und historische Entwicklung der Gebiete“.
- „Bei der Erneuerung der Gebiete ist die vorhandene **Struktur des Gewerbes zu sichern und zu entwickeln**“. Die Erläuterungen dazu besagen: „Kriterien für die Weiterentwicklung sind:
  - der Abbau von Nutzungskonflikten zwischen Wohnen und Gewerbe und
  - der Erhalt bzw. die Ansiedlung gebietsbezogener Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe“.
- „Die **Erneuerung ist an den Bedürfnissen der Betroffenen zu orientieren**. Die Erneuerungsmaßnahmen und -verfahren werden sozialverträglich gestaltet“. Dazu heißt es in den Erläuterungen: „Bei gebietstypischer unterschiedlicher Ausprägung gilt es zu vermeiden:
  - die Verdrängung insbesondere einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen,

---

<sup>37</sup> Senat von Berlin, 31.08.1993

- die Beschleunigung von Segregationsprozessen mit der Folge einer einseitigen Bevölkerungsentwicklung und Destabilisierung der Gebietsbevölkerung und
- individuelle Härten insbesondere für anpassungsunfähige Haushalte“.

In diesen Leitzielen werden die für Urbanität des öffentlichen Raumes wichtigen Punkte der Gebietsidentität, der Einbeziehung von BewohnerInneninteressen und der Nutzungsmischung aufgenommen.

#### 5.4.2 Flächennutzungsplanung

Der Flächennutzungsplan Berlin von 1994<sup>38</sup> nimmt für den Bereich des Plangebietes die vom Senat für Sanierungsgebiete aufgestellten Forderungen auf, soweit sie nach § 5 BauGB im Flächennutzungsplan festgesetzt werden können.

Der Flächennutzungsplan weist die Berliner Allee und ihre angrenzenden Seitenstraßen als Gemischte Baufläche M2<sup>39</sup> aus. Der Teil der Berliner Allee im Sanierungsgebiet wird zusätzlich als Bereich mit Einzelhandelskonzentration angegeben. Die Bebauung im Quartier wird als Wohnbaufläche W2<sup>40</sup> mit einer Geschoßflächenzahl (GFZ) bis zu 1,5 ausgewiesen. Die Grünflächen des Parks um den Weißen See und des Jüdischen Friedhofs sind als Parkanlagen ausgezeichnet.

---

<sup>38</sup> Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin 1994

<sup>39</sup> Der FNP stellt zwei Typen von Gemischten Bauflächen dar, die sich in ihrem Charakter und ihrer Nutzungsintensität unterscheiden. M2 hat dabei eine mittlere Nutzungsintensität und -dichte und besitzt vorwiegend einen Mischgebietscharakter. Ebd. S. 38

<sup>40</sup> Dies ist einer von vier Wohnbauflächentypen, die unterschiedlichen Dichtestufen entsprechen. W2 entspricht Gebieten mit überwiegend Zeilenbau, Blöcken der 20er Jahre oder Großbauformen mit 3-5 Geschossen. Ebd. S. 38



Abb. 31: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan

In den Erläuterungen zum Flächennutzungsplan werden „Grundsätze zur Entwicklung der Stadtstruktur“<sup>41</sup> aufgeführt, von denen die folgenden für den öffentlichen Raum und dessen Urbanität von Wichtigkeit sind:

- **Innenentwicklung** hat Priorität vor Stadterweiterung. „Das Ziel des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden erfordert eine bessere Ausnutzung untergenutzter Flächen und eine stadtverträgliche Verdichtung vorhandener Wohn- und Gewerbegebiete. Dadurch wird Berlin großstädtischer und bewahrt seine Erholungsflächen“.
- In allen Teilräumen der Stadt muß eine **ausgewogene Nutzungsstruktur** hergestellt werden. „Die bestehenden großräumigen Ungleichgewichte in der Zuordnung von Wohnungen und Arbeitsplätzen müssen reduziert werden. Eine ausgewogene Nutzungsmischung in allen Stadtteilen ermöglicht großstädtische Vielfalt, verkürzt Wege und sichert eine hohe ökologische Verträglichkeit der Entwicklung“.
- Nicht notwendige Wege sollen reduziert, der Anteil umweltverträglicher Verkehrsarten erhöht werden. Hierzu dienen eine geeignete Zuordnung und **Mischung der städtischen Grundfunktionen** sowie die **Weiterentwicklung der polyzentralen Stadtstruktur**.

<sup>41</sup> Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin 1994, S. 6

- Die Berliner Allee und ihre Seitenstraßen sollen lt. FNP 94 als ‘Mittelzentrum’ erweitert und gestärkt werden<sup>42</sup>. Die Berliner Allee wird nicht als übergeordnete Hauptverkehrsstraße ausgewiesen<sup>43</sup>.

Mit diesen Festsetzungen wird die typische historische Entwicklungsstruktur des Komponistenviertels weitgehend beachtet.

## 5.5 Forderungen aus den Vorbereitenden Untersuchungen

Es sollen hier nur diejenigen Maßnahmen zusammengefaßt dargestellt werden, die die Urbanität des öffentlichen Raumes im Komponistenviertel betreffen. Das in den Vorbereitenden Untersuchungen erstellte Neuordnungskonzept (Städtebauliches Erneuerungs- und Handlungskonzept; Maßnahmenkonzept Verkehr; Grün- und Freiflächenkonzept) ist in der Broschüre ‘Stadt-erneuerung Weißensee - Komponistenviertel’<sup>44</sup> dokumentiert worden.

### 5.5.1 Soziale Leitlinien der Erneuerung nach der Sozialstudie<sup>45</sup>

Die Sozialstudie unterscheidet zwei Zielebenen:

- a) Verbesserung der materiellen und infrastrukturellen Wohnverhältnisse in einem sozial verträglichen Maßstab durch die Erhaltung vertrauter Lebens- und Versorgungsbezüge sowie der Wahrung der gestalterischen Gebietsidentität.
- b) Sicherung einer umfassenden Beteiligung der BewohnerInnen bei der Ausgestaltung ihrer Wohn- und Lebensverhältnisse im Quartier. Dies bedeutet nicht nur die „Gewährung von Beteiligungsrechten“, sondern ein „sozial verantwortliches Erneuerungsverfahren“, das emanzipative Prozesse auslöst und verstärkt, die die BewohnerInnen in die Lage versetzen, ihre Beteiligungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten überhaupt in Anspruch zu nehmen. Das Beteiligungsverfahren muß anders gestaltet werden als im Westteil der Stadt, da dort schon ein vergleichsweise hohes

<sup>42</sup> Ebd. S. 20f. Die Stadtverwaltung unterscheidet in ihrer Planung Hauptzentren, Mittelzentren und Unterzentren in den Bezirken. Diese Bezeichnung ist nicht zu verwechseln mit dem Zentrale-Orte-System der Landesplanung.

<sup>43</sup> Ebd. S. 29

<sup>44</sup> complan GmbH, 1993

<sup>45</sup> Vgl. SPAS 1993, S. 143ff

Bewußtsein über Art und Umfang der Bürgerrechte des Einzelnen angenommen werden kann, während in den Ostbezirken noch von einem eher „rudimentären Verständnis von Mitwirkung und der weitgehenden Unkenntnis des Rechtsrahmens, in dem Stadterneuerung, Modernisierung ... usw. stehen“<sup>46</sup>, ausgegangen werden muß. Notwendig ist ein Prozeß der Information, Einübung und praktischen Erfahrung mit Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung. Dies bedeutet einen Mehraufwand an Information mit zusätzlichen Beratungskapazitäten und vor allem eine weitreichende Rechtsberatung.

### 5.5.2 Bericht zu den Vorbereitenden Untersuchungen<sup>47</sup>

In Kap. 4 und 5 des Berichtes werden die Ziele und Zwecke der Sanierung sowie die angestrebten Sanierungsmaßnahmen aufgezeigt.

#### 1. Bebauung

Die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der in der Gründerzeit entstandenen Parzellen- und Blockstruktur, des Straßenprofils sowie der privaten und öffentlichen Freiräume sollen zur städtebaulich-räumlichen Authentizität des Quartiers als historischem Vorstadtviertel beitragen.

Folgende Maßnahmen werden dazu empfohlen:

- Erhalt und Ergänzung der Blockrandbebauung unter Berücksichtigung der kleinteiligen Parzellenstruktur;
- Sicherung der gebietstypischen Vielfalt von höher- und niedriggeschossigen Gebäuden sowie von Handwerkerhäusern, Mietskasernen und Industriegebäuden;
- Verwendung ortsbildprägender Gebäudeformen, Gestaltungselemente und -materialien;
- Rückgriff auf vorhandene bauliche Ressourcen als Alternativen zum Neubau, um einen behutsamen Umgang mit Grund und Boden sicherzustellen;
- Entwicklungsgeschichtliche, stadträumliche sowie funktionale Verknüpfung zum angrenzenden Jüdischen Friedhof, so daß die prägende Rolle dieser Stätte sicht- und erlebbar bleibt;

---

<sup>46</sup> SPAS 1993, S. 147

<sup>47</sup> complan Gesellschaft für kommunale Planung und Stadtentwicklung mbH 1994

- Entwicklung des durch Kleinwohnungen geprägten Wohnungsbestandes dahingehend, daß auch jüngere BewohnerInnen bzw. Haushalte zuziehen können (Umzug von sanierungsbetroffenen SeniorInnen in altengerechte Wohnungen in den Neubauprojekten und dadurch Freiwerden größerer Wohnungen für Familien; zudem verstärkt Neubau von größeren Wohnungen). Die Sozialstudie betont, daß durch Bereitstellung von seniorenge-rechten kleineren Wohnungen (2-Zimmer-Wohnungen) und dem Neubau von 3-5-Zimmerwohnungen der Polarisierung des Gebietes entgegenge-wirkt werden kann<sup>48</sup>.

## 2. Nutzungsmischung

Durch die städtebauliche Sanierung ist das Komponistenviertel zu einem attraktiven Wohngebiet zu entwickeln, wobei die Mischstruktur des Quartiers gestärkt werden soll. Besonders die Entwicklung der Berliner Allee als örtliches Versorgungszentrum muß fortgesetzt werden. Die Nutzungsmischung soll durch folgende Festlegungen erhalten bleiben:

- An der Berliner Allee und dem Antonplatz dürfen sich gewerbliche Nutzungen bis in das erste Obergeschoß der Gebäude entwickeln, darüber ist nur noch Wohnnutzung erlaubt, um eine Verödung zu vermeiden. Der Antonplatz wird funktional und stadträumlich ausgebildet als bezirkliches Versorgungszentrum mit kleinteiliger Vielfältigkeit von Einzelhandelseinrichtungen, ladengebundenen Dienstleistungs-, Handwerks- und Gastronomiebetrieben. Angestrebt wird dabei eine hohe Aufenthalts- und Erlebnisqualität.
- Die Nutzung der Handwerkerhäuser (Max-Steinke-Straße, Börne- und Parkstraße), von Nebengebäuden und Remisen ist in Abhängigkeit der städtebaulichen Verträglichkeit sowohl für nicht störende gewerbliche als auch für Wohnzwecke möglich.
- Im restlichen Gebäudebestand ist Gewerbe nur in Einzelfällen im Erdgeschoß erlaubt, eine Umnutzung von Wohnraum zu gewerblichen Zwecken ist grundsätzlich ausgeschlossen.
- Besonders letztere Festlegung festigt die im FNP zugrundegelegte Trennung von Wohnen und Gewerbe. Historische gewachsene gewerbliche Nutzungen werden aus dem Gebiet verdrängt, Gewerbeneuansiedlungen praktisch unmöglich gemacht.

---

<sup>48</sup> Vgl. SPAS 1993, Sozialstudie S. 139

### 3. Öffentlicher Raum: Straßenraum

Die Belastungen des Komponistenviertels durch fließenden und ruhenden Verkehr sollen reduziert und die Attraktivität des Wohnumfeldes durch Verbesserung der Aufenthaltsqualität erhöht werden. Folgende Maßnahmen werden für den Straßenraum empfohlen:

- **Ergänzung der Blockstruktur** durch die stadtbildprägenden Elemente Vorgarten, Bürgersteig, Baumreihe, Fahrbahn;
- Rekonstruktion der vielfach nur noch in Fragmenten erkennbaren **Vorgärten** als Übergang zwischen öffentlichem und privatem Raum. Die Neugestaltung soll sich sowohl an historischen Vorbildern mit niedrigen Umgrenzungsmauern und Metallzäunen als auch an zeitgemäßen Nutzungsanforderungen orientieren;
- **Erhalt des vorstädtischen Charakters** in der Gestaltung der Straßenräume. Kleinere Eingriffe zur funktionalen Verbesserung vorhandener Wegebeziehungen sind ebenso vorgesehen wie begleitende Begrünungsmaßnahmen im Straßenraum zur Integration des geplanten übergreifenden Grünzuges vom Volkspark Prenzlauer Berg (südwestlich des Untersuchungsgebietes) zum Park am Weißen See;
- **Konzentration des Durchgangsverkehrs** durch Verkehrsberuhigungs- und Verkehrslenkungsmaßnahmen insbesondere in der Bizetstraße und Meyerbeerstraße auf die Berliner Allee;
- **Räumliche Bündelung des ruhenden Verkehrs** anstelle Parken in Blockinnenbereichen und auf Bürgersteigen bzw. am Straßenrand durch Bau von Tiefgaragen in erster Linie unter Neubauten;
- **Verbesserung der Situation für FußgängerInnen** im Straßenraum durch Gehwegvorstreckungen vor allem an Kreuzungsbereichen, Übergänge über Fahrbahn und Gleiskörper an der Berliner Allee, Aufwertung der Gehbereiche durch stärkere Begrünung und die Wiederherstellung des Allee-Charakters;
- Für die Entwicklung der Berliner Allee als örtliches Versorgungszentrum wie auch für die Attraktivität des Wohngebietes ist die Einrichtung eines qualitativ hochwertigen und störungsarmen **Fußwegenetzes** von zentraler Bedeutung<sup>49</sup>.

---

<sup>49</sup> Ebd. S. 81

Hauptproblem der Maßnahmen zum Verkehr wird die weitere Belastung der ohnehin schon sehr verkehrsreichen Berlinger Allee durch die Verdrängung des motorisierten Verkehrs aus den Seitenstraßen.

#### 4. Öffentlicher Raum: Grünflächen

Die Versorgung des Gebietes mit öffentlichen und privaten Grünflächen soll quantitativ und qualitativ verbessert werden und sich in der Ausgestaltung an den verschiedenen Nutzergruppen im Gebiet orientieren.

- Maßnahmenschwerpunkt ist die quantitative und qualitative **Verbesserung des Spielflächenangebotes**;
- Brachliegende oder als Lagerplätze fehlgenutzte Grundstücke bieten Flächenreserven zum Abbau der Defizite an **wohnungsnahen Grünflächen**<sup>50</sup>;
- Entwicklung der Blockinnenflächen zu **wohnungsnahen Grün- und Aufenthaltsbereichen** (Kinderspielbereich, Erholungsflächen). Dazu ist die Verlagerung von ruhendem Verkehr und gewerblichen Lagerplätzen aus den Innenhöfen notwendig;
- **Vergrößerung der Anzahl und Größe privater Freiräume** durch den Abriß von nicht nutzbaren Nebengebäuden;
- **Entsiegelung, Begrünung und gegebenenfalls Zusammenlegung von privaten Freiräumen**, gemeinschaftlich genutzte Höfe sollen dabei i.d.R. eine Größe von 3-4 Grundstücken nicht überschreiten.

#### 5. BürgerInnenpartizipation

Das Neuordnungskonzept fordert, daß die städtebauliche Neuordnung unter Mitwirkung der Mieter, Nutzer, Pächter und Eigentümer so zu gestalten ist, daß sie sozial- und gebietsverträglich durchführbar ist, das vorhandene Gemeinwesen stabilisiert und soziale Härten vermieden werden. Die Mitwirkungs- und Selbsthilfebereitschaft von Bewohnern, privaten Initiativen und Trägern ist im Erneuerungsprozeß aufzunehmen bzw. zu stärken und soll ein wesentlicher Bestandteil des Durchführungskonzeptes werden. Im Neuordnungskonzept der Vorbereitenden Untersuchungen wird betont, daß die Planung „den Verbleib der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Arbeitsplätze bzw. nicht störender Gewerbebetriebe“ ermöglichen soll und damit die

---

<sup>50</sup> Ebd. S. 80f

„individuellen und gesellschaftlichen Interessen der Betroffenen“ respektiert<sup>51</sup>.

- Sicherstellung einer eigentünerunabhängig arbeitenden **Mieterberatung im Sanierungsgebiet** zur Sicherung der Sozialplanung;
- Durchführung der Wahl einer **Betroffenenvertretung** innerhalb eines halben Jahres nach Beschluß des Sanierungsgebietes (nach den Ausführungsvorschriften des Landes Berlin zum Städtebauförderungsgesetz; AVStbau-FG);
- Sicherstellung eines breiten Informationsstandes und effektiven Betroffenenmitwirkung durch die Durchführung von regelmäßigen **Informations- und Abstimmungsrunden**, die nicht nur das ‘gesetzlich erforderliche Maß’ im Rahmen des Sanierungsgespräches erfüllen. Vielmehr sollte in kurzfristigem Turnus eine öffentlich tagende Projektsteuerungsrunde installiert werden, die von ausgewählten Schwerpunktthemen bis zu Einzelvorhaben alle Aspekte der Stadterneuerung im Komponistenviertel thematisiert;
- Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden, für die BewohnerInnen kostenlos erhältlichen **Sanierungszeitung**;
- Durchführung von **Erörterungsveranstaltungen** zu bestimmten räumlichen und sektoralen Themen der Sanierung, um die Betroffenen frühzeitig zu informieren (Blockkonzepte, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Gestaltung und Ausstattung öffentlicher Plätze etc.);
- Herstellung von **Demonstrationsmaßnahmen** (ein exemplarisch wieder hergerichteter Vorgarten, eine Musterwohnung u.ä.) zur frühzeitigen Information und Steigerung der Mitwirkungsbereitschaft von BewohnerInnen und EigentümerInnen.
- Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes<sup>52</sup>.

Der Inhalt der Verordnung zum Sanierungsgebiet Weißensee-Komponistenviertel wurde auf der Grundlage des Berichtes zu den Vorbereitenden Untersuchungen erstellt. Deshalb sollen hier nur Veränderungen dazu oder besondere Betonungen herausgestellt werden.

---

<sup>51</sup> complan 1994, S. 85

<sup>52</sup> Senat von Berlin 1994

### 5.5.3 Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes

#### 1. Bebauung<sup>53</sup>

- Neubauten sollen in erster Linie die Blockränder schließen und in zeitgemäßer Form gebietstypische **Gestaltungsdetails** wie betonte Eckausbildungen, grundstücksweise wechselnde Traufhöhen, die gebietstypischen Dachformen und die ortstypischen Baumaterialien aufnehmen.
- Die **Mischstruktur des Gebietes** soll durch den Erhalt und die Neuan siedlung von wohnverträglichem Gewerbe gestärkt werden. Entwicklungsmöglichkeiten für das produzierende Gewerbe und das Handwerk sind durch Bereitstellung angemessener Betriebsflächen und durch Nutzungsintensivierung zu sichern.
- In Neubauten ist eine **gewerbliche EG-Nutzung** freigestellt. Eine Umnutzung von Wohnraum zu gewerblichen Zwecken ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig.
- Die Ansiedlung von Vergnügungsstätten (Spielhallen, Sexshops etc.) soll unterbunden, die Anzahl der Bankfilialen auf ein gebietsverträgliches Maß beschränkt werden.

#### 2. Öffentlicher Raum: Straßenraum<sup>54</sup>

- In Abstimmung mit den Stadtgestaltanforderungen (Erhalt des Steinpflasters auf Gehwegen und Fahrbahnen) sollen die **Vorgärten und die geschlossenen Baumreihen im Straßenraum** wiederhergestellt werden.
- Die **Qualität des Wegenetzes für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen** ist im gesamten Gebiet einschließlich der Berliner Allee zu verbessern. Dazu gehören sichere Überquerungen der Fahrbahnen, direkte kurze Wegeverbindungen und hindernisfreie (rollstuhlgerechte) Gehwege.
- Es ist zu prüfen, in wie weit im Verlauf der Berliner Allee die Überquerbarkeit durch die **Aufhebung der durchgehenden Gittertrennung der Straßenbahntrasse** und die Einrichtung eines Langsamfahrabschnitts am Antonplatz verbessert werden kann.

---

<sup>53</sup> Ebd. S. 291

<sup>54</sup> Ebd. S. 286 und S. 289ff

- Die Lage des Komponistenviertels an der radialen Hauptverkehrsstraße vom Berliner Zentrum in das nordöstliche Umland erfordert großräumig **verkehrslenkende Maßnahmen** zur Reduzierung des Belastungsprofils im Komponistenviertel. Die wachsenden Transportaufgaben der Berliner Allee sollen durch den Bau einer zusätzlichen U-Bahn aufgefangen werden.
- Im gesamten Gebiet ist die Errichtung von Stellplätzen aufgrund der angespannten Freiräumesituation generell nur in **Tiefgaragen** anzustreben. Davon ausgenommen sind Stellplätze für Behinderte.

### 3. Grünräume

- **Erneuerung bestehender Grünflächen** auf den Grundstücken Bizetstraße 96/98 Ecke Smetanastraße 11, Berliner Allee 28/34 Ecke Bizetstraße 21/23 und Solonplatz.
- **Neuanlage von Grünflächen** auf den Grundstücken Meyerbeerstraße 61/63, Max-Steinke-Straße 9-10 (Innenbereich) und Antonplatz Nordseite sowie Smetanastraße 13.
- **Erneuerung bestehender Spielflächen** auf den Grundstücken Meyerbeerstraße 20/Bododinstraße 12, Meyerbeerstraße 65/67 und Solonplatz.
- **Neuanlage von Spielplätzen** auf den Grundstücken Meyerbeerstraße 18, Gounodstraße 37/39, Mahlerstraße 27/31 und 28-32, Max-Steinke-Straße 9-10 und Bizetstraße 64.

Das verbleibende Defizit an Grünflächen soll durch folgende Maßnahmen verringert werden:

- Vergrößerung von Freiräumen privater Grundstücke durch den Abriß nicht nutzbarer Nebengebäude;
- Entsiegelung, Begrünung und teilweise Zusammenlegung privater Freiräume;
- Verbesserung der Ausstattung und Erreichbarkeit vorhandener Anlagen;
- Herstellung der übergeordneten Grünverbindung zwischen dem Jüdischen Friedhof und dem Park am Weißen See unter Berücksichtigung stadtgestalterischer Anforderungen.
- Beurteilung und Ergänzung der Sanierungsziele und -maßnahmen nach den Kriterien eines urbanen öffentlichen Raumes.

## **5.6 Beurteilung und Ergänzung der Sanierungsziele und -maßnahmen nach den Kriterien eines urbanen öffentlichen Raumes**

In diesem Kapitel werden die Veränderungen des urbanen Freiraumes durch die Sanierungsziele und -maßnahmen anhand der Überlegungen aus Kap. 4 beurteilt und ergänzt. Die baulich-räumlichen Maßnahmen werden in der Karte 'Veränderungen durch die Sanierungsmaßnahmen' (Ausschnitt s. Abb. 35<sup>55</sup>) dargestellt.

### **5.6.1 Bebauung**

Insgesamt werden in der Planung die in Kap. 4 aufgestellten Kriterien einer Bebauung, die den öffentlichen Raum positiv beeinflusst, bei denkbar günstigem Bestand weitgehend eingehalten.

Auf allen zitierten Planungsebenen ist positiv anzumerken, daß die Wahrung der gestalterischen und funktionalen Gebietsidentität gefordert wird. Gebäude, die an die Geschichte des Viertels erinnern, sollen so weit wie möglich erhalten bleiben und einer Wieder- oder Umnutzung zugeführt werden. Dies gilt auch für die aus dem städtebaulichen Rahmen fallenden DDR-Gebäude, womit die Erinnerung an die fast 40 Jahre währende DDR baulich erhalten bleibt. Für die hohe Anzahl der langjährigen QuartierbewohnerInnen ist es wichtig, nicht alle aus dieser Zeit vertrauten Lebensbezüge zu verlieren.

Baulich wird die Identität des Viertels dadurch gestärkt, daß die Blockränder geschlossen werden. Dies führt - bei gleichzeitiger Befreiung der Blockinnenbereiche von mangelhaften Gebäudeteilen - zu einer 'qualifizierten' Bebauungsdichte. Der Vergleich der Karten 'Bestand' und 'Veränderungen' der Freiraumcharaktere zeigt, daß die Schließung der Blockränder durch direkt am Straßenraum liegende Gebäude (z.B. Gounodstraße 47 und Meyerbeerstraße 17) sowie durch Abriß von zurückgesetzt liegenden Gebäuden und Neubau am Blockrand (z.B. Borodinstraße 6-8 und Meyerbeerstraße 32-48) eine deutliche und damit positiv erlebbare Trennung von öffentlichem Raum (Straßenraum) und gemeinschaftlichem bzw. privatem Raum (Blockinnenbereich) herbeiführt.

---

<sup>55</sup> Die Originalkarte im Format DIN A 3 wurde aus drucktechnischen Gründen auf einen repräsentativen Ausschnitt reduziert.

Die Verwendung ortsbildprägender Gebäudeformen, Gestaltungselemente und -materialien wie betonte Eckausbildungen, grundstücksweise wechselnde Traufhöhen, die gebietstypischen Dachformen und die ortstypischen Baumaterialien in zeitgemäßer Form trägt ebenfalls zur Gebietsidentität bei. Aber auch das historische Gestaltungsmittel der baulichen Betonung von Gebäudeeingangsbereichen durch Gebäudevorsprünge und -rücksprünge, Treppen, Überdachungen und Mäuerchen sollte vermehrt eingesetzt werden. Diese bieten vielerlei 'Anlässe zum Aufenthalt' im öffentlichen Raum und wirken wie Vorgärten als Übergangszone zwischen Gebäude und öffentlichem Raum.

Die funktionsgemischte Struktur des Viertels soll aufrecht erhalten werden. Schwerpunkte gewerblicher Nutzungen liegen an der Berliner Allee und dem Antonplatz, und auch in den Handwerkerhäusern nördlich der Berliner Allee sind gewerbliche Nutzungen erlaubt. Nur bei Neubauten sollen auch in den Seitenstraßen gewerbliche Nutzungen im Erdgeschoß erlaubt werden. Aber auch dort könnten Erdgeschoßwohnungen in Maßen dem Gewerbe zugeführt werden (jedoch ist dabei auf Wohnverträglichkeit des Gewerbes zu achten). Damit kann eine weitere räumliche Dispersion und größere Vielfalt an Versorgungsangeboten und Dienstleistungen im Gebiet entstehen. Die Wohnfunktion im Bereich Berliner Allee / Antonplatz wird durch die Festschreibung von Wohnen ab dem zweiten Obergeschoß gesichert.

Die 'Filialisierung' durch finanzkräftige 'West'-Betriebe und der damit einhergehenden Vertreibung alteingesessener Betriebe sollte durch deren kommunale Unterstützung erschwert werden, denn diese gehören ebenfalls zur funktionalen Gebietsidentität, weil sie zur Erhaltung vertrauter Lebens- und Versorgungsbezüge beitragen (gemäß der sozialen Leitlinien der Sozialstudie). Auch die Unterstützung neu eröffneter Einzelhandelsgeschäfte kann zum 'Identitätswert' des Viertels beitragen. Eine Form der Unterstützung zur Herausbildung informeller Infrastrukturen wie Selbsthilfeeinrichtungen, Initiativen und freie Träger der Wohlfahrtspflege kann die Bereitstellung preiswerter Gewerbeflächen sein.

Insgesamt muß jedoch konstatiert werden, daß z. Zt. eine Verdrängung der letzten gewerblichen Betriebe aus dem Gebiet stattfindet. Theoretisch wird eine gemischte Nutzungsstruktur angestrebt, konkrete Betriebe werden jedoch als das Wohngebiet störend angesehen und möglichst aus dem Bereich verdrängt.

## 5.6.2 Freiräume

### 1. Größe und Angebot an unterschiedlichen Freiräumen

Der Mangel an wohnungsnahem Freiraumenangebot soll durch mehrere Maßnahmen gemildert werden. Die beiden flächenanteilig wichtigsten Maßnahmen sind die Rückeroberung der Blockinnenbereiche als wohnungsnah, begrünte Freiräume zum Spielen und Erholen sowie die Verkehrsberuhigung, die sich auf die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Straßenraumes positiv auswirken wird. Der Straßenraum wird durch die Blockrandschließung noch deutlicher definiert und damit betont.

Blockinnenflächen sollen durch Verlagerung von Betriebsflächen, Entsiegelung und Begrünung zu Spiel- und Erholungsflächen entwickelt werden. Die Zusammenlegung einiger sehr kleiner Hinterhöfe kann Raum für Gemeinschaft in der Nachbarschaft bilden. Umgekehrt kann auch die Begrenzung der Anzahl zusammengelegter gemeinschaftlich genutzter Höfe bis zu maximal 3-4 Grundstücken (vor allem der großen Innenbereiche in Block 93, 111 und 112) sowie die Abschirmung der öffentlichen Durchwegung von Block 111 von den gemeinschaftlichen Flächen kann eine bessere Gemeinschaft einer 'übersichtlichen' Nachbarschaft fördern.

Brachliegende oder fehlgenutzte Grundstücke werden zur Erweiterung des öffentlichen Grünflächenangebotes, überwiegend für Spielflächen, genutzt.

Die Gestaltung der Herbert-Baum-Straße als deutlicher Zugang zum Jüdischen Friedhof ist wie die Erhaltung der funktionalen Struktur des Viertels ein wichtiger Beitrag zur Gebietsidentität. Das Vorhandensein des Jüdischen Friedhofes als selbstverständlicher Teil des Quartiers birgt die Chance der emanzipatorischen Identifikation der BürgerInnen mit dem Viertel.

Auch die Gestaltung des Antonplatzes als städtischem Stadtteilzentrum kann einen Beitrag zu einer höheren Gebietsidentität und Stadtteilöffentlichkeit<sup>56</sup> leisten.

Mit den geplanten Bebauungsvorhaben wird eine Vervollständigung der Blockränder angestrebt. Im Vergleich der Karten 'Bestand' (Abb. 18) und 'Veränderungen' (Abb. 35) ist auf zu erkennen, daß dabei sämtliche Brachflächen einer jeweils spezifischen Nutzung zugeführt werden. Keinen Raum

---

<sup>56</sup> Vgl. Bochnig / Selle 1992, S. 281

für heute noch nicht vorhersehbare spätere Bedarfe frei zu lassen, kann jedoch die weitere Entwicklung des Viertels beeinträchtigen, wenn eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen mangels verfügbarer Fläche erschwert oder sogar unmöglich gemacht wird. Dies widerspricht den Aspekten der 'Offenheit der Planung'. Besonders ein so dichtbebautes, innerstädtisches Viertel ohne direkten Zugang zum Stadtrand und damit ohne Rückgriffmöglichkeit auf Flächenreserven im Außenbereich sollte im Innenbereich noch ein paar Flächen für spätere Entwicklungsmöglichkeiten freihalten.

Solche freigehaltenen Brachflächen müssen nicht hinter Bauzäunen auf ihre spätere Verwendung warten, sondern sollten 'vorübergehenden' (vielleicht aber noch Jahre andauernden) Nutzungen zugeführt werden (s.u. Abschnitt 'Ausstattung der Freiräume').

## **2. Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der Freiräume**

Durch die Einführung einer Langsamfahrstrecke für die Straßenbahn auf der Berliner Allee im Bereich des Komponistenviertels, das teilweise Entfernen des Fußgängergitters entlang des Gleiskörpers und der Einrichtung weiterer Überquerungsmöglichkeiten der Berliner Allee wird ihre Wirkung als trennende Schneise im Viertel wesentlich verringert. Diese Maßnahmen ermöglichen es für Kinder, sich im Viertel sicherer zu bewegen. Auch für das Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum 'Berliner Allee - Antonplatz' wird sich die für KundInnen leichtere Überquerung der Berliner Allee positiv auswirken.

Die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung (Fahrbahnaufpflasterung, Gehwegvorstreckungen, Kfz-Durchfahrsperrn) wirken sich positiv auf den Straßenraum aus, der wieder 'sorgloser' als Lebensraum genutzt werden kann und damit an Qualität gewinnt.

## **3. Sicherheit der Freiräume**

Der Abriß von Gebäuden, die nicht als Abtrennung zwischen öffentlichem Straßenraum und dem privaten bzw. gemeinschaftlichen Freiraum fungieren, weil sie nicht am Blockrand liegen, sondern zurückgesetzt auf dem Grundstück gebaut wurden, bedeutet auch eine Erhöhung der Sicherheit am Haus-

eingang. Neubauten direkt an der Straße lassen den Hauseingang vom öffentlichen Raum einsehbar werden, was gefühlsmäßig zur Sicherheit beiträgt<sup>57</sup>.

#### 4. Ausstattung der Freiräume

Die überwiegend angestrebte Funktion der öffentlichen Grünflächen als Kinderspielplätze steht dem Grundsatz entgegen, daß öffentliche Freiräume für alle BewohnerInnen zugänglich und nutzbar sein sollten, um Kontakträume für Personen zu schaffen, die unterschiedlichen sozialen Bevölkerungsgruppen zugehörig sind. Das bedeutet, daß die Gestaltung Zugänglichkeit und Nutzbarkeit nicht nur auf eine Nutzergruppe ausrichten sollte: Öffentliche Grünräume sollten auch Erwachsenen Aufenthaltsqualitäten bieten, und der Straßenraum sollte nicht nur für Erwachsene nutzbar, sondern auch von Kindern bespielbar sein.

Das Sanierungsziel, die Ausgestaltung der öffentlichen Grünflächen an den verschiedenen Nutzergruppen zu orientieren<sup>58</sup>, birgt dagegen die Gefahr der Segregation im öffentlichen Raum und damit der Benachteiligung einzelner Nutzergruppen des öffentlichen Raumes, z.B. von Kindern: wenn traditionelle 'ausgewiesene' Spielplätze vorhanden sind, dann werden Kinder zum Spielen dorthin verwiesen und verlieren damit im Straßenraum ein Stück weit ihr Aufenthaltsrecht. Dieses sollte jedoch für alle BürgerInnen gewährleistet sein. Der Solonplatz ist ein öffentlicher Grünraum, der diesem Anspruch gerecht wird: Er bietet mit seinem Spielplatz, der robusten, bespielbaren Bepflanzung, der großen Solitär-Rotbuche mit Sitzgelegenheiten darunter, den Bänken, dem umlaufenden Weg und seiner relativen Größe eine gute Mischung an offenen Nutzungsangeboten für verschiedene Nutzergruppen (vgl. oben Abb. 22). Die bisherige Gewerbefläche Meyerbeerstraße 61-63, die den Spielplatz Meyerbeerstraße 65-67 als Grünfläche erweitern soll, sowie auch die anderen vorhandenen und geplanten Kinderspielplätze, sollten ebenfalls in diesem Sinne gestaltet werden.

Im öffentlichen Straßenraum bedeutet die allgemeine Zugänglichkeit und Nutzbarkeit die Verwendung gestalterischer Elemente, die die Aufenthaltsqualität des Bürgersteiges für Kinder, Jugendliche und Erwachsene erhöhen. Dazu gehören 'geheime' Rückzugsbereiche für Kinder hinter Vorsprüngen,

---

<sup>57</sup> Vgl. Siemonsen / Zauke 1991, S.19

<sup>58</sup> complan 1993, S. 19

Mäuerchen und Treppen, Poller zum Balancieren sowie Sitzgelegenheiten wie Mauern und Bänke (vgl. Abb. 32).



Abb. 32: Aufenthaltsqualität des Bürgersteiges Anfang 20. Jhd.

Besonders an ausreichend zentralen Orten im Viertel sollten, um am Leben im Stadtteil teilnehmen zu können ('sehen und gesehen werden', z.B. an Kreuzungen), solche 'Anlässe zum Aufenthalt' geschaffen werden<sup>59</sup>. Vor allem für die Jugendlichen des Komponistenviertels sind derartige Bereiche wichtig. Die Lage der Jugendlichen sei sogar derart verzweifelt, daß deren bisher einziger Treffpunkt ein vietnamesischer Imbißwagen an der Berliner Allee war, an dem sich eher rechtsgesinnte Jugendliche genauso trafen und aufhielten wie ausländische Jugendliche<sup>60</sup>.

Eine mögliche Nutzung von Brachflächen, die sich im Komponistenviertel aufgrund des mangelnden wohnungsnahen Freiraumangebotes anbietet, ist

---

<sup>59</sup> Bochnig / Selle 1992, S. 281

<sup>60</sup> SPAS, Interview vom 16.09.96

die Nutzung als grüner Aufenthaltsbereich. Brachflächen sollten als 'naturnahe Spiel- und Aufenthaltsplätze'<sup>61</sup> erhalten oder zugänglich gemacht werden, und zwar als öffentliche Grünfläche und in privaten bzw. gemeinschaftlichen Blockinnenbereichen. Solche 'ungeordneten' Freiräume nicht zielgerichteter, freier Nutzung fordern zur Aneignung durch zeitweilige Benutzung und Veränderung des Raumes auf. Solche Räume in der Stadt bereitzuhalten, scheint - vor allem für Kinder und Jugendliche - wichtig zu sein, um die Möglichkeit der Erfahrung der Aneignung von Raum überhaupt machen zu können. Der immer größer werdende Mangel an solchen Freiräumen aus falsch verstandenem Ordnungssinn bewirkt, daß Kinder solche Erfahrungen nicht mehr in ausreichendem Maße machen können. Gerade diese sind aber wichtig, um Grundbedürfnisse wie das Bedürfnis nach selbständigem Handeln, Lernen und Erkennen der persönlichen Grenzen sowie nach Bewegung und Körperbeherrschung<sup>62</sup> ausleben zu können. Die Beschränkung dieser Bedürfnisse führt zu Verlusten von Möglichkeiten in der Persönlichkeitsentwicklung. Dies kann Protesterscheinungen wie Vandalismus oder Graffitis hervorrufen: Aneignung durch Zerstörung, da eine 'positive' Aneignung nicht veränderbaren, zweckgestalteten Raumes nicht möglich ist<sup>63</sup>.

Für solche Bereiche steht eine Vielzahl von 'ungeordneten' Flächen im Viertel zur Auswahl. Brachliegende Baulücken wie die Bizetstraße Nr.97 (vgl. Abb. 33) eignen sich für zentrale Aufenthaltsbereiche und als Spielflächen (die blinden Brandwände können z.B. für Basketball genutzt werden).

---

<sup>61</sup> Vgl. Finke 1996

<sup>62</sup> Busch 1995, S. 56ff

<sup>63</sup> Dies war die These von Kinderpsychologen in Hamburg 1995 in der Debatte um Beweggründe für und Vorgehensweisen gegen Graffiti.



*Abb. 33: Baulücke Bizetstraße Nr. 97*

Besonders die Brachfläche in der Mahlerstraße 28-32, die in Zuge der Sanierung zum Spielplatz umgestaltet werden soll, eignet sich durch ihren alten Baumbestand und Gebüsch für Kinderspiel besonders gut (vgl. Abb. 34). Hier besteht die Gelegenheit, mit relativ wenig gestalterischem Aufwand eine 'Spielnische' zu eröffnen, in der Kinder ihre Umwelt verändern und sich damit aneignen können, anstelle einen 'traditionellen' Spielplatz mit vorgefertigten Gerätschaften zu gestalten. Die Nutzung solcher Brachflächen beschränkt sich jedoch nicht auf Kinder, sondern kann durch kleinere Gestaltungsmittel auch für andere Nutzergruppen einen Aufforderungscharakter zur Aneignung bekommen. Ein Stück Wiese, einige Baumstämme u.ä. laden zum Sonnen, Lesen, Picknick oder Grillen ein.



Abb. 34: *Beispielbare Brachfläche: Mahlerstraße*

## **5. Verfügungskompetenz der BewohnerInnen über die Freiräume**

Eine geringere Möblierung der Freiräume wirkt sich auch auf die Verfügungskompetenzen der BewohnerInnen über die Freiräume aus, weil diese sie sich unter eigener Verantwortung aneignen können. Die während der Sanierung stattfindende verhältnismäßig aufwendige Bürgerbeteiligung sollte zudem auf das Thema 'Hausordnungen' eingehen: Die Verfügungskompetenz der BewohnerInnen über die Freiräume (besonders über die Höfe im Blockinnenbereich und Garagenauffahrten) kann durch die Veränderung von vorhandenen oder die Bewußtmachung von nur vermeintlich vorhandenen Restriktionen erweitert werden.

### **5.6.3 BürgerInnenbeteiligung**

Die mangelnde Erfahrung der BewohnerInnen im „kämpferischen bzw. kooperativen rechtsstaatlichen Umgang mit Kommunalverwaltungen“ ist in den neuen Bundesländern für die BürgerInnenbeteiligung ein Problem, genauso wie die Tatsache, daß das Ende des zentralsozialistischen Gesellschafts-systems von vielen Menschen ... als kulturelle Entwertung eigenen Lebens,

eigener Fähigkeiten erlebt wird“<sup>64</sup>. Planung sollte die BürgerInnenbeteiligung deshalb nicht nur auf eine zeitlich und finanziell intensivierte Betroffeneninformation beschränken, sondern sollte versuchen, aktiv an in der DDR vorhandenen Traditionen der Bürgerbeteiligung (Hausgemeinschaften, Frauengruppen, Elternaktive in Schulen und Kindergärten, Kirchengemeinden) anzuschließen<sup>65</sup>, um durch solche den BürgerInnen bekannten Strukturen diese stärker in eine soziale Stadteilerneuerung mit einbeziehen zu können.

BürgerInnenbeteiligung kann auch das Problem der Kinderfeindlichkeit einiger Bevölkerungsgruppen im Viertel mildern. Gemeinsame Überlegungen, wie Probleme gelöst werden könnten, kann zu einem besseren Einvernehmen führen. Kinderfeindlichkeit kann durch die Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten von Betroffenen verstärkt werden, z.B. wenn Spielplätze ohne geeignete Abschirmung direkt vor den Fenstern älterer BewohnerInnen liegen, so daß diese beim Mittagsschlaf vom Kinderlärm gestört werden<sup>66</sup>. Bei der Diskussion um solche Probleme müssen beide Parteien ihr Recht zur Sprache bringen können und sollten gemeinsam nach Lösungen suchen.

---

64 Hunger 1992b, S. 28f. Vgl. auch Hunger 1992a

65 Hunger 1992b, S. 29

66 Vgl. Buchholz / Gröning / Spitthöver 1984, S. 99f

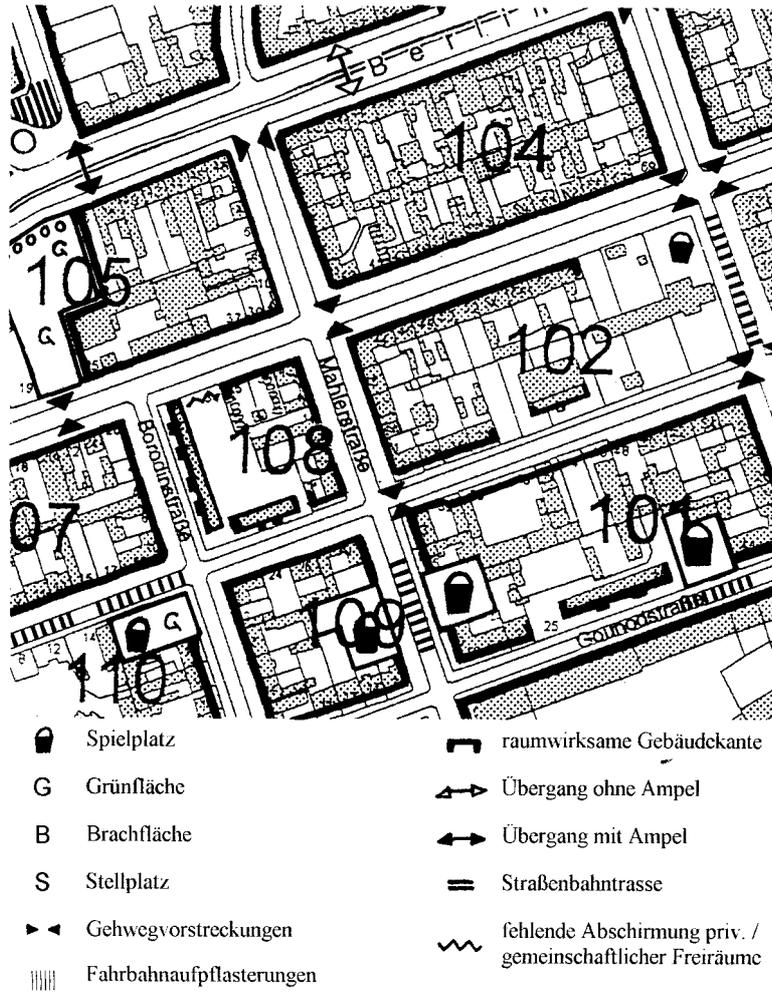


Abb. 35: Veränderungen durch die Sanierungsmaßnahmen (Ausschnitt aus der Originalkarte). Eigener Entwurf

### **5.7 Der urbane Raum des Komponistenviertels**

Das Komponistenviertel hat mit seiner qualifizierten Bebauungsdichte und den Bebauungsformen, der vorhandenen Nutzungsmischung und deren weitgehender planerischer Sicherung ein großes urbanes Entwicklungspotential.

Der Freiraum, sei er öffentlich, privat oder gemeinschaftlich, Grünraum oder Straßenraum, kann zur Urbanität des Viertels wesentlich beitragen. Die Auseinandersetzung mit der weiteren Entwicklung des Viertels in der BürgerInnen- und Betroffenenbeteiligung und deren Unterstützung durch die Mieterberatung kann die stadtbürgerliche Identität der BewohnerInnen in der Sanierungsphase stärken, wofür die räumlich-bauliche Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Stadtteilgeschehen Freiräume sind, in denen die verschiedenen Tätigkeitsbedürfnisse wie auch die Bedürfnisse nach Sozialkontakten erfüllt werden können. Die Ziele und Maßnahmen der Sanierung tragen dazu einen großen Teil bei. Den BewohnerInnen des Komponistenviertels sollten jedoch noch vermehrt Möglichkeiten des eigenverantwortlichen Umgangs mit den Freiräumen ihres Viertels gelassen werden, indem die Existenz von 'unaufgeräumten' und 'unverplanten' Räumen zugelassen wird, die die zeitweise Veränderung und Aneignung erlauben. Dies kann die Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Viertel stärken - und damit das Engagement im Stadtteilgeschehen erhöhen: eine Voraussetzung für lebendige Urbanität.



## 6 Literatur

- ALEXANDER, Christopher; ISHIKAWA, Sara; SILVERSTEIN, Murray et al. (1995): Eine Muster-Sprache. Städte - Gebäude - Konstruktion. Wien
- ALEXANDER, Christopher; NEIS, Hajo; ANNINO, Artemis; KING, Ingrid (1987): A New Theory Of Urban Design. New York
- ANDRITZKY, Michael (1985): Reservate oder Integration? In: Lutz FRANKE (Hg.). Menschlich wohnen. Frankfurt a.M.
- ARENDE, Hannah; MCCARTHY, Mary (1995): Im Vertrauen. Briefwechsel 1949-1975. München
- ARLT, Günter; SIEDENTOP, Stefan (1996): Grundzüge eines Sustainability-Konzeptes für die Siedlungs- und Flächenentwicklung in Großstadregionen. In: Klaus BRAKE, Ursula RICHTER (Hg.). Sustainable Urban Development. Ausgangsüberlegungen zur Theorie einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Oldenburg. S. 13-30
- BÄRSCH, Jürgen; FUHRICH, Manfred; POTTER, Philip (1995): Umweltschonende Anforderungen im Siedlungs- und Wohnungsbau. Forschungsergebnisse zur Diskussion gestellt. BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDES- UND RAUMORDNUNG (Hg.). Experimenteller Wohnungs- und Städtebau - Informationen zum Forschungsfeld „Städtebauliche Qualitäten im Wohnungsneubau“ Nr. 07.5. Bonn.
- BAHRDT, Hans-Paul (1961): Die moderne Großstadt. Reinbek bei Hamburg
- BAHRDT, Hans-Paul (1985): Wohnen in Monumenten. Vortrag im 196. Kurs des Instituts „Über den Umgang mit der Geschichte im heutigen Städtebau“. Institut für Städtebau Berlin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. Hannover
- BECKMANN, Klaus J. (1995): Stadtverkehr und Nutzungsmischung. Was kann Nutzungsmischung leisten? In: BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.). Nutzungsmischung im Städtebau. Informationen zur Raumentwicklung Heft 6/7. Bonn. S. 443-462
- BECKMANN, Klaus J. (1996): Städtebaulicher Bericht „Nachhaltige Stadtentwicklung“. Eine neue Ära der Städtebaupolitik? In: BUNDESANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.). Nachhaltige Stadtent-

- wicklung. Informationen zur Raumentwicklung Heft 2/3. Bonn. S. 117-136
- BECKMANN, Klaus J.; FORBMANN, Jörg (1996): Schwerpunkt: Nachhaltige Stadtentwicklung. Teil 1: Zwischen Rio und Istanbul liegen München und Oberhausen. In: VEREINIGUNG FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESPLANUNG E.V. (Hg.). PlanerIn, SRL-Mitteilungen für Stadt-, Regional- und Landesplanung, 4. Quartal. Berlin. S. 1-12
- BERGMANN, Eckhard; GATZWEILER, Hans-Peter; GÜTLER, Helmuth; LUTTER, Horst; RENNER, Mechthild; WIEGANDT, Claus-C. (1996): Nachhaltige Stadtentwicklung. Herausforderungen an einen ressourcenschonenden und umweltverträglichen Städtebau. In: BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.). Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3. Bonn. S. 71-98
- BERNDT, Heide (1978): Die Natur der Stadt. Frankfurt a.M.
- BERTRAM, H.; BORRMANN-MÜLLER, R. (1988): Individualisierung und Pluralisierung familialer Lebensformen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bonn
- BIEDERMANN, Hans-Jürgen (1996): Polizisten in der Nachtschicht: Nothelfer und Sozialarbeiter im Dienst. Frankfurter Rundschau, Nr. 124, S. 24. 30.5.96
- BIEHLER, Hermann (1996): Wie läßt sich eine nachhaltige Stadtentwicklung operationalisieren? In: Klaus BRAKE, Ulrike RICHTER (Hg.). Sustainable Urban Development. Oldenburg. S. 93-96
- BOCHNIG, Stefan; SELLE, Klaus (1992): Aufgaben, Ziele und Wege der Freiraumpolitik in den Städten. In: Dies. (Hg.). Freiräume für die Stadt. Sozial und ökologisch orientierter Umbau von Stadt und Region. Band 1: Programme, Konzepte, Erfahrungen. Wiesbaden, Berlin. S. 41-60
- BOEDDINGHAUS, Gerhard (1995): Vorwort. In: Ders. (Hg.). Gesellschaft durch Dichte. Städtebautagungen Gelsenkirchen 1963/64. Braunschweig. S. 7-11
- BOGDANOVIC, Bogdan (1995): Die Stadt und die Zukunft. Über die Aktualität der europäischen Stadt-Idee. Frankfurter Rundschau, Nr. 168, S. ZB2. 22.07.95
- BÖHME, Rolf (1995): Je mehr wir haben, desto mehr haben wir zuwenig. Zit. in: Frankfurter Rundschau, Nr. 198, S. 16. „Das Ende der Rundum-

Erfüllungs-Politik ist erreicht. Eine Stadt ist kein Warenhaus oder: die Bürger müssen deutlicher und konkreter spüren, was Leistungen kosten“. 27.08.95

- BRAKE, Klaus; MÜLLER, Wolfgang; WIEGANDT, Claus-C.: (1996): „Nutzungsmischung im Städtebau“. BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDES- UND RAUMORDNUNG (Hg.). Experimenteller Wohnungs- und Städtebau - Informationen zum Forschungsfeld Nr. 19.2. Bonn
- BRAKE, Klaus; NETZBAND, Arno (1996): Ziele und Leitbilder „nachhaltiger Entwicklung im Hinblick auf die Siedlungsstruktur in Großstädten. In: Klaus BRAKE; Ursula RICHTER (Hg.). Sustainable Urban Development. Ausgangsüberlegungen zur Theorie einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Oldenburg. S. 31-36
- BREITLING, Peter (1983): Die Stadt als geschichtliches Zeugnis. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hg.). Grundriß der Stadtplanung. Hannover
- BUCHHOLZ, Rüdiger; GRÖNING, Gert; SPITTHÖVER, Maria (1984): Grün in alten Stadtvierteln. Eine empirische Untersuchung zur Nutzung und Beurteilung innerstädtischer Freiraumqualität. München
- BURCKHARDT, Lucius; HERBST, Marcel (1963): Wachstum, Dichte und Flexibilität. In: G. BOEDDINGHAUS (Hg.). Gesellschaft durch Dichte. Städtebautagen 1963/64. Braunschweig 1995. S. 86-103
- BURMEISTER, Klaus; CANZLER, Weert; KALINOWSKI, Martin (1996): Einleitung. In: Dies. (Hg.). Zukunftsfähige Gesellschaft. Demokratische Entscheidungen für eine dauerhaft tragfähige Gesellschaft Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten. Bd. 9. Verlag Stiftung Mitarbeit. Bonn. S. 7-12
- BUSCH, Klaus (1995): Kindgerechte Wohnumwelt. Grundsätze einer an den Bedürfnissen von Kindern orientierten Planung städtischer Wohnquartiere. Carl von Ossietzky - Universität Oldenburg. Beiträge zur Stadt- und Regionalplanung Nr. 9. Oldenburg
- COMPLAN Gesellschaft für kommunale Planung und Stadtentwicklung mbH (1993): Stadterneuerung Weißensee - Komponistenviertel. Information zur Erörterung der Untersuchungen. Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Ref. Stadterneuerung (Hg.). Berlin, Mai ✕

- COMPLAN Gesellschaft für kommunale Planung und Stadtentwicklung mbH (1994a): Ideenwerkstatt Antonplatz - Berlin Weißensee. Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Referat Stadterneuerung (Hg.). Berlin, Januar ✕
- COMPLAN Gesellschaft für kommunale Planung und Stadtentwicklung mbH (1994b): Bericht zu den Vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 BauGB. Stadterneuerung Weißensee - Komponistenviertel, Untersuchungsbereich 1804. Auftraggeber: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen. Berlin Mai ▲
- DEUTSCHER STÄDTETAG (1995): Städte für eine umweltgerechte Entwicklung. Materialien für eine „Lokale Agenda 21“. DST-Beiträge zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz, Reihe E, Heft 24. Köln
- DIENEL, Peter C. (1996): Beteiligt sein am Staat. Die Planungszelle als Modell der effektiven Bürgerbeteiligung und der Teilhabe am Gemeinwesen. In: FORUM BÜRGERBEWEGUNG (Hg.). Zeitschrift für direkte Demokratie, Ökologie und Menschenrechte. Heft 4. Berlin. S. 8-10
- DÜRRENBERGER, Gregor; TRUFFER, Bernhard (1993): Chancen für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Dezentrale Arbeitsplätze, alternative Verkehrsmittel, Nutzungszertifikate. In: Werk, Bauen und Wohnen. Heft 6.
- FAHRENHOLTZ, Christian (1995): Nutzungsmischung und bauliche Gestaltung. In: BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.). Nutzungsmischung im Städtebau. Informationen zur Raumentwicklung. Heft 6/7. Bonn. S. 435-442
- FELDTKELLER, Andreas (1995): Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raumes. Frankfurt a.M.
- FELDTKELLER, Andreas (1994): Städtebauliche Qualitäten und Nutzungsmischung. In: BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDES- UND RAUMORDNUNG (Hg.). Experimenteller Wohnungs- und Städtebau - Informationen zum Forschungsfeld „Städtebauliche Qualitäten im Wohnungsneubau“ Nr. 07.4. Bonn, S. 14-16
- FESTER, F. Marc; KRAFT, Sabine; METZNER, Elke (1983): Raum für soziales Leben. Eine Arbeitshilfe für Planungs- und Entwurfspraxis. Karlsruhe
- FINKE, Lothar (1996): Städtebaulicher Bericht „Nachhaltige Stadtentwicklung“. Stellungnahme aus ökologischer Sicht. In: BUNDESANSTALT FÜR

- LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.). Nachhaltige Stadtentwicklung. Heft 2/3. Bonn. S. 109-116
- FORSCHUNGSSTELLE FÜR DEN HANDEL BERLIN FFH E.V. (1993): Vorbereitende Untersuchung gemäß §141 BauGB in Berlin-Weißensee. Gebiet 1804 Komponistenviertel. Vertiefungsuntersuchung des gewerblichen Entwicklungspotentials im Bereich der Berliner Allee. Berlin, Februar ▲
- FRIEDMAN, Yona (1963): Datenermittlung zur Stadtplanung. In: G. BOEDDINGHAUS. Gesellschaft durch Dichte. Städtebautagungen 1963/64. Braunschweig 1995. S. 42-49
- GERMANWATCH E.V. (1994): Lokale Agenda 21. Nägel mit Köpfen machen. Unter der Lupe Nr. 6. Bonn
- GESTRING, Norbert; MAYER, Hans-Norbert; SIEBEL, Walter (1996): Konflikte zwischen Ökologie und Urbanität. In: Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg (Hg.). Einblicke Nr. 24. Oldenburg. S. 10-14
- GÜNSCHEL, Günther (1964): Gemeinschaftsbildung und bauliche Dichte. In: G. BOEDDINGHAUS. Gesellschaft durch Dichte. Städtebautagungen 1963/64. Braunschweig 1995. S. 29-41
- HAB, Frauke (1996): „Rasen ist für's Auge, nicht für Kinder“. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 215, S. 20. 14.09.96
- HÄUBERMANN, Hartmut (1993): Stadtentwicklung und Flächenverbrauch. In: G. WARSEWA. H. SPITZLEY (Hg.). 2010 - Perspektiven ökologischer Stadtgestaltung Bremen. Bremen. S. 19-29
- HÄUBERMANN, Hartmut; SIEBEL, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt a.M.
- HÄUBERMANN, Hartmut; SIEBEL, Walter (1992a): Urbanität als Lebensweise. Zur Kritik der Ausstattungskultur. In: BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.). Kulturelle Infrastruktur. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1. Bonn. S. 29-36
- HÄUBERMANN, Hartmut; SIEBEL, Walter (1992b): Urbanität. MAGISTRAT DER STADT WIEN (Hg.). Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung, Band 37. Wien
- HÄUBERMANN, Hartmut; SIEBEL, Walter (1993): Das Ende des goldenen Zeitalters im sozialen Wohnungsbau. In: J. BÄRSCH und J. BRECH (Hg.). Das Ende der Normalität im Wohnungs- und Städtebau? Darmstadt

- HÄUBERMANN, Hartmut; SIEBEL, Walter (1997): Stadt und Urbanität. Manuskript. Im Erscheinen in Merkur. April
- HELLING, Jürgen (1995): Eine Minderung der Kohlendioxid-Emissionen ist nur mit neuen Verkehrskonzepten möglich. In: Spektrum der Wissenschaft. Dossier: Verkehr und Auto. Heidelberg. S. 76-78
- HEIDRICH, Bernhard (1996): Städtebauliche Auswirkungen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung. Carl von Ossietzky - Universität Oldenburg. Beiträge zur Stadt- und Regionalplanung Nr.11. Oldenburg
- HERLYN, Sunke (1992): Der Stadtteil als Bezugsebene. In: Stefan BOCHNIG; Klaus SELLE (Hg.). Freiräume für die Stadt. Sozial und ökologisch orientierter Umbau von Stadt und Region. Band 1: Programme, Konzepte, Erfahrungen. Wiesbaden, Berlin. S. 247-254
- HERLYN, Sunke (1993): Integrierte Raumplanung in Bremen. Ansätze einer sozial- und ökologisch orientierten Stadtentwicklung. In: G. WARSEWA. H. SPITZLEY (Hg.). 2010 - Perspektiven ökologischer Stadtgestaltung Bremen. Bremen. S. 30-38
- HOFFMANN, Ot (1985): Ökobewußt siedeln und wohnen. In: Lutz FRANKE (Hg.). Menschlich wohnen. Frankfurt a.M.
- HOFFMANN-AXTHELM, Dieter (1988): Untergehende Städte? In: Arch+ Nr. 94. S. 34-49
- HOFFMANN-AXTHELM, Dieter (1993a): Architektonische Leitbilder und neue Urbanität. In: Der Architekt. Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten. Heft 3. S. 169-174
- HOFFMANN-AXTHELM, Dieter (1993b): Die dritte Stadt. Bausteine eines neuen Gründungsvertrags. Frankfurt a.M.
- HOFFMANN-AXTHELM, Dieter (1995): Die Rettung der Architektur vor sich selbst. Zehn Polemiken. Bauwelt Fundamente 108. Braunschweig
- HOFFMANN-AXTHELM, Dieter (1996): Anleitung zum Stadtumbau. Frankfurt a.M. 1996
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.-J. (1988): Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bonn
- HUNGER, Bernd (1992a): Berlin auf dem Weg zur Metropole. Soziale Probleme der Stadterneuerung. In: Hans G. HELMS (Hg.). Die Stadt als

- Gabentisch. Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklung. Leipzig. S. 521-530
- HUNGER, Bernd (1992b): Stadterneuerung in der ehemaligen DDR. In: Stefan BOCHNIG; Klaus SELLE (Hg.). Freiräume für die Stadt. Sozial und ökologisch orientierter Umbau von Stadt und Region. Wiesbaden, Berlin. S. 25-32
- IDEN, Peter (1996): Stirbt die europäische Stadt? In: Frankfurter Rundschau, Nr. 246, S. 10. 22.10.96
- JACOBS, Jane (1961): Tod und Leben großer amerikanischer Städte (im Original: Death and Life of Great American Cities, USA 1961). Braunschweig 1993
- „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1997“. Frankfurter Rundschau, 29.01.97, S. 3
- KLEIN-KNOTT, Ronald (1994): Ein Plädoyer für die Stadt. In: Stadt im Diskurs. Beiträge zur aktuellen Städtebaudiskussion. Karlsruher Städtebauliche Schriften, Band 5. Martin EINSELE; Michael PETEREK; Ronald KLEIN-KNOTT (Hg.). Karlsruhe
- KOCH, Michael (1993): Wir sind das (Fuss-)Volk. In: DISP 113, Zürich. April 1993.
- KÖHLER, Gabriele (1990): Städtische Öffentlichkeit und Stadtkultur. In: Kerstin DÖRHÖFER (Hg.). Stadt-Land-Frau: Soziologische Analysen, feministische Planungsansätze. Freiburg i.Br.67-80
- KONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN FÜR UMWELT UND ENTWICKLUNG in Rio de Janeiro (1992): Dokumente, Klimakonvention, Konvention über die biologische Vielfalt, Rio-Deklaration, Walderklärung. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.). Bonn
- KOPFMÜLLER, Jürgen (1996): Leitbild Nachhaltigkeit - Begriff und Konzepte. Die Leitidee einer global zukunftsfähigen Entwicklung („Sustainable Development“). Zielkonflikte und Perspektiven. In: K. BURMEISTER. W. CANZLER. M. KALINOWSKI. Zukunftsfähige Gesellschaft. Demokratische Entscheidungen für eine dauerhaft tragfähige Gesellschaft. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten. Bd. 9. Verlag Stiftung Mitarbeit. Bonn. S. 13-27
- KRAFT, Sabine (1985): Zuhause in der Stadt. In: Lutz FRANKE (Hg.). Menschlich wohnen. Frankfurt a.M.

- KRÄMER-BADONI, Thomas (1996): Hat Urbanität eine Zukunft? In: Der Architekt. Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten. Heft 2. S. 73-76
- KRÄTKE, Stefan (1995): Stadt - Raum - Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Berlin
- KÜHN, Erich (1963): Zur Einführung. In: G. BOEDDINGHAUS. Gesellschaft durch Dichte. Städtebautagungen 1963/64. Braunschweig 1995. S. 21-28
- KUHN, Stefan; ZIMMERMANN, Monika (1996): Lokale Agenda 21 für zukunftsbeständige Stadtentwicklung. In: BUNDESANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.). Nachhaltige Stadtentwicklung. Heft 2/3. Bonn. S. 153-172
- KÜPPER, Swantje-A. (1996): Arbeitskreis „Kommunikation und Spielen im Freiraum“ konstituiert. In: VEREINIGUNG FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESPLANUNG E.V. (Hg.). PlanerIn. SRL-Mitteilungen für Stadt-, Regional- und Landesplanung. Heft 2. Berlin. S. 83-84
- LÖHR, Rolf-Peter (1996): Städtebaulicher Bericht der BfLR. „Nachhaltige Stadtentwicklung“ - erste Anmerkungen aus kommunalwissenschaftlicher Sicht. In: BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG. Heft 2/3. Nachhaltige Stadtentwicklung. Bonn. S. 99-108
- LOSKE, Reinhard; JUNG, Wolfgang (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. In: Klaus BURMEISTER; Weert CANZLER; Martin KALINOWSKI (Hg.). Zukunftsfähige Gesellschaft. Demokratische Entscheidungen für eine dauerhaft tragfähige Gesellschaft. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten. Bd. 9. Verlag Stiftung Mitarbeit. Bonn. S. 47-60
- MESEBERG-HAUBOLD, Ilse (1996): Über Toleranz. Vortrag in der Evangelischen StudentInnengemeinde Oldenburg am 13.11.96
- MITSCHERLICH, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt a.M.
- MITSCHERLICH, Alexander (1972): Wege in die städtische Zukunft. Marburg
- MOLDENSCHARDT, Heinrich (1992): Der Überfluß des Überflüssigen. In: H. G. HELMS (Hg.). Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklung. Leipzig. S. 201-216

- MÜLLER, Dagmar; BUITKAMP, Martin (1996): Soziale Ungleichheiten und Lebensweisen in Niedersachsen. Zur Entwicklung regionaler Sozialstrukturen. Arbeitsgruppen Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (agis) der Universität Hannover und der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg (Hg.). agis-Texte Band 10. Hannover
- MÜLLER-RAEMISCH, Hans-Reiner (1990): Leitbilder und Mythen in der Stadtplanung 1945-1985. Vier Vorträge mit Korreferaten von Hanns ADRIAN, Werner DURTH, Hubert HOFFMANN, Josef LEHMBROCK, Hans-Peter SCHWARZ und Gerd ALBERS. Frankfurt a.M.
- N'DOW, Wally (1996): Habitat II. UNO-Konferenz -"Der Städtgipfel". In: Herbert GIRARDET. Das Zeitalter der Städte. Neue Wege für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Holm.
- NIEDERSÄCHSISCHES SOZIALMINISTERIUM (1993): Ökologische Qualitäten im Städtebau. Hannover
- NITSCHKE, Günter (1989): Straßen und Straßennamen des Stadtbezirks Berlin-Weißensee. Rat des Stadtbezirks Berlin-Weißensee (Hg.). Weißenseer Hefte 1. Berlin \*
- NOHL, Werner (1996): Soziokulturelle Brauchbarkeit der Stadt und nachhaltige Stadtentwicklung. In: Klaus BRAKE, Ursula RICHTER (Hg.). Sustainable Urban Development. Oldenburg. S. 37-44
- „Ohne Jobs droht Städten Kollaps - Ilo-Studie fordert Unterstützung der informellen Wirtschaft“. Frankfurter Rundschau, Nr. 123, S. 11. 29.05.96
- „Panik isoliert jeden zehnten - Psychiater verzeichnen Anstieg von Kontaktängsten“. Frankfurter Rundschau Nr. 263, S. 22. 11.11.96
- PETEREK, Michael (1994): Städtebau ist mehr als nur „vergrößerte“ Architektur. In: Stadt im Diskurs. Martin EINSELE; Michael PETEREK; Ronald KLEIN-KNOTT (Hg.). Karlsruher Städtebauliche Schriften, Band 5. Karlsruhe
- PETERS, Gertrudis (1994): Ist Urbanität planbar? Unveröffentlichtes Manuskript. Vortrag auf der Konferenz „Making Cities Livable“. Freiburg i. Br.
- PHARUS-VERLAG (Hg.). Plan von Berlin. 1902 \*

- RAPOPORT, Amos (1986): The Use and Design of Open Spaces in Urban Neighborhoods. In: Dieter FRICK (Hg.). The Quality of Urban Life. Social, Psychological, and Physical Conditions. New York
- RENN, Ortwin (1996): Kooperative Diskurse zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. In: K. BURMEISTER; W. CANZLER; M. KALINOWSKI. Zukunftsfähige Gesellschaft. Demokratische Entscheidungen für eine dauerhaft tragfähige Gesellschaft. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten. Bd. 9. Verlag Stiftung Mitarbeit. Bonn. S. 92-114
- REUTER, Norbert (1996): [Das] Globalisierungsgespenst geht um. Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau, 03.12.96.
- RODENSTEIN, Marianne (1992): Städtebaukonzepte - Bilder für den baulich-räumlichen Wandel der Stadt. In: Hartmut HÄUßERMANN; Detlev IPSEN; Thomas KRÄMER-BADONI; Dieter LÄPPLE; Marianne RODENSTEIN; Walter SIEBEL (Hg.). Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler. S. 31-68
- ROMERO, Andreas (1996): Zukunftsmodell Europäische Stadt - Chancen, Gefährdungen, Forderungen. In: PlanerIn. SRL-Mitteilungen für Stadt-, Regional- und Landesplanung. 3. Quartal. S. 1-3
- SALIN, Edgar (1960): Urbanität. In: Der Städtetag. Zeitschrift für kommunale Praxis und Wissenschaft. Heft 7. Juli. S. 328-332
- SALIN, Edgar (1971): Von der Urbanität zur Urbanistik. In: Der Aufbau. Gesellschaft für Städtebau. 25 Jahrgang. Heft 2. Bremen. S. 47-49
- SCHMIDT-BLEEK, Friedrich (1996): The ecological reform of the economy. Vortrag. International Congress of Engineers and Scientists: Challenges of Sustainable Development. Amsterdam, 22-25. August
- SCHÜLEIN, Johann August (1985): Wohnen in der Gemeinschaft. In: Lutz FRANKE (Hg.). Menschlich wohnen. Frankfurt a.M.
- SENAT VON BERLIN (1994): Zehnte Verordnung über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten. Vorlage des Senats an das Abgeordnetenhaus von Berlin. Berlin, 18.11.94 ▲
- SENATSWERWALTUNG BERLIN. Bau- und Wohnungswesen, Referat Stadterneuerung (1993a): Stadterneuerung Weißensee - Komponistenviertel. Information zur Erörterung der Untersuchungen. Berlin, Mai 1993 \*

- SENATSWERWALTUNG BERLIN (1993b): Leitsätze zur Stadterneuerung in Berlin. Berlin, 31. August ▲
- SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELTSCHUTZ (1994): Flächennutzungsplan Berlin. Berlin
- SHORT, John R. (1989): *The Humane City: Cities as if People Matter*. New York
- SIEBEL, Walter (1992): Soziale und ökologische Stadtpolitik. In: Stefan BROCHNIG; Klaus SELLE (Hg.). *Freiräume für die Stadt. Sozial und ökologisch orientierter Umbau von Stadt und Region*. Wiesbaden, Berlin. S. 17-24
- SIEBEL, Walter (1994): Was macht eine Stadt urban? Oldenburger Universitätsreden Nr. 61. Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg
- SIEMONSEN, Kerstin; ZAUKE, Gabriele (1991): Sicherheit im öffentlichen Raum. Städtebauliche und planerische Maßnahmen zur Verminderung von Gewalt. FEMINISTISCHE ORGANISATION VON PLANERINNEN UND ARCHITEKTINNEN (FOPA) E.V. (Hg.). Dortmund
- SIEVERTS, Thomas (1986): Aesthetics, Communication and Use: Perspectives for Urban Open Spaces. In: Dieter FRICK (Hg.). *The Quality of Urban Life. Social, Psychological, and Physical Conditions*. New York
- SILVANUS, Wolfgang (1996): Mitreden macht zufrieden. Wer bei der Planung etwas zu sagen hat, hilft der Umwelt lieber. In: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 264, 12.11.96. S. 6
- SOEHLKE, Cord (1996): Renaissance der Urbanität. Die Erfolge des Stadtplaners Andreas Feldtkeller in der Südstadt von Tübingen. In: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 20, 24.01.96. S. 9.
- SPAS MIETERBERATUNG E.V. Verein für Sozialplanung und angewandte Stadtforschung (1992): *Sozialstudie Untersuchungsbereich 1804*. Berlin ▲
- SPEER, Albert (1992): *Die intelligente Stadt*. Stuttgart
- SPENGELIN, Friedrich (1964): Zum Begriff „Verdichtung“. In: G. BOEDDINGHAUS. *Gesellschaft durch Dichte. Städtebautagungen 1963/64*. Braunschweig 1995. S. 193-211
- SPENGELIN, Friedrich; NAUMANN, Detlef J.; MILLARG, Hartmut (1989): *Zukunft Stadt. Stadtentwicklung und Stadterneuerung in Niedersachsen*. NIEDERSÄCHSISCHES SOZIALMINISTERIUM (Hg.). Hannover

- SPIEGEL, Erika (1983): Die Stadt als soziales Gefüge. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hg.). Grundriß der Stadtplanung. Hannover
- SPITTHÖVER, Maria (1990): Frauen und Freiraum. In: Kerstin Dörhöfer (Hg.). Stadt-Land-Frau: soziologische Analysen, feministische Planungsansätze. Freiburg i.Br.
- SPITTHÖVER, Maria (1994): Dem alltäglichen Geschehen seine Alltäglichkeit nehmen. Zur Beanspruchung öffentlich-städtischer Freiflächen durch Frauen. In: NIEDERSÄCHSISCHES FRAUENMINISTERIUM (Hg.). Frauen treten auf den Plan. Mobilität, Wohnungsbau, Stadt- und Siedlungsplanung aus der Sicht der Frauen. Hannover
- STADTGESCHICHTLICHES MUSEUM WEIßENSEE (Datum unbekannt). Photo von Herbert FRIEDE: Grenzen der Gemeinde Weißensee und dem Gutsbezirk Neu-Weißensee. Berlin \*
- STADTGESCHICHTLICHES MUSEUM WEIßENSEE (1993): Historische Postkarten von Weißensee. Berlin\*
- STRAUBE, Julius (1890): Illustrierter Plan von Berlin 1890 \*
- STETE, Gisela (1996): Alltag im Stadtquartier - Mobilitätsbedürfnisse und Anforderungen aus der Sicht der Nutzerinnen. In: PlanerIn. Mitteilungen für Stadt-, Regional- und Landesplanung, 2. Quartal. S. 14-16
- THOMAS, Christian (1996a): Unruheherd Stadt. In: Frankfurter Rundschau, S. 30. 8.06.96
- THOMAS, Christian (1996b): Der doppelte Boden. Anmerkungen zu einem Kolloquium über Urbanität. In: Frankfurter Rundschau 07.12.96
- THUM, Karin (1981): Soziale Bindungen an das Wohnviertel. In: Erich BODZENTA; Irmfried SPEISER, Karin THUM (Hg.). Wo sind Großstädter daheim? Graz. S. 33-108
- TOURAINÉ, Alain (1996): Die Stadt - Ein überholter Entwurf? In: Arch+, Juli. S. 68-70
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAM (UNDP) (1996): Bericht über die menschliche Entwicklung. DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN E.V. (Hg.). Bonn 1996. Zit. in: „Die 358 Milliarden besitzen soviel wie die Hälfte der Weltbevölkerung - Die Pola-

- risierung auf dem Erdball nimmt zu“. Frankfurter Rundschau, Nr. 258, 05.11.96. S. 12
- „Verkehr trotz kurzer Wege“ (1996). Zeitschrift des VCD fairkehr. Heft Nr. 3. S. 5
- VOGEL, Friedrich (1964): Raumordnung und Städtebau. In: G. BOEDDINGHAUS. Gesellschaft durch Dichte. Städtebautagungen 1963/64. Braunschweig 1995. S. 156-164
- WEBER, Beate. Die Unwirtlichkeit der Städte und Modelle, sie zu beheben. Interview mit W. HILL, Speyer. Eine Sendung des NDR. 14.05.1996
- WEHRLI-SCHINDLER, Birgit (1994): Nutzungsmischung: Nicht alles, was gewachsen ist, kann geplant werden. In: INSTITUT FÜR ORTS-, REGIONAL- UND LANDESPLANUNG (Hg.). DISP 118. Zürich. S. 27-33
- WEISE, Peter (1996): Nachhaltige Entwicklung aus ökonomischer Sicht. In: Klaus BRAKE; Ursula RICHTER (Hg.). Sustainable Urban Development. Oldenburg. S. 45-54
- Weißenseer Bezirkskarte. 2. Auflage. Berlin 1995
- WIEGAND, J. (1981): Besser planen. Abstufen, Rückkoppeln und Systematisierten (ARS) zur Lösung von Planungsproblemen. Niederteufen
- WÜST, Thomas (1996): Urbanität als Stadtkultur und Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Diskussionspapier für die Frühjahrssitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 28.03. bis 30.03.96 in Stuttgart
- ZAPF, Karin (1989): Lebensphasen, Lebensstile und Stadtstrukturen. In: R. WILDENMANN (Hg.). Stadt, Kultur, Natur. Chancen zukünftiger Lebensgestaltung. Baden-Baden
- ZIBELL, Barbara (1995): Chaos als Ordnungsprinzip im Städtebau. Ansätze zu einem neuen Planungsverständnis. INSTITUT FÜR ORTS-, REGIONAL- UND LANDESPLANUNG, ETH Zürich (Hg.). ORL-Bericht 99. Zürich

\* mit freundlichem Dank an Frau Doris Kuhlmann, Stadtgeschichtliches Museum Weißensee

▲ mit freundlichem Dank an die SPAS - Mieterberatung e.V. Berlin

✱ mit freundlichem Dank an Carsten Esser, complan Berlin.